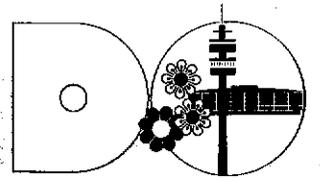
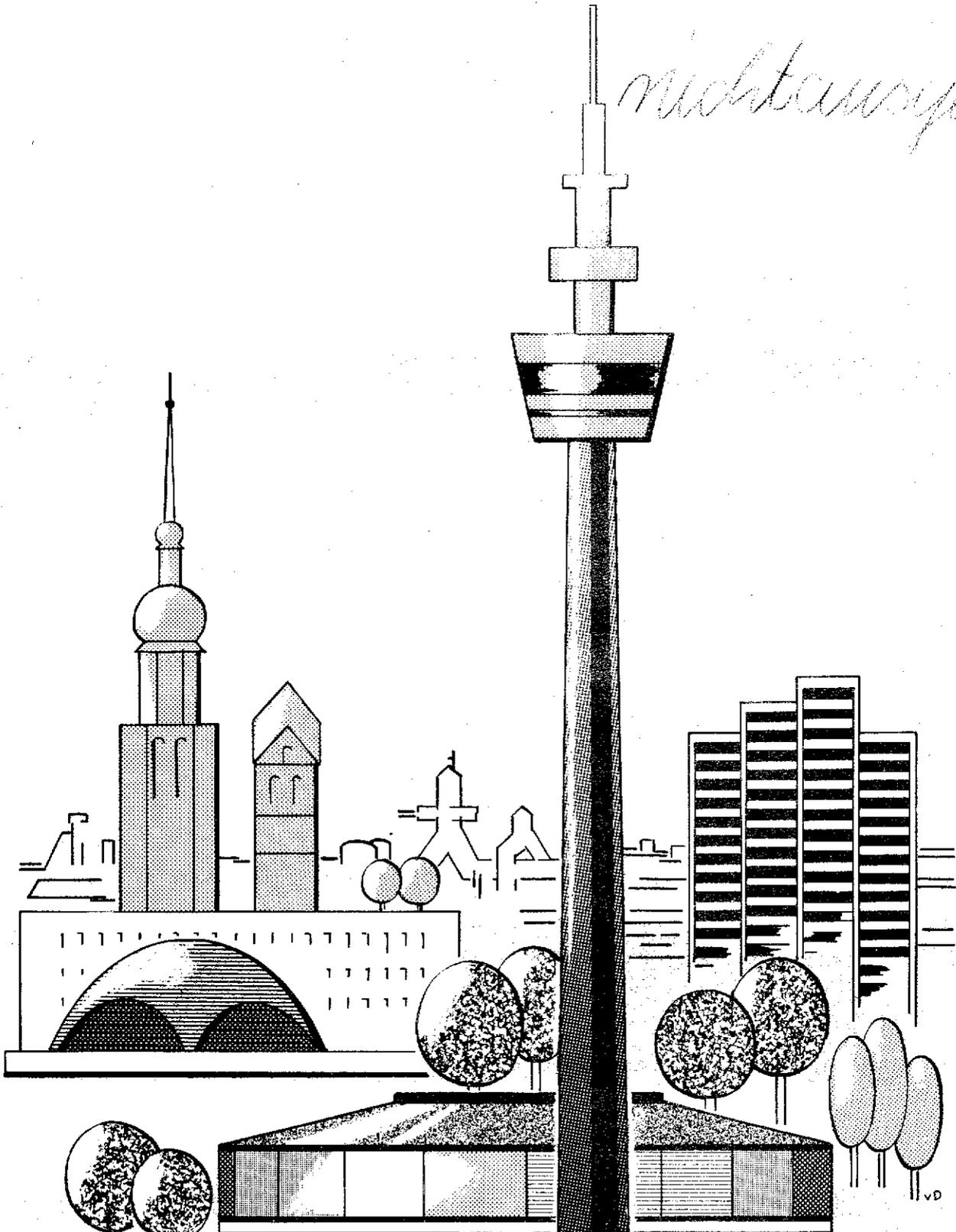


# Dortmunder Statistik



Amt für Statistik und Wahlen

*nichtausgegeben*



Bevölkerungsstatistische Gegenwarts-  
und Zukunftsaspekte

Dezember 1977  
Sonderheft 74

## FÜR EILIGE LESER

Einige wichtige Ergebnisse des Sonderheftes 74:

### BEVÖLKERUNGSSTATISTISCHE GEGENWARTS- UND ZUKUNFTSASPEKTE

1. Vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Weltbevölkerung müssen die Einwohnerverluste gesehen werden, die die Kerne dicht besiedelter Agglomerationsräume in den hoch entwickelten Industrieländern seit einigen Jahren hinnehmen müssen. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in den starken Geburtenrückgängen und in der negativen Wanderungsbilanz dieser Kernbereiche.
2. Für die Geburtenentwicklung lassen sich folgende Aussagen machen:
  - Die rückläufige Geburtenentwicklung geht zum geringsten Teil auf Änderungen in der Höhe oder der Struktur des Bestandes an gebärfähigen Frauen zurück. Hauptursache ist vielmehr das geänderte generative Verhalten.
  - Der Geburtenrückgang war in allen Familiengrößen zu beobachten.
  - In größeren Familien war der Geburtenrückgang stärker als in kleineren Familien. Insoweit ergibt sich ein Trend zu kleineren Familien, der allerdings in Dortmund schwächer als im Bundesdurchschnitt ausfiel, weil in Dortmund die kleineren Familien bereits (relativ) stärker als im Bundesgebiet vertreten waren.
  - Der Geburtenrückgang hat ferner seine Ursache darin, daß Ehepartner zunehmend darauf verzichten, auch nur 1 Kind zu haben. Geht man davon aus, daß zwischen 1965 und 1976 ein Geburtenrückgang von 5.129 eingetreten ist, so wird man immerhin etwa jede 6. ausgefallene Geburt auf die Kinderlosigkeit jung verheirateter Ehepartner zurückführen können.
  - Der Ausfall an Zweit- und weiteren Geburten führte zu einem Geburtenrückgang von insgesamt 2.350 Kindern.
  - Der Einfluß anderer Faktoren wie etwa Ehemüdigkeit oder zeitliche Verschiebung von Geburten läßt sich pauschal mit rd. 1.150 ausgefallenen Geburten quantifizieren.
3. Im Durchschnitt der letzten 12 Jahre (1965 - 1976) hat Dortmund pro Jahr 2.160 Einwohner durch Wanderungen verloren, allerdings verlief die Entwicklung von Jahr zu Jahr recht unterschiedlich: In den Jahren der Rezession waren teilweise sehr hohe Einwohnerverluste zu beklagen, während 1965 und zwischen 1969 und 1971 sich die Wanderungsbilanz recht erfreulich darstellte.
4. Ohne die ausländischen Einwohner wäre die Entwicklung - sowohl bei den Geburten als auch bei den Wanderungen - noch ungünstiger ausgefallen.
5. Die räumliche Mobilität hat auch das Siedlungsgefüge insgesamt stark verändert:
  - Die Einwohnerverteilung ist - wie die Berechnung des Verteilungsindex in Abschnitt A 5.4.1 zeigt - insgesamt gleichmäßiger geworden, diese Entwicklung spiegelt somit eine Zersiedlung wider.
  - In besonderem Maße hat die Innenstadt Einwohner verloren, was aber nicht so sehr auf "Stadtflucht" der Innenstädter, sondern vielmehr darauf zurückzuführen ist, daß die Innenstadt nach außen hin als Wohngebiet wenig attraktiv erscheint und deshalb Zuzüge nur in geringem Umfang stattfinden.
  - In den Kernbereichen des Haupt- und der Nebenzentren (Kreisflächen mit einem Radius von 500 bzw. 1.000 m um die jeweiligen Ortsmittelpunkte) hat mit Ausnahme von Scharnhorst

und - allerdings in kaum nennenswertem Umfang - Lütgendortmund die Einwohnerdichte abgenommen. Insoweit ist auch hier der Vorgang der Zersiedlung zu beobachten.

- Die Umzugsstatistik ermöglicht die Berechnung von Attraktivitätsziffern (Tabelle 19), die von 1,65 (Wellinghofen) bis 0,73 (Hafen) reichen. Hierbei zeigen Werte über 1 positive und Werte unter 1 negative Attraktivität an.
- Die Einwohnerumverteilung im Stadtgebiet hat dazu geführt, daß der geographische Einwohner-schwerpunkt - zu ihm haben die Dortmunder von ihrer Wohnung aus im Durchschnitt die geringste Luftlinienentfernung - zwischen 1964 und 1976 um 370 m nach Osten und 10 m nach Norden gewandert ist; er liegt indes auch heute noch innerhalb der City (etwa Klosterstr. 16).

6. Eheschließungen und Ehescheidungen haben seit Mitte der 60er Jahre eine besorgniserregende Entwicklung angenommen:

- Die Eheschließungszahlen und Eheschließungsziffern (Eheschließungen je 1000 Einwohner) sind in der Vergangenheit außerordentlich stark gesunken.
- Die Ehemüdigkeit hat allein die ledigen Männer und ledigen Frauen erfaßt; dagegen haben sich die Wiederverheiratungen nicht verringert. Gegenwärtig stellt etwa jede dritte Hochzeit eine Wiederverheiratung (für zumindest einen Ehepartner) dar, 1961 war es nur jede fünfte Eheschließung.
- Seit Mitte der 60er Jahre sind die Ehescheidungszahlen beträchtlich angestiegen. Mit 1.521 Ehescheidungen im Jahre 1976 hat sich die Scheidungshäufigkeit gegenüber 1964 (750) mehr als verdoppelt.
- Mehr und mehr werden Ehescheidungen angestrebt, um eine Wiederverheiratung zu ermöglichen. So entfielen 1976 28,3 % der Eheschließungen auf Wiederverheiratungen (mit jeweils wenigstens einem geschiedenen Ehepartner); 1964 lag der vergleichbare Anteil erst bei 14,8 %.

Die eingetretenen Veränderungen im Eheschließungs- und Ehescheidungsverhalten werden bei Konstanz der jetzigen Verhältnisse zukünftig geburtenmindernd wirken.

7. Bei der zukünftigen Einwohnerentwicklung wird man - das jetzige generative Verhalten und eine ausgeglichene Wanderungsbilanz vorausgesetzt - davon ausgehen müssen, daß Dortmund zu Beginn des 3. Jahrtausends die 500.000 Einwohnergrenze erreichen wird, etwa 20 Jahre später werden weniger als 400.000 Menschen in dieser Stadt leben. Sollten zusätzlich negative Wanderungssalden eintreten, wird sich der Einwohnerrückgang entsprechend beschleunigen.

8. Die vorgelegte Prognose nennt als letztes Prognosejahr 2076. Damit wird einzig das Ziel verfolgt, die ungünstige Situation des gegenwärtigen generativen Verhaltens - die sich auch in der Reproduktionsziffer von 0,62 (d.h.: die Einwohnerbestandserhaltung wird um 38 % verfehlt) niederschlägt - aufzuzeigen.

9. Die von der Geburtenentwicklung ausgehenden Wirkungen auf die Bildungsplanung, den Arbeitsmarkt, die Rentenausgaben u.a.m. werden gravierend sein. Beispielsweise werden die Einwohneranteile der 60 Jahre und älteren Menschen von 20,7 % (1976) über 25,6 % (2000) bis auf annähernd 36 % (2030) ansteigen.

10. Im Hinblick auf die zukünftige Einwohnerverteilung im Stadtgebiet werden in der Veröffentlichung folgende Aussagen gemacht:

Für eine weitere Zersiedlung zu Lasten des Haupt- und der Nebenzentren sprechen:

- Der Wunsch zum Eigenheim (auch als Statussymbol), der durchweg nur außerhalb der Kernbereiche (wenn überhaupt) realisierbar ist, ist weiterhin ungebrochen.

- Die negativen Erfahrungen mit Hochhäusern lassen angesichts einer weiteren Entspannung auf dem Wohnungsmarkt mit flächenextensiveren Bauweisen rechnen.
- Die Umweltbelastungen bleiben auch in Zukunft in den aufgelockerten Siedlungsgebieten außerhalb der Kernbereiche in der Regel geringer.
- Nicht nur wegen der geringeren Umweltbelastung wird trotz vorhandener Nachteile der Wohnwert von Wohngebieten außerhalb der Kernbereiche weiterhin vergleichsweise hoch veranschlagt werden.
- Wegen des von der rückläufigen Einwohnerentwicklung ausgelösten Rückgangs des Verkehrsaufkommens werden das Haupt- und die Nebenzentren leichter erreichbar sein; Weg-Zeit-Entfernungen werden somit an Bedeutung verlieren.
- Haushalte mit hoher Personenzahl werden außerhalb der Kernbereiche vergleichsweise gute Wohn- und Lebensvoraussetzungen vorfinden, während kleinere Haushalte - insbesondere Ein-Personen-Haushalte - mehr die Kernbereiche bevorzugen werden; jedenfalls werden die von der Personenzahl her großen Haushalte überwiegend außerhalb der Zentren ihren Wohnsitz suchen.

Einer einwohnermäßigen Zersiedlung werden vor allem folgende Faktoren entgegenwirken:

- Entsprechend den Zielvorstellungen der Stadtentwicklungsplanung zum multizentrischen Modell soll die Bautätigkeit in den Kernbereichen mehr als in den Randbereichen aktiviert werden.
- Eine Energieverteuerung, die mit Sicherheit eintreten wird, könnte ein energiekostenorientierteres Wohnen (in den Kernbereichen) bewirken. Insoweit stellen auch die jetzigen Dortmunder Einpendler potentielle Zuwanderer dar.
- Mit dem Rückgang der Einwohnerzahl müssen sich die Bemühungen um eine Einwohnerkonzentrierung verstärken, weil sonst die Infrastrukturkosten finanziell für den einzelnen untragbar werden.

11. Ein wichtiges Instrument für die zukünftige Einwohnerverteilung ist die regionale Wohnungsbaupolitik. Für den Zeitraum 1968/1976 ist auf Rasterbasis (500 x 500 m) errechnet worden, daß zwischen der kleinräumigen Wohnungsbestandsveränderung und der ebenfalls kleinräumigen Einwohnerveränderung ein recht strammer Zusammenhang besteht (Korrelationskoeffizient: 0,76).
12. Einwohnerrückgänge in Verbindung mit dem Trend zu einer gleichmäßigeren Einwohnerverteilung geben Anlaß, eine Reihe schwerwiegender Fragen aufzuwerfen.
13. Bezüglich der gemeindlichen Gegensteuerung zu der rückläufigen Einwohnerentwicklung werden neben der regionalen Wohnungsbaupolitik in Verbindung mit Wohnumweltqualität steigenden Maßnahmen drei Möglichkeiten wohngebäudespezifischer Art genannt:
  - Mehrfamilienmietshaus "Wohnen mit Kindern"
  - Servicehaus
  - Dreigenerationenmietshaus

# BEVÖLKERUNGSSTATISTISCHE GEGENWARTS- UND ZUKUNFTSASPEKTE

---

**Verfasser:** W. Noeske  
R. Döhla  
H. Gneiße

Unter Mitwirkung von

Abteilung für zentrale Datenverarbeitung (Programmierung Stadtentwicklungsplanung):

- Einwohnerverteilungsindex (auf Rasterbasis)
- Einwohnerdichte in den Stadtbezirkskern-Kreisflächen
- Bevölkerungsprognose
- Daten über die Veränderungen des Einwohner- und Wohnungsbestandes (auf Rasterbasis) zur Berechnung des Pearson-Bravais'schen Korrelationskoeffizienten

Universität Dortmund, Raumplanung (Fachgebiet Systemtheorie und Systemtechnik):

- Berechnung des geographischen Einwohnerschwerpunktes

---

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Auflagenhöhe: 1.400 Stück

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>A        DIE AUSGANGSSITUATION</b>	<b>3</b>
1.        Vorbemerkung	3
2.        Allgemeine Einwohnerentwicklung	3
3.        Die Struktur der Dortmunder Bevölkerung	5
3.1      Die Bevölkerung nach Alter und Geschlecht	5
3.2      Die Bevölkerung nach Nationalität	6
4.        Die natürliche Bevölkerungsentwicklung	8
4.1      Die Geburten	8
4.1.1    Allgemeines	8
4.1.2    Veränderung des Bestandes an Frauen	9
4.1.3    Die Entwicklung der Fruchtbarkeit	11
4.1.3.1   Fruchtbarkeitsmessung	11
4.1.3.2   Ursachen für die Änderung im Fruchtbarkeitsverhalten und ihre Auswirkungen	15
4.2      Die Sterbefälle	20
4.2.1    Allgemeines	20
4.2.2    Die Entwicklung der Sterblichkeit	21
5.        Innerstädtische und überstädtische Wanderungen	23
5.1      Allgemeines	23
5.2      Umzüge	24
5.2.1    Umzüge der Jahre 1965 bis 1976	24
5.2.2    Attraktivitätsmaße	27
5.2.2.1   Umzugstätigkeit je 1.000 Einwohner	27
5.2.2.2   Ein kombiniertes Attraktivitätsmaß	27
5.3      Wanderungen	31
5.4      Veränderungen der Einwohnerverteilung	31
5.4.1    Bevölkerungsverteilungsindex	31
5.4.2    Veränderungen in der Einwohnerdichte der Stadtbezirkkerne	32
5.4.2.1   Der 500 m-Radius	32
5.4.2.2   Der 1000 m-Radius	37
5.4.2.3   Vergleichende Betrachtung der Einwohnerdichte in den Stadtbezirkskernen	37
5.4.3    Der geographische Einwohnerschwerpunkt	39
5.4.3.1   Das Verfahren	39
5.4.3.2   Ergebnisse	41
6.        Eheschließungen und Ehescheidungen	42
6.1      Allgemeines	42
6.2      Die Entwicklung der Eheschließungen seit Ende des letzten Krieges	42
6.3      Die Erst-Ehen unter den Eheschließungen	44
6.4      Die Entwicklung der Ehescheidungen seit Ende des letzten Krieges	46
6.5      Das Phänomen wachsender Scheidungszahlen	48
6.6      Ehescheidungen und Wiederverheiratungen	49
6.7      Ergebnis und Ausblick	51

<b>B</b>	<b>ZUKUNFTSTRENDS</b>	<b>53</b>
1.	Einwohnerstrukturen	53
1.1	Vorbemerkung	53
1.2	Allgemeine Einwohnerentwicklung	53
1.3	Verschiebungen in der Altersstruktur 1976/2076	56
1.4	Folgerungen	57
2.	Verteilungsstrukturen	62
<b>C</b>	<b>EINIGE GEDANKEN ZU MASSNAHMEN DER GEGENSTEUERUNG</b>	<b>65</b>
1.	Allgemeines	65
2.	Steuerung der Gebäudenutzung	66
3.	Erhöhung der Wohnungs- und Wohnumweltqualität	67
4.	Beeinflussung des generativen Verhaltens	68

## VERZEICHNIS DER TABELLEN

Seite

1.	Bevölkerungsentwicklung in Dortmund nach dem 2. Weltkrieg	4
2.	Die Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung seit 1933 in vH	5
3.	Anteile der ausländischen, der deutschen und der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen (1976)	8
4.	Entwicklung der Geburten in Dortmund seit 1965	8
5.	Geburten-, Fruchtbarkeits- und Reproduktionsziffern für Dortmund seit 1965	12
6.	Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern 1976	13
7.	Altersgruppenspezifische Fruchtbarkeitsziffern seit 1969	13
8.a	Die ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge seit 1965 (absolute Zahlen)	16
8.b	Die ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge seit 1965 (prozentuale Zahlen)	17
9.	Jahresdurchschnittliche Eheschließungen und Erstgeburten	18
10.	Jahresdurchschnittliche Eheschließungen und Zweitgeburten	19
11.	Veränderung des generativen Verhaltens bezüglich der zeitlichen Distanz zwischen Eheschließung und Geburten	20
12.	Entwicklung der Sterbefälle in Dortmund seit 1965	21
13.	Jahresdurchschnittliche Sterbeziffern nach Altersgruppen und Geschlecht im Jahre 1976	22
14.	Die durchschnittliche Lebenserwartung seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland	22
15.	Entwicklung der Säuglings- und Kindersterblichkeit in Dortmund zwischen 1965 und 1976	23
16.	Umzüge in Dortmund 1965 bis 1976	24
17.	Umzüge der Jahre 1967 bis 1974	26
18.	Jahresdurchschnittliche Einwohnerveränderung durch (innerstädtische) Umzüge Zeitraum 1965 bis 1976	29
19.	Attraktivitätskennziffern	30
20.	Dortmunder Wanderungen 1965 bis 1976	31
21.	Kennziffern der Einwohnerdichte nach Stadtbezirken	35
22.	Kennziffern der Einwohnerdichte nach Stadtbezirken bezogen auf den Stadtdurchschnitt	36
23.	Wohnbevölkerung nach Stadtbezirken für die Jahre 1961, 1965, 1970 und 1976	38
24.	Die Eheschließungen seit 1945	42
25.	Eheschließungsziffern (Eheschließungen auf 1.000 Einwohner) seit 1945	43
26.	Die Entwicklung der Erst-Ehen seit 1946	45
27.	Die Ehelösungen seit 1946	47
28.	Die Eheschließungen mit vormals geschiedenen Ehepartnern seit 1960	49

29.	Bevölkerungsentwicklung in Dortmund bis zum Jahr 2076 (ohne Wanderungen)	54
30.	Die Entwicklung der Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung zwischen 1976 und 2076	59
31.	Die Belastungsquote in Dortmund zwischen 1976 und 2076	60

## VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abb.: 1	Die Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung seit 1933	6
Abb.: 2	Der Altersaufbau der Dortmunder Bevölkerung	7
Abb.: 3	Veränderung der Geburten zwischen 1965 und 1976	10
Abb.: 4	Die Entwicklung der Geburten-, Fruchtbarkeits- und Reproduktionsziffern für Dortmund seit 1965	14
Abb.: 5	Anzahl der ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge seit 1965 in vH	17
Abb.: 6	Attraktivität der Verwaltungsbezirke	28
Abb.: 7	Veränderung des Konzentrationsgrades $K_1$ in den Kernen der Nebenzentren zwischen 1968 und 1976	33
Abb.: 8	Der geographische Einwohnerschwerpunkt in den Jahren 1964, 1970 und 1976	40
Abb.: 9	Die Entwicklung der Erst-Ehen seit 1946	46
Abb.: 10	Die Eheschließungen mit vormals geschiedenen Ehepartnern seit 1960	50
Abb.: 11	Vergleich: Ausgangsbevölkerung - Bevölkerung Jan. 2076	55
Abb.: 12	Die Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Dortmund zwischen 1976 und 2076	58
Abb.: 13	Die Entwicklung der Belastungsquote in Dortmund zwischen 1976 und 2076	61

## EINLEITUNG

Von den Vereinten Nationen wurde zu Beginn des Jahres 1977 ein bevölkerungsstatistischer Bericht von erheblicher Brisanz vorgelegt. In ihm war nachzulesen, daß die Weltbevölkerung schon im zurückliegenden Jahr die 4 Milliarden-Grenze überschritten hatte. Bei einem täglichen Zuwachs von annähernd 200.000 Menschen läßt sich unschwer errechnen, daß am Ende des kommenden Jahrzehnts bereits 5 Milliarden Menschen die Welt bevölkern werden, zu Beginn des kommenden Jahrhunderts bzw. Jahrtausends wird die Menschheitszahl sogar auf fast 7 Milliarden angestiegen sein.

Eine Menschenlawine schickt sich also an, unseren Globus voll zu besetzen - und das, obwohl sich die Überforderung der irdischen Ressourcen bereits klar abzeichnet und in vielen Entwicklungsländern - man denke vorab an Indien - mit oft missionarischem Eifer Familienplanung und Empfängnisverhütung (wie wir heute wissen: vergeblich) gepredigt wurden.

Man wird an Robert Malthus erinnert, der vor eineinhalb Jahrhunderten die Behauptung aufstellte, daß die Menschheit sich in Form einer geometrischen Progression (1, 2, 4, 8, 16, 32, 64 ...) vermehre, während der Nahrungsmittelspielraum nur arithmetisch (1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 ...) zunehme; da die Welt langfristig ihre Menschen nicht ernähren könne, müßten Hungersnöte, Kriege und Seuchen die Folge sein, um ein den Lebensmöglichkeiten dieser Welt angepaßtes Gleichgewicht wiederherzustellen.

Bisher ist nicht bewiesen worden, daß Malthus mit seiner Behauptung generell Recht hatte; es ist aber auch der umgekehrte Beweis umfassend noch nicht geführt worden. Zwar ist es im Rahmen der sog. grünen Revolution - hierunter versteht man die Verbesserung der Ernteerträge durch Einsatz von Kunstdünger, durch Züchtung ertragsreicherer Getreidesorten u.a.m. - immer wieder gelungen, die ernährungswirtschaftlichen Grundvoraussetzungen menschlichen Lebens zu verbessern, doch zeichnen sich die Grenzen derartiger Fortschritte zunehmend ab. Und wer wagt sich auszumalen, wenn eine Dürreperiode in einer der wenigen Hauptanbaugelände, die sich vor allem auf dem nordamerikanischen Kontinent befinden, die landwirtschaftlichen Erträge entscheidend mindern sollte!

Zudem scheint es so, als hätte für einen Teil der Menschen in weniger entwickelten Ländern die düstere Prophezeiung Malthus' bereits Realität erlangt. Man führe sich vor Augen, daß allein in Lateinamerika täglich 1.500 Kinder verhungern, um zu begreifen, daß für viele Menschen die Katastrophe der überbevölkerten Erde längst stattgefunden hat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung muß man nun Bevölkerungsprozesse sehen, die in hoch entwickelten Industrieländern - und hier wiederum in den dichtbesiedelten Agglomerationsräumen - seit einigen Jahren im Gange sind. Für diese Gruppe von Ländern stellt sich nicht das Problem wachsender Einwohnerbestände; vielmehr sind sie mit Einwohnerverlusten konfrontiert, die regional oftmals außerordentliche Ausmaße annehmen. So hat beispielsweise Dortmund, dessen höchster Einwohnerstand mit 653 000 für Oktober 1965 ermittelt worden war, inzwischen (Anfang 1977) nur noch 618 000 Einwohner. Nach einer Prognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik<sup>1)</sup> wird die Einwohnerzahl bis 1990 weiter auf 541 000 Einwohner sinken. Entsprechende Entwicklungstendenzen lassen sich für andere Verdichtungsräume aufzeigen. So haben nach einer Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt München<sup>2)</sup> die wirtschaftlich außerordentlich gut strukturierten Städte Hamburg und Frankfurt bis zum 30.06.1976 150 100 (- 8,1 %) bzw. 59 100 (- 8,5 %) Einwohner seit ihrem jeweiligen Bevölkerungshöchststand verloren. Die Einwohnerverluste sind hier somit absolut wie relativ noch höher als in Dortmund.

Aus dieser völlig gegensätzlichen Situation ergeben sich neuartige Fragestellungen, für die Antworten auch deshalb nicht immer unmittelbar verfügbar sind, weil sich die aus den veränderten Entwicklungsverläufen resultierenden Folgen erst in fernerer Zukunft so recht spürbar einstellen werden und daher gegenwärtig allenfalls umrißhaft erkennbar sind. Bei der Beurteilung dieser auf uns zukommenden Sachverhalte wird man sich jedoch stets des gewichtigeren Problems der Übervölkerung unserer Erde bewußt sein müssen, auf das deshalb einleitend hingewiesen werden mußte.

Die nachfolgenden Ausführungen befassen sich mit dem gesamten Problemkreis des Bevölkerungsrückgangs, und zwar bezogen auf Dortmund. Dabei soll den Ursachen dieser Entwicklung ebenso nachgegangen werden wie den aus den Einwohnerverlusten sich ergebenden Folgen, die in unmittelbarer und weiterer Zukunft zu

1) Statistische Rundschau, April 1977.

2) Münchener Statistik, 1976, Heft 12, S. 298.

spüren sein werden. Da zusätzlich zu den allgemein zu beobachtenden Abnahmen der Einwohnerzahlen auch Einwohnerumverteilungsprozesse beträchtlichen Umfangs zu verzeichnen sind, soll auch den räumlichen Veränderungen in der Siedlungsstruktur Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schließlich stellt sich diese Arbeit die Aufgabe, einige Möglichkeiten aufzuzeigen, durch die den zu erwartenden Einwohnerverlusten entgegengewirkt werden kann, nicht um diese Verluste in vollem Umfang wettzumachen - eine solche Zielsetzung müßte angesichts der weltweiten Bevölkerungsexplosion als selbstmörderisch bezeichnet werden -, sondern um einen zu starken Pendelausschlag mit den dann zu erwartenden äußerst einschneidenden Konsequenzen zu verhindern.

## A DIE AUSGANGSSITUATION

### 1. Vorbemerkung

In jüngster Vergangenheit ist mit Hilfe der Bevölkerungsstatistik eine Reihe außerordentlich folgenreicher demographischer Vorgänge aufgedeckt und analysiert worden.

Da ist zunächst der seit einigen Jahren zu beobachtende Geburtenrückgang zu nennen, über dessen Gründe und Folgen die amtliche Statistik und die Städtestatistik im Rahmen von vergangenheitsbezogenen Untersuchungen, zu denen umfangreiches und gesichertes Datenmaterial zur Verfügung steht, und im Rahmen von zukunftsorientierten Modellrechnungen bereits eine Vielzahl von Informationen haben vorlegen können. Als Pendant zur Geburtenstatistik ist die Sterbestatistik zu sehen. Obwohl ihre Ergebnisse wegen biologischer Sachzwänge im Hinblick auf die menschliche Sterblichkeit recht genau errechenbar sind und deshalb bei prognostischen Betrachtungen kaum Überraschung auslösen dürften, finden sie in gegenwärtig geführten bevölkerungspolitischen Diskussionen allein schon deshalb besondere Beachtung, weil altersstrukturbedingte Besonderheiten im Bevölkerungsaufbau zu einem so starken Anstieg der Sterbezahlen geführt haben, daß die Erhaltung des Einwohnerbestandes nicht mehr gesichert werden kann.

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist es die räumliche Mobilität, die das besondere Interesse des Statistikers herausfordert. Wanderungen in beiden Richtungen über die Stadtgrenze und Umzüge innerhalb des Stadtgebietes haben die Siedlungsdichte und -struktur sowie die soziologische und altersmäßige Einwohnerzusammensetzung seit der Nachkriegszeit gewaltig verändert; der in Gang befindliche Prozeß wird anhalten und weitere Veränderungen bewirken. Ihnen im Rahmen von auf die Zukunft gerichteten Untersuchungen Aufmerksamkeit zu schenken, ist vor allem deshalb erforderlich, weil die Nutzung infrastruktureller Einrichtungen - man denke etwa an die in wenigen Jahren fertiggestellte Stadtbahn - nur vertretbar ist, wenn ein Mindestmaß an Auslastung durch entsprechende Nachfrage gewährleistet werden kann.

Aber auch die demographischen Ereignisse Eheschließung und Ehescheidung müssen im Rahmen dieser Untersuchung näher beleuchtet werden, da sie Aufschluß über die wichtigste Institution menschlicher Gruppenbeziehungen, nämlich die Ehe bzw. Familie, geben und für die Entwicklung der Geburten eine wichtige Voraussetzung bilden.

Die nachfolgenden Ausführungen werden sich den hier nur kurz angesprochenen Problembereichen

- der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit den Geburten und Sterbefällen
- der räumlichen Mobilität und
- der Eheschließungen und Ehescheidungen

detailliert zuwenden. Dabei soll versucht werden, den Ursachen und - nachfolgend im Teil B - den Folgen der dargelegten Entwicklungsverläufe möglichst weitgehend nachzugehen.

### 2. Allgemeine Einwohnerentwicklung

Die Einwohnerentwicklung in Dortmund ist nach dem 2. Weltkrieg durch zwei entgegengesetzte Entwicklungsreihen gekennzeichnet.

In dem Zeitraum von 1945 bis 1965 war ein permanenter Anstieg der Einwohnerzahl zu registrieren. Mit 653.015 Personen wurde am 30.10.1965 der bislang höchste Einwohnerstand für Dortmund ermittelt. Ab Mitte der 60er Jahre ist dann jedoch eine fast ununterbrochene Abwärtsentwicklung festzustellen, die in jüngster Zeit lediglich durch die Eingemeindung im Rahmen des Ruhrgebietsgesetzes<sup>1)</sup> unterbrochen wurde.

<sup>1)</sup> Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Ruhrgebiet vom 9. Juli 1974.

Werfen wir einen Blick auf einzelne Stationen dieser Entwicklung.

Tab. 1 Bevölkerungsentwicklung in Dortmund nach dem 2. Weltkrieg

Jahr	Bevölke- rung (31.12.)	Veränd. gegenüb. Vorjahr (in vH)	Jahr	Bevölke- rung (31.12.)	Veränd. gegenüb. Vorjahr (in vH)	Jahr	Bevölke- rung (31.12.)	Veränd. gegenüb. Vorjahr (in vH)
1945	418 605	+ 22,76	1956	610 912	+ 1,40	1967	640 992	- 1,18
1946	441 321	+ 5,43	1957	625 257	+ 2,35	1968	636 604	- 0,68
1947	459 232	+ 4,06	1958	632 236	+ 1,12	1969	638 575	+0,31
1948	479 641	+ 4,44	1959	635 907	+ 0,58	1970	642 680	+0,64
1949	495 781	+ 3,37	1960	638 619	+ 0,43	1971	645 348	+0,42
1950	512 088	+ 3,29	1961	643 921	+ 0,83	1972	640 814	- 0,70
1951	532 619	+ 4,01	1962	646 765	+ 0,44	1973	636 911	- 0,61
1952	550 711	+ 3,40	1963	648 488	+ 0,27	1974	630 118	- 1,07
1953	573 660	+ 4,17	1964	649 873	+ 0,21	1975	626 276	- 0,61
1954	590 063	+ 2,86	1965	652 524	+ 0,41	1976	618 040	- 1,32
1955	602 493	+ 2,11	1966	648 644	- 0,59			

Ende 1945 besaß Dortmund mit einer Bevölkerungszahl von 418.605 annähernd 23 % weniger Einwohner als vor dem 2. Weltkrieg (1939: 541.900). Anfang der 50er Jahre war bereits wieder die Halbe-Million-Grenze überschritten, 1955 betrug die Einwohnerzahl mehr als 600.000. Jährliche Zuwachsraten von bis über 5 % - wenn einmal von der extremen Steigerung 1944/45 mit 22,76 % abgesehen wird - kennzeichnen diese Entwicklung.

Mit dem Ausklingen des 5. Jahrzehnts verlangsamte sich die Einwohnerzunahme merklich. Ab 1959 kamen die jährlichen Steigerungsraten nicht mehr über 1 % hinaus. Im Jahre 1965 schließlich war der Kulminationspunkt erreicht. Von da ab verlief die Entwicklung mit umgekehrtem Vorzeichen. Zwar konnten in den Jahren 1969 bis 1971 wieder positive jährliche Zunahmen registriert werden; jedoch vermochte diese kurze Wachstumsphase den Abwärtstrend auf bis zuletzt 618.040 Einwohner nicht nachhaltig zu beeinflussen.

Das Jahr 1975 spielt in dieser Entwicklung insofern eine besondere Rolle, als die bevölkerungsmäßige Abwärtsentwicklung durch die Eingemeindung von 9.171 Personen verlangsamt wurde. Ohne diese Eingemeindung wäre 1975 ein negativer Wert von über 2 % zu verzeichnen gewesen.

Prognosen der voraussichtlichen Entwicklung der Bevölkerung<sup>1)</sup> zeigen, daß die Abwärtsentwicklung in Dortmund auch in Zukunft weiter anhält, worauf im Teil B noch näher eingegangen wird.

Die Umkehrung der Einwohnerentwicklung ist kein spezifisch Dortmunder Phänomen. Vielmehr wurden hiervon alle deutschen Großstädte betroffen, wenngleich zu unterschiedlichen Zeitpunkten. So setzte, wie aus der bereits angeführten Münchener Untersuchung hervorgeht, die Umkehrung des Bevölkerungstrends in Nord- und Westdeutschland Anfang bis Mitte der 60er Jahre ein, während die süddeutschen Großstädte erst Anfang der 70er Jahre folgten. Im Reigen der in diese Untersuchung einbezogenen Großstädte weist Dortmund mit einer Abnahme von 4,6 % zwischen dem Zeitpunkt mit dem höchsten Einwohnerstand und dem 30.06.1976 eine mittlere Abnahmerate aus. Städte wie Frankfurt (- 8,5 %) oder Hamburg (- 8,1 %) mußten wesentlich stärkere, Köln (- 0,8 %), Wiesbaden (- 1,6 %) oder München (- 2,2 %) geringere Einbußen hinnehmen.

Im folgenden sollen die Bevölkerungsstruktur sowie die demographischen Komponenten und ihre Auswirkungen auf die oben skizzierte Entwicklung in Dortmund einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

<sup>1)</sup> Vgl. Dortmunder Statistik, Sonderheft 43, Februar 1971; ebenda, Sonderheft 66, Dezember 1975; Beiträge zur Statistik des Landes NW, Heft 373, März 1977.

### 3. Die Struktur der Dortmunder Bevölkerung

#### 3.1 Die Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

Zu den weitaus wichtigsten demographischen Merkmalen gehört die Altersgliederung der Bevölkerung in ihrer zeitlichen Veränderung. Ein Veralten oder Verjüngen einer Bevölkerung signalisiert Auswirkungen für das Arbeitskräftepotential, für den Wohnungsmarkt etc.

Die Ergebnisse der Tab. 2 lassen erkennen, daß sich in der langfristigen Entwicklung zwischen 1933 und 1976 z. T. erhebliche Verschiebungen zwischen den Altersgruppen ergeben haben.

Tab. 2 Die Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung seit 1933 in vH

Altersgruppe von .... bis unter .... Jahren	1933	1950	1961	1970	1976	Veränderung in vH	
						1933/1976	1950/1976
0 - 5	6,7	5,9	7,3	7,0	4,5	- 32,8	- 23,7
5 - 10	8,0	6,7	6,8	7,4	6,5	- 18,8	- 3,0
10 - 15	9,1	8,0	6,3	6,8	7,7	- 15,4	- 3,8
15 - 20	6,3	6,5	6,3	6,5	7,2	+ 14,3	+10,8
20 - 60	61,7	59,6	57,2	52,2	53,4	- 13,5	- 10,4
60 - 65	3,4	4,8	6,0	6,7	5,4	+ 55,9	+10,4
65 u. mehr	4,7	8,5	10,1	13,4	15,4	+227,7	+81,2

Bedingt durch den Rückgang der Geburten und die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung hat sich das Altersgefüge des Bevölkerungsbestandes entscheidend gewandelt. Dies zeigt sich am deutlichsten bei den jungen Menschen, deren Gewicht innerhalb der Altersgruppen gesunken ist, einerseits und bei den alten Menschen, deren Anteile beträchtlich gestiegen sind, andererseits. Waren 1875 noch 44,3 % (24,6 %) der im damaligen Deutschen Reich lebenden Einwohner unter 20 (10) Jahre alt, so sank der Anteil dieser Altersgruppe bis 1976 in der Bundesrepublik auf 25,9 % (11,0 %). Umgekehrt stieg der Anteil der alten Menschen (60 Jahre und mehr) von 7,6 % im Jahre 1875 auf 20,7 % im Jahre 1976 an.

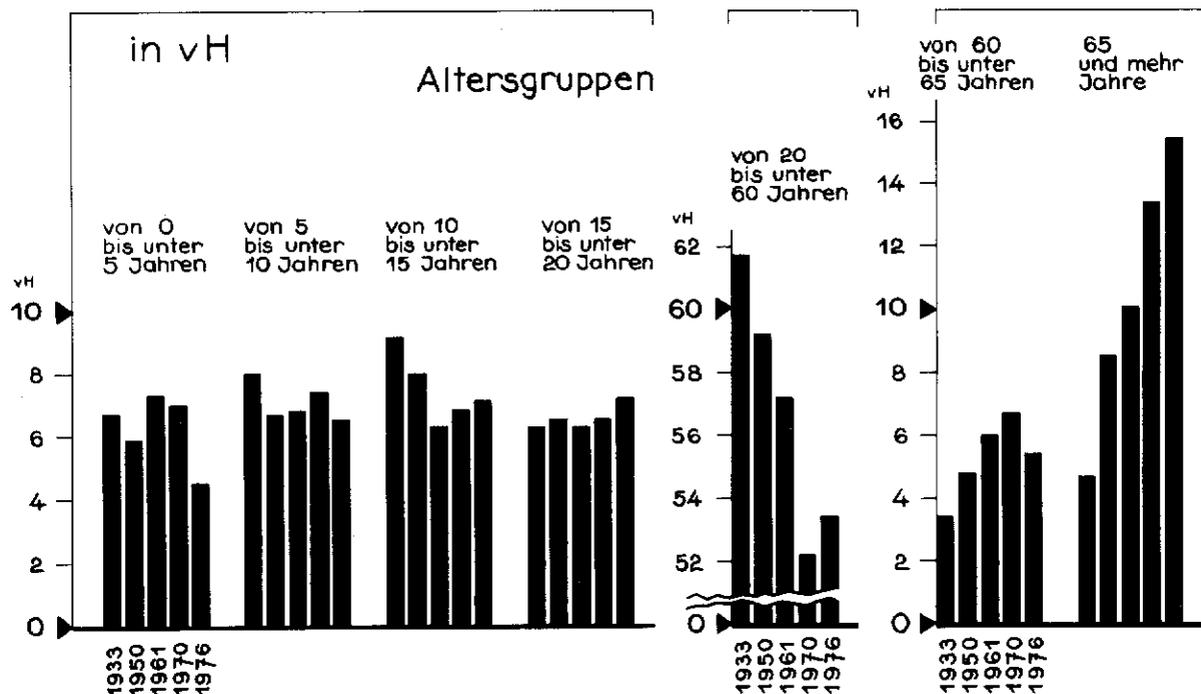
Auch wenn der für Dortmund gewählte Betrachtungszeitraum wesentlich kürzer ist, zeigen sich hier ähnliche Entwicklungsverläufe. Zwischen 1950 und 1976 nahm z.B. das bevölkerungsmäßige Gewicht der Kinder unter 5 Jahren um 23,7 % ab, das der über 65 Jahre alten Dortmunder Bürger hingegen um 81,2 % zu. Bei den jüngeren Menschen hat lediglich die Gruppe der 15-bis 20jährigen einen Zuwachs gegenüber 1950 (+ 10,8 %) zu verzeichnen, eine Erscheinung, die auf die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre zurückzuführen ist. Infolge des durch die damalige wirtschaftliche Situation bedingten Ausfalls an Geburten war der Bestand der im Jahre 1950 dann 15 bis unter 20 Jahre alten Menschen entsprechend gering.

Der Altersaufbau der Dortmunder Bevölkerung kommt anschaulich durch die in Abb. 2 dargestellte Alterspyramide zum Ausdruck. Durch zahlreiche Einflüsse unterschiedlicher Art ist die Pyramide weit ab von ihrer Idealform. Deutlich ist an der Basis eine Einschnürung infolge des in letzter Zeit zu beobachtenden Geburtenrückgangs zu erkennen. An der Spitze der Pyramide zeigt sich aufgrund der höheren Lebenserwartung des weiblichen Geschlechts ein Übergewicht an Frauen. Dazwischen spiegeln sich - mit entsprechender Phasenverschiebung - die Einflüsse der beiden Weltkriege sowie der Einschnitt der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre im Pyramidenaufbau deutlich wider.

Ein Vergleich mit der Alterspyramide des Jahres 1956 veranschaulicht, wie sich im Laufe der Zeit diese für den Aufbau der Bevölkerungspyramide gravierenden Einbrüche in den einzelnen Altersgruppen verschoben haben. In ca. 30 Jahren wird der Einfluß des 1. Weltkrieges, in weiteren 15 (30) Jahren der der Weltwirtschaftskrise (des. 2. Weltkrieges) aus dem Erscheinungsbild der Pyramide verschwunden sein.

Abb. 1

# Die Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung seit 1933



Stadt Dortmund  
Amt für Statistik und Wahlen

Was die Geschlechterproportion anbelangt, so überwiegt in Dortmund anteilmäßig das weibliche Geschlecht. Von 100 Dortmunder Bürgern sind 47 Männer und 53 Frauen. Die Verteilung auf die beiden Geschlechter ist jedoch altersspezifisch recht unterschiedlich. Der männliche Geburtenüberschuß - im Durchschnitt der letzten 10 Jahre kamen in Dortmund auf 100 Mädchen geburten ca. 105 Knabengeburt<sup>1)</sup> - baut sich durch die größere Sterblichkeit des männlichen Geschlechtes im Laufe der Zeit ab, so daß es bei einem bestimmten Alter zu einer Umkehrung der Proportionen kommt. Dieses sog. Überholungsalter lag im Jahre 1976 in Dortmund bei 50 Jahren.

Bei der Geschlechterproportion wirken sich ferner exogene Störungen aus, wie z.B. eine unterschiedliche Wandermobilität der beiden Geschlechter sowie die Totenverluste der beiden Weltkriege. So nimmt der weibliche Überschuß in vorrückendem Alter immer stärker zu; in der Altersgruppe über 70 Jahre macht der Bestand an Männern nahezu nur noch die Hälfte des weiblichen Bestandes aus (53,8 %), im Alter von über 80 Jahren kommen auf einen Mann nahezu 2 Frauen (38,4 %).

### 3.2 Die Bevölkerung nach Nationalität

Der Anteil der Ausländer an der Dortmunder Bevölkerung hat sich in den drei Jahren 1974 - 1976 bei ca. 7 % stabilisiert. Von den 43 463 ausländischen Bürgern, die im Jahre 1976 beim Einwohnermeldeamt der Stadt Dortmund registriert waren, entfielen 59,6 % bzw. 23 918 auf das männliche Geschlecht.

Der Bestand an Ausländern hat gerade zu Anfang der 70er Jahre stark an Umfang zugenommen. Um die Jahrhundertwende lebten in Dortmund knapp 2.500 Ausländer. Ihre Zahl stieg - vor allem seit 1961 - bis Mitte der 60er Jahre auf ca. 25.000 Personen an, um dann wieder erheblich abzusinken. Von unter 15.000 im Jahre 1968 vergrößerte sich der Ausländerbestand seitdem mit jährlichen Zuwachsraten von teilweise weit über 20 %. Seit 1975 ist mit -2,7 % (bis Ende 1976) eine leichte Abnahme festzustellen.

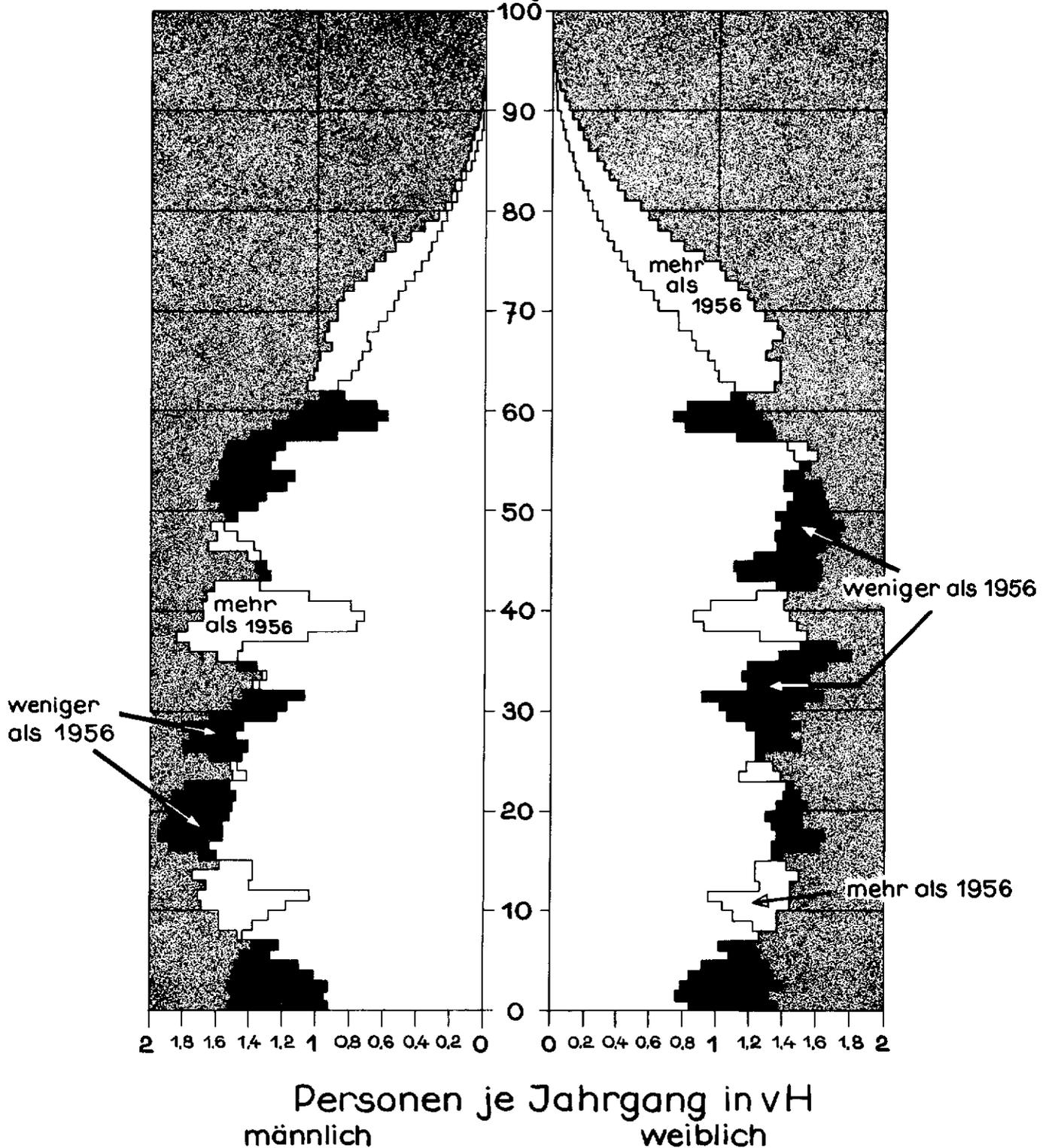
<sup>1)</sup> In der Bundesrepublik Deutschland liegt das Verhältnis von Knaben- zu Mädchengeburten für die letzten zehn Jahre bei 105,7 : 100.

Abb. 2

# Der Altersaufbau der Dortmunder Bevölkerung

Vergleich zwischen den Jahren 1956 und 1976

Altersjahre



Die stärkste fremde Volksgruppe wird von den Türken gestellt. Nahezu jeder 3. Ausländer in Dortmund besitzt die türkische Staatsangehörigkeit; 1972 traf dies erst für jeden 4. Ausländer zu. Am zweithäufigsten sind die Jugoslawen (15,8 %) anzutreffen, wenngleich ihr Anteil seit 1972 zurückgegangen ist (- 8,7 %). Griechen und Italiener folgen mit Anteilswerten von jeweils 9,2 %.

Die Altersgliederung der ausländischen Bevölkerung unterscheidet sich wesentlich von der der deutschen. Waren bei der Gesamtbevölkerung 18,7 % unter 15 Jahre, so lag dieser Wert 1976 bei den Ausländern mit

Tab. 3 Anteile der ausländischen, der deutschen und der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen (1976)

Altersgruppen	Deutsche	Ausländer	Gesamtbevölkerung
bis unter 15 Jahre	18,0 %	28,7 %	18,7 %
15 bis unter 65 Jahre	65,6 %	69,7 %	65,9 %
65 Jahre und älter	16,4 %	1,6 %	15,4 %

28,7 % deutlich darüber. Umgekehrt verhält es sich am anderen Ende der Altersskala. Hier betragen die entsprechenden Anteile für die Gesamtbevölkerung 15,4 %, für die ausländische Bevölkerung hingegen nur 1,6 %. Diese Abweichung liegt darin begründet, daß die Ausländer eine höhere Fruchtbarkeit besitzen und ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik lediglich erwerbswirtschaftlichen Interessen dient, somit im wesentlichen auf das Erwerbsfähigenalter beschränkt ist. Ausländer im Rentenalter sind nur äußerst selten anzutreffen.

#### 4. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung

##### 4.1 Die Geburten

##### 4.1.1 Allgemeines

Die aus der Geburtenstatistik zu entnehmenden Gesamtzahlen zeigen einen deutlichen Trend nach unten, wenngleich in den Jahren 1975 und 1976 eine leicht steigende Tendenz zu beobachten ist.

Tab. 4 Entwicklung der Geburten in Dortmund seit 1965

Jahr	Geburten			Darunter		
	insgesamt	Veränderung geg. Vorjahr (in vH)	1965 = 100	nicht-ehel.	Ausländergeburten	
					absolut	in vH der Geburten insges.
1965	10 507	- 2,3	100,0	467	334	3,2
1966	10 482	- 0,2	99,8	519	418	4,0
1967	9 773	- 6,8	93,0	487	347	3,6
1968	9 309	- 4,7	88,6	462	337	3,6
1969	8 872	- 4,7	84,4	508	411	4,6
1970	7 493	- 15,5	71,3	421	467	6,2
1971	7 426	- 0,9	70,7	502	643	8,7
1972	6 280	- 15,4	59,8	466	797	12,7
1973	5 630	- 10,4	53,6	497	930	16,5
1974	5 137	+ 8,8	48,9	373	937	18,2
1975	5 233	+ 1,9	49,8	384	1048	20,0
1976	5 378	+ 2,8	51,2	456	1013	18,8

In dem der Betrachtung zugrunde liegenden Zeitraum von 12 Jahren hat sich die Zahl der Geburten nahezu halbiert. Erblickten 1965 noch 10.507 Kinder das Licht der Welt, so waren es im Jahre 1976 lediglich 5.378.

Der stärkste Rückgang der Geburten war in den Jahren 1970, 1972 und 1973 mit Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr von über 10 % zu verzeichnen.

Auffallend ist der wachsende Anteil der Ausländer an den Geburten insgesamt. Gegenwärtig hat nahezu jedes 5. Dortmunder Neugeborene ausländische Eltern. 1965 lag dieser Anteil mit 3,2 % noch wesentlich niedriger.

Die Zahl der nichtehelichen Geburten des Jahres 1976 hat sich gegenüber 1965 zwar absolut kaum verändert, jedoch ist - bezogen auf die Geburten insgesamt - infolge der stark verringerten Basis ihr Gewicht merklich gestiegen (+ 93 %).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Bestimmungsgründen der aufgezeigten Entwicklungen.

Generell kann gesagt werden, daß die Zahl der Geburten bestimmt wird durch die Anzahl der im fortpflanzungsfähigen Alter stehenden Frauen sowie das generative Verhalten dieser Frauen. Während sich über die erste Bestimmungsgröße, zumindest für die Vergangenheit, exakte Angaben machen lassen, ist die zweite Größe wesentlich schwieriger zu fassen, insbesondere dann, wenn es sich um die Abschätzung zukünftiger Fruchtbarkeitsquoten handelt. Das Fruchtbarkeitsverhalten ist eine komplexe Größe, die abhängt von der Verheiratetenquote, dem Eheschließungsalter, der Ehedauer, der Scheidungshäufigkeit sowie dem Fortpflanzungsverhalten.

Im folgenden soll auf einige der Faktoren, von denen die Zahl der jährlichen Geburten abhängt, eingegangen werden und ihr Einfluß auf die Geburtenentwicklung nach Möglichkeit quantifiziert werden.

#### 4.1.2 Veränderung des Bestandes an Frauen

Eine der Komponenten, die sich auf die Zahl der Geburten auswirkt, ist die Größe des Bestandes an Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter. Zu dieser Gruppe wird der weibliche Teil der Bevölkerung zwischen 15 bis unter 45 Jahren gezählt. Geburten von Frauen außerhalb dieser Grenzen können bei der Berechnung altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern vernachlässigt werden. So wurden im Jahre 1976 lediglich 0,3 % aller Neugeborenen von jüngeren oder älteren Frauen zur Welt gebracht.

Auswirkungen, die von dem Bestand an fortpflanzungsfähigen Frauen ausgehen, können einerseits bedingt sein durch eine Variation in der absoluten Höhe dieses Bestandes, andererseits auch durch eine Änderung in der altersmäßigen Struktur innerhalb des Altersbereichs zwischen 15 und 45 Jahren - bekanntlich ist das generative Verhalten einer 20jährigen völlig verschieden von dem einer 40jährigen - bzw. durch beide Faktoren gleichzeitig. In der folgenden Berechnung wird der Einfluß beider Faktoren in einer Komponente zusammengefaßt.

Um den Einfluß, der seit 1965 von Änderungen des fortpflanzungsfähigen Bestandes an Frauen - also dem demographischen Faktor - ausgeht, von dem des geänderten Fruchtbarkeitsverhaltens in diesem Zeitraum zu trennen, wird folgendes Verfahren angewandt.

Die Zahl der fortpflanzungsfähigen Frauen des Jahres 1976 (getrennt nach Altersjahrgängen) wird multipliziert mit den (altersspezifischen) Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1965. Durch diese Rechenoperation findet lediglich die Veränderung des Frauenbestandes zwischen 1965 und 1976 Berücksichtigung, nicht hingegen die Variation im Fruchtbarkeitsverhalten.

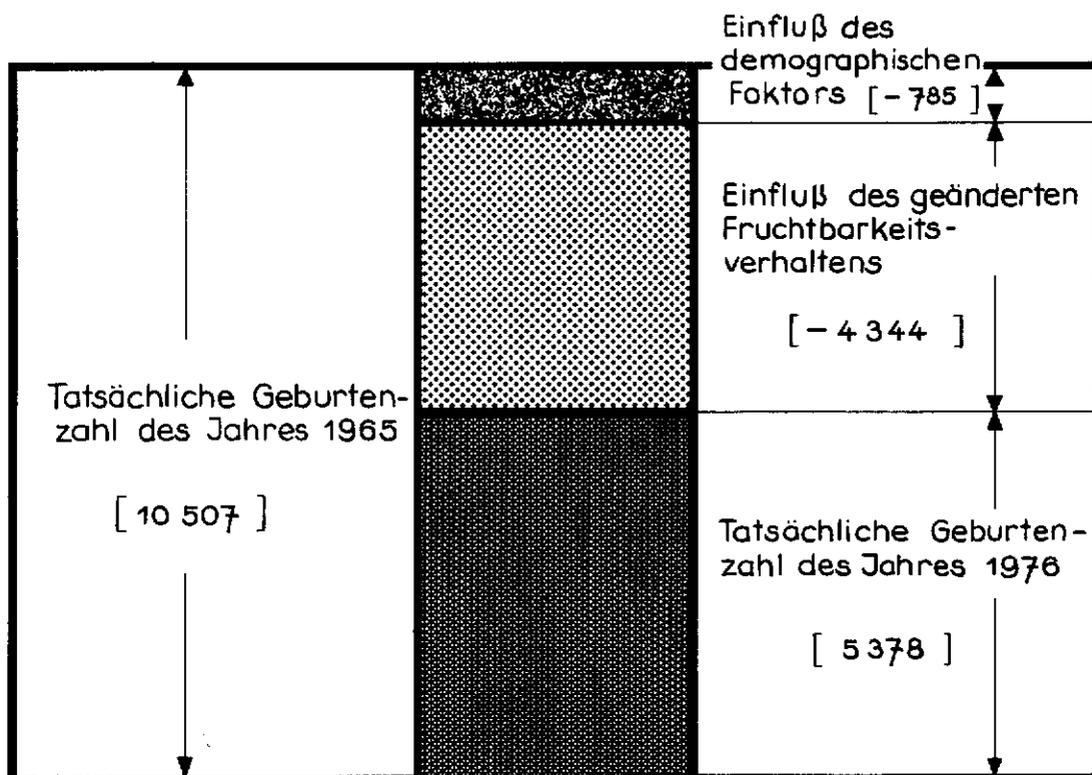
Das so ermittelte Ergebnis gibt die Zahl von Geburten an, die sich allein als Auswirkung einer Veränderung des demographischen Faktors ergeben hätte. Danach hätten 1976 in Dortmund 9.722 Kinder das Licht der Welt erblicken müssen. Wird von dieser (fiktiven) Größe die Zahl der tatsächlichen Geburten (10.507) des Jahres 1965 subtrahiert, so ergibt die Differenz einen negativen Einfluß des demographischen Faktors in Höhe von 785 Geburten. D.h. allein aufgrund des geänderten Frauenbestandes und der geänderten Altersstruktur wäre - bei gleichem Fruchtbarkeitsverhalten - ein Geburtenausfall von 785 Kindern eingetreten.

Der Effekt der Veränderung im Fruchtbarkeitsverhalten ergibt sich schließlich als Residualgröße aus der Differenz zwischen dem fiktiven (9.722) und dem tatsächlichen Bestand (5.378) an Geburten im Jahre 1976. Mit einem Wert von 4.344 Neugeborenen ist somit der negative Einfluß des sich zwischen 1965 und 1976 gewandelten Fruchtbarkeitsverhaltens mehr als 5mal so groß wie der des demographischen Faktors.

Wie bereits an anderer Stelle dargelegt (4.1.1) ist seit 1975 wieder ein leichter Anstieg der Geburtenzahl in Dortmund festzustellen. Interessant ist dabei die Frage, worauf dieser Anstieg zurückzuführen ist. Denkbar wäre eine Umschichtung innerhalb der Altersjahrgänge zugunsten der Frauen im gebärfähigen Alter oder aber ein geändertes Fruchtbarkeitsverhalten. Mittels des weiter oben beschriebenen Verfahrens läßt sich folgende Aussage treffen: Der leichte Anstieg ist allein auf eine Änderung im Fruchtbarkeitsverhalten zurückzuführen, denn aufgrund der demographischen Komponente hätte die Geburtenzahl minimal (- 22 Geburten) unter der von 1974 liegen müssen. Da die tatsächliche Zahl der Neugeborenen im Jahre 1976 aber bei 5.378 lag, hat der Effekt der geänderten Fruchtbarkeit den demographischen Effekt bei weitem (+ 263 Geburten) überkompensiert. Inwieweit diese Entwicklung auch zukünftig anhalten wird, läßt sich aufgrund der Werte zweier Jahre noch nicht gesichert feststellen.

Abb. 3

## Veränderung der Geburten zwischen 1965 und 1976



### 4.1.3 Die Entwicklung der Fruchtbarkeit

#### 4.1.3.1 Fruchtbarkeitsmessung

Zur Ermittlung der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung stehen verschiedene Maße zur Verfügung, von denen drei im folgenden eingehend dargestellt werden sollen.

Zunächst sei als ein Maß die sog. Geburtenziffer genannt (GZ). Sie wird ermittelt als Quotient aus der Zahl der Geburten (G) eines Jahres und der (mittleren) Gesamtbevölkerung ( $\bar{B}_g$ ), bezogen auf 1000 Einwohner:

$$GZ = \frac{G}{\bar{B}_g} \cdot 1000$$

Da in den Nenner die gesamte Bevölkerung eingeht, somit auch der Teil, der keine Geburten hervorbringt, handelt es sich bei der Geburtenziffer nicht um ein Fruchtbarkeitsmaß im eigentlichen Sinn, sondern eher um ein Maß der Beeinflussung der Bevölkerungszahl durch die Geburtenzahl. Allein durch Variation des nicht gebärfähigen Teils der Bevölkerung kann sich nämlich die Geburtenziffer erheblich verändern.

Verdeutlicht wird diese Aussage durch das mengenmäßige Verhältnis der beiden Gruppen, des gebärfähigen und des nicht gebärfähigen Teils der Bevölkerung. Im Jahre 1976 entfielen auf die erstere Gruppe, das sind die Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren, 20,4 %; den weitaus größten Teil hingegen machte mit 79,6 %<sup>1)</sup> die nichtgebärfähige Gruppe aus.

Die Benutzung der Geburtenziffer sollte also immer unter diesen Einschränkungen gesehen werden.

Im Laufe des in dieser Untersuchung zugrundeliegenden Zeitraums von etwas mehr als einer Dekade hat sich die Geburtenziffer in Dortmund nahezu halbiert. Kamen im Jahre 1965 noch ca. 16 Geburten auf 1000 der Bevölkerung, so waren es im Jahre 1976 lediglich knapp 9 (vgl. Tabelle 5). Seit 1975 ist - analog zur Entwicklung der absoluten Geburtenzahlen - ein leichter Anstieg der Geburtenziffer zu registrieren.

Der Rückgang der Geburtenziffern ist indes kein Phänomen der jüngsten Vergangenheit. Er stellt vielmehr einen langfristigen Entwicklungsprozeß dar, der in einigen Ländern bereits vor der letzten Jahrhundertwende einsetzte. Bewegten sich damals zu Beginn der Industrialisierung die Geburtenziffern auf einem nach heutigen Verhältnissen ungewöhnlich hohen Niveau, so stellten sich in Deutschland bereits vor dem 1. Weltkrieg stark rückläufige Geburtenziffern ein. Beispielsweise lagen die deutschen Geburtenziffern 1841 bei 36,4, 1861 bei 34,4, 1881 und 1891 bei jeweils 37,0, ehe sie schließlich 1910 auf 28,6 und danach auf 25,3 (1921), 16,0 (1931), 18,6 (1941), 15,7 (1951) 18,0 (1961) und 12,6 (1971) absanken.

Der trendmäßige Rückgang der Geburtenziffern setzte sich bis in die unmittelbare Vergangenheit fort - inzwischen sind für die Bundesrepublik Deutschland Werte unter 10 errechnet worden.

1) Nach einer Untersuchung von Sundbärg (zitiert in: W. Winkler, Demometrie, Berlin 1969, S. 95) beträgt das Verhältnis annähernd 1 : 3. Sundbärg bezieht allerdings dabei die 45 bis unter 50 Jahre alten Frauen in die Gruppe des gebärfähigen Teils der Bevölkerung ein. Für Dortmund ergeben sich bei entsprechender Erweiterung der Altersgruppe Anteile von 23,2 bzw. 76,8 %; diese Werte entsprechen also dem Sundbärgschen Verhältnis.

In einer amerikanischen Untersuchung<sup>1)</sup> wird aufgezeigt, daß die Schwelle von 30 Geburten auf 1000 Einwohner, die in Deutschland wie in den USA, Norwegen und Holland gleich zu Anfang des 20. Jahrhunderts erreicht war, in einigen Staaten bereits viel früher unterschritten wurde - so z. B. in Frankreich in den 30er Jahren, in der Schweiz und Belgien in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Andere Staaten hingegen, wie z. B. die UdSSR oder Japan vollzogen diese Entwicklung erst in den 40er bzw. 50er Jahren dieses Jahrhunderts nach. Dabei ist festzustellen, daß der Rückgang der Geburtenziffern um so ausgeprägter ausfiel, je später diese Schwelle erreicht wurde<sup>2)</sup>. So stellte sich die Geburtenziffer in Japan innerhalb weniger Jahre auf ein Niveau ein, wofür z. B. in England mehrere Jahrzehnte notwendig waren.

Der Nachteil, der der Geburtenziffer anhaftet, kann dadurch weitgehend eliminiert werden, daß der Nenner lediglich auf die Zahl der im gebärfähigen Alter stehenden Frauen beschränkt wird. Die so gebildete Formel zur Ermittlung der Fruchtbarkeit (standardisiert auf 1000) lautet dann:

$$FZ = \frac{G}{B_{w, 15-45}} \cdot 1000,$$

wobei  $B_{w, 15-45}$  die Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren darstellt. Der Wert dieser Fruchtbarkeitsziffer muß naturgemäß weit über dem der Geburtenziffer liegen.

Bei den Fruchtbarkeitsziffern zeigt sich - wie bei den Geburtenziffern auch - ein starker Rückgang von 76,4 (1965) auf 40,3 (1974) Geburten auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter. Ab 1975 ist wieder ein leichter Anstieg um 2 Geburten auf 1000 Frauen registrierbar.

Tab. 5 Geburten-, Fruchtbarkeits- und Reproduktionsziffern für Dortmund seit 1965

Jahr	Geburtenziffer	Fruchtbarkeitsziff.	Reproduktionsziff. *)	Jahr	Geburtenziffer	Fruchtbarkeitsziff.	Reproduktionsziff. *)
1965	16,1	76,4	1,09	1971	11,5	57,5	0,86
1966	16,1	77,7	1,17	1972	9,8	48,8	0,71
1967	15,2	74,1	1,07	1973	8,8	43,9	0,63
1968	14,6	71,5	1,06	1974	8,1	40,3	0,58
1969	13,9	68,4	1,01	1975	8,3	41,2	0,58
1970	11,7	58,3	0,84	1976	8,6	42,7	0,62

\*) Berechnung auf der Basis von Altersgruppen.

Interessant ist es, der Frage nachzugehen, welche Altersgruppen innerhalb des gebärfähigen Teils der weiblichen Bevölkerung die höchste Fruchtbarkeit aufweisen bzw. ob sich innerhalb dieser Gruppen im Zeitverlauf Gewichtsverschiebungen vollzogen haben.

Zur Beantwortung dieser Fragen werden altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern gebildet, d.h. die Geburten von Müttern eines bestimmten Alters werden nur auf den Bestand an Frauen dieses Alters bezogen. Für das Jahr 1976 ergibt sich die aus nachstehender Tabelle zu entnehmende Situation.

Die höchste Fruchtbarkeit ist bei den 25 bis 27 Jahre alten Frauen festzustellen. Auf 1000 Frauen dieser Altersjahrgänge entfallen jeweils mehr als 100 Geburten. Um die altersabhängige Fruchtbarkeitsstruktur sichtbar zu machen, faßt man die einzelnen Jahrgänge zweckmäßigerweise zu Gruppen zusammen.

1) Vergl. N.B. Ryder, The Character of Modern Fertility, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Philadelphia, Vol. 369, Jan. 1967, S. 27.

2) Vergl. hierzu auch Fucks, W., Formeln zur Macht, Stuttgart 1965.

Tab. 6 Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern 1976

Alter der Mutter in Jahren	Fruchtbarkeitsziffern	Alter der Mutter in Jahren	Fruchtbarkeitsziffern
15	2,51	30	65,19
16	4,61	31	52,06
17	18,33	32	50,37
18	34,03	33	37,40
19	51,38	34	33,93
20	57,00	35	20,31
21	70,83	36	20,14
22	81,42	37	15,11
23	82,89	38	13,73
24	91,64	39	9,16
25	107,20	40	6,56
26	111,50	41	3,69
27	100,20	42	3,15
28	90,34	43	3,31
29	71,59	44	1,11

Aus der Tabelle 7 geht hervor, daß ab 1973 die Gruppe der Frauen zwischen 25 bis unter 30 Jahren am meisten zur Geburtenentwicklung beiträgt. In dieser Gruppe kamen im Jahre 1976 auf 1000 Frauen durchschnittlich 96,9 Geburten, während die Nachbargruppen dagegen bereits deutlich abfallen. Von daher wird die eingangs gemachte Aussage, daß die Zahl der Geburten nicht nur vom absoluten Bestand, sondern auch von der altersmäßigen Struktur des Bestandes selbst abhängt, verdeutlicht.

Tab. 7 Altersgruppenspezifische Fruchtbarkeitsziffern seit 1969\*)

Altersgruppen von... bis unter ...Jahren	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
15-20	50,4	44,3	35,4	31,0	26,9	18,1	17,5	22,2
20-25	140,9	116,8	116,1	95,4	82,4	76,3	75,2	76,7
25-30	121,0	103,4	105,7	90,9	87,0	85,5	92,7	96,9
30-40	53,7	46,0	46,3	38,8	32,9	30,9	30,4	29,1
40-45	11,2	8,1	8,4	6,8	7,4	5,7	5,6	4,1

\*) Die Daten liegen in der angegebenen Altersgruppierung erst seit 1969 vor.

Betrachtet man die Veränderung im Fruchtbarkeitsverhalten, so kann festgehalten werden, daß die stärksten Rückgänge seit 1969 in den Gruppen 15 bis unter 20 Jahren (- 49,9 %), sowie 40 bis unter 45 Jahren (- 49,4 %) eingetreten sind; der geringste Rückgang ist in der Gruppe 25 bis unter 30 Jahren (- 6,3 %) zu registrieren. Diese Entwicklung - in den Randgruppen hohe Abnahmen, in der mittleren Gruppe ein geringer Rückgang - hat verschiedene Ursachen. Die gegenüber 1969 niedrigere Fruchtbarkeit in den Randgruppen erklärt sich u.a. damit, daß das 1. Kind heute später zur Welt kommt<sup>1)</sup> und daß zum anderen die Zahl der Kinder pro Ehe - Dritt- oder Viertkinder setzen ein höheres Alter der Mütter voraus - gesunken ist.

<sup>1)</sup> Im Jahre 1976 waren in Dortmund die Mütter bei der Geburt des ersten Kindes (zweiten Kindes) im Durchschnitt 23 Jahre, 9 Monate und 11 Tage (26 Jahre, 10 Monate und 3 Tage) alt, die Väter 27 Jahre, 3 Monate und 23 Tage (30 Jahre, 5 Monate und 15 Tage).

An anderer Stelle wurde bereits nachgewiesen, daß der leichte Geburtenanstieg in Dortmund seit 1975 allein auf eine Erhöhung der Fruchtbarkeit zurückzuführen ist. Anhand der Tabelle 7 kann diese Aussage noch dahingehend erweitert werden, daß diese Entwicklung auf eine Änderung im Fruchtbarkeitsverhalten bei den unteren Altersgruppen zurückzuführen ist.

Oft wird die Frage aufgeworfen, inwieweit durch die Geburten - unter Berücksichtigung der gegebenen Sterblichkeit - die jetzt lebende Generation ersetzt d. h. reproduziert wird oder nicht. Die Reproduktion kann gemessen werden, indem die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern ( $f_{w,x}$ ), bezogen auf die Mädchengeburten, mit den Erlebenswahrscheinlichkeiten ( $P_{w,x}$ ) multipliziert und die jeweiligen Produkte für sämtliche Altersjahrgänge von 15 bis unter 45 Jahren addiert werden:

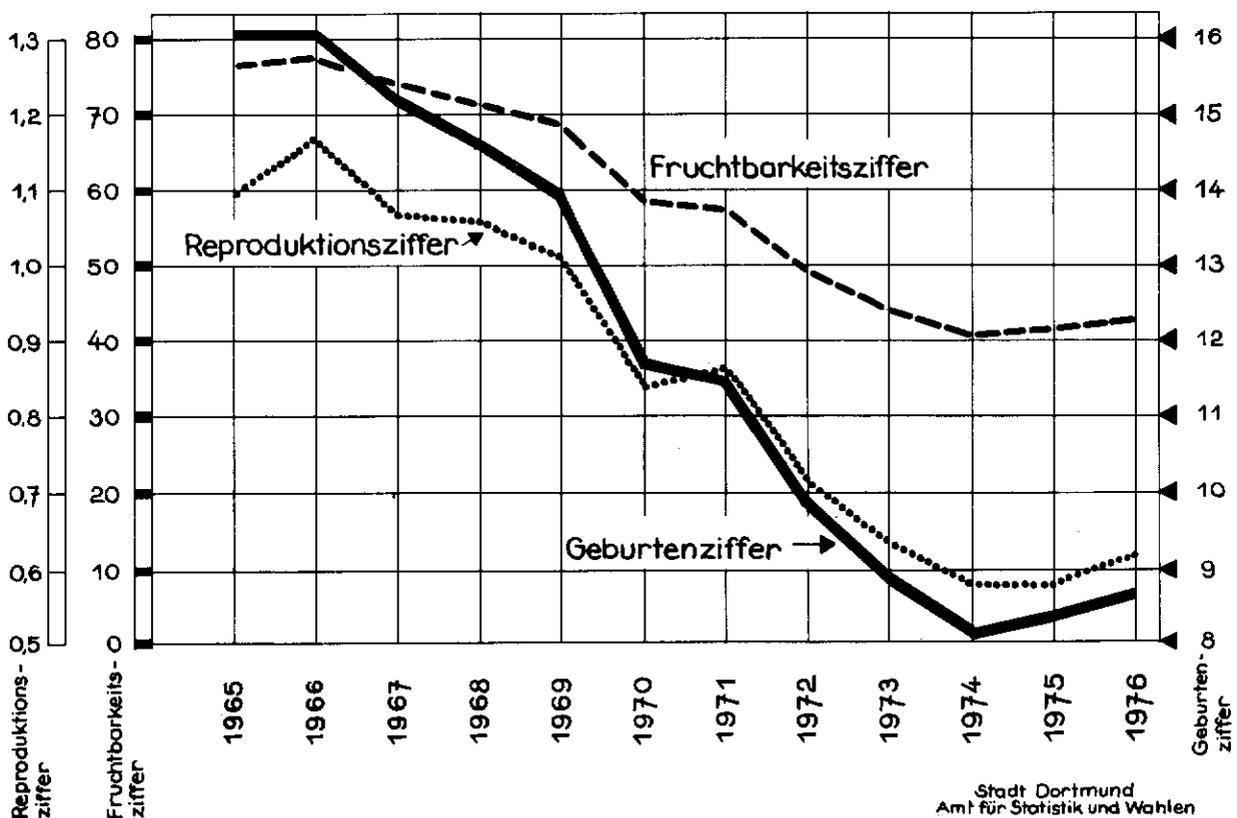
$$R = \sum_{x=15}^{45} f_{w,x} \cdot P_{w,x}$$

Die Reproduktionsziffer R kann dabei Werte von größer, kleiner oder gleich 1 annehmen. Ein Wert von 1 bedeutet einen vollen Ersatz der Müttergeneration durch die Töchter; bei einem Wert von ungleich 1 weicht der spätere Bestand an Frauen von dem gegenwärtigen in positiver (R größer 1) oder negativer (R kleiner 1) Richtung ab.

Ein zeitlicher Vergleich der Reproduktionsziffern für Dortmund spiegelt - wie die anderen beiden Maße auch - die negative Tendenz der Geburtenentwicklung wider. Von einem Wert in Höhe von 1,17 im Jahre 1966, dem in dem Betrachtungszeitraum höchsten Wert, sank die Reproduktionsziffer auf weit unter 1 im Jahre 1976. Der Wert von 0,62 beispielsweise zeigt an, daß die Töchtergeneration bei weitem nicht - nämlich nur zu 62 % - den Bestand der gegenwärtigen Müttergeneration zu ersetzen vermag. Damit sind also, wenn sich an den übrigen Komponenten, die auf die Entwicklung der Einwohnerzahl von Einfluß sind, nichts ändert, die Weichen für einen weiteren Rückgang der Bevölkerungszahl gestellt.

Abb. 4

## Die Entwicklung der Geburten-, Fruchtbarkeits- und Reproduktionsziffern für Dortmund seit 1965



Wenn auch die weiter oben dargestellten Maße unterschiedliche Aussagekraft haben, so geben sie doch alle, wie aus Abb. 4 hervorgeht, in gleicher Weise die folgende Entwicklung wieder: einen Rückgang von einem noch relativ hohen Niveau im Jahre 1965 auf einen bisherigen Tiefstand im Jahre 1974 mit einem starken Einbruch im Jahre 1970. Ab 1975 weisen alle drei Maße wieder einen leichten Anstieg nach.

Außerdem wird noch folgender Sachverhalt, der im kommenden Hauptteil behandelt werden soll, aus der Abbildung 4 erkennbar: es ist nicht nur das Geburtental, das auf den absoluten Einwohnerbestand und die altersmäßige Einwohnerzusammensetzung jetzt und in Zukunft Einfluß nimmt bzw. nehmen wird, dem jüngsten Geburtental geht vielmehr ein Geburtenberg, der auf die Mitte der 60er Jahre zurückzuführen ist - wie die über 1 liegenden Reproduktionsziffern jener Jahre belegen - voraus, der sich als Kapazitätsproblem in sämtlichen Lebensphasen (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Rentnerdasein) fortwälzt.

#### 4.1.3.2 Ursachen für die Änderung im Fruchtbarkeitsverhalten und ihre Auswirkungen

Das Fruchtbarkeitsverhalten ist, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, eine komplexe Größe, auf die eine Vielzahl von Faktoren einwirkt. Allein durch Änderung der Geburtenabstände - bei gleicher Kinderzahl - kann zeitweilig die Fruchtbarkeit einer Bevölkerung variieren. Aber gerade die Frage, ob es sich lediglich um eine Aufschiebung oder um einen Ausfall von Geburten handelt, ist von wesentlicher Bedeutung bei der Abschätzung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung.

Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, daß die Entwicklung der Geburtenzahlen großen Veränderungen unterworfen ist. Dabei spielen weniger biologische Faktoren, die im wesentlichen im Alter ihren Niederschlag finden, als vielmehr gesellschaftliche Wertvorstellungen die entscheidende Rolle. Diese Wertvorstellungen können sich direkt durch eine geänderte Einstellung zum Kind, beispielsweise durch die materielle Lebenserwartung motiviert, als auch indirekt, etwa über eine geänderte Einstellung zur Institution der Ehe, auswirken, da es in unserer Gesellschaft immer noch als Makel angesehen wird, außerhalb einer ehelichen Gemeinschaft ein Kind zu bekommen.

Die geänderte Einstellung zum Kind ist nicht zuletzt auf die Wandlungen, die die Mutterrolle in der jüngsten Vergangenheit erfahren hat, zurückzuführen. Mutter zu werden bedeutet, eine Vielzahl von Rollen zu übernehmen. Neben der biologischen Aufgabe der Ernährung und Betreuung des Kindes obliegt es ihr, Erzieherin des Kindes, daneben aber auch Ehefrau und Hausfrau zu sein. Soweit zusätzlich noch eine berufliche Tätigkeit ausgeübt wird, steigen die Anforderungen entsprechend.

In diesem Mutter-, Ehefrau-, Hausfrau- und gegebenenfalls Mitverdienerinverhältnis unterliegen Mütter einer vielfachen Rollenerwartung, der sie nur durch äußerste Selbstlosigkeit gerecht werden können. "Die Selbstlosigkeitskonzeption der Mutterrolle ist nicht neu - wir kennen sie bereits aus den Schilderungen früherer Jahrhunderte, besonders gut aus der großen Literatur des 18. und des 19. Jahrhunderts. Neu sind jedoch die Bedingungen, unter denen Frauen diese Erwartungen zu erfüllen haben. Es dürfte leichter gewesen sein, Selbstlosigkeit wenigstens als Idee zu akzeptieren, solange man glauben konnte, sie sei die ewige Bestimmung, das unveränderbare Los der Frau. Solange solche Lehren ungebrochen das Denken von Männern und Frauen beherrschten, konnten Mütter sich als Auserwählte fühlen, in Einklang mit der Schöpfungsordnung, von höheren Instanzen zum Dienst im Haus und an der Familie bestellt. Solche Selbstdeutungen sind ihnen jedoch inzwischen verwehrt, der Glaube an die ewige Bestimmung ist zerbrochen. Infolgedessen muß die mütterliche Dienstrolche heute ohne metaphysische Weihen ausgefüllt werden. Das ernüchtert und schärft den Blick für ihre Schattenseiten."<sup>1)</sup> Interessanterweise hat der Vater, wenn die Ehefrau (und Mutter) ihre Berufstätigkeit aufgegeben hat, keine weiteren Aufgaben übernommen; die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bescherte ihm im Gegenteil mehr Freizeit.

Noch gravierender dürfte sich auswirken, daß die Mutterrolle einen starken Ansehensverlust hat hinnehmen müssen. "Mütter gelten heute nicht als die Aristokratie unter den Frauen, Mutterschaft gilt nicht als der edelste Frauenberuf. Einst die Krönung des weiblichen Daseins, ist die Mutterrolle jetzt nur eine neben anderen weiblichen Rollen, und nicht die am höchsten bewertete. Längst ist die Berufsrolle der Frau als gleichrangig, wenn nicht als besser eingestuft, längst ist sie nicht mehr eine Notrolle der Sitzengebliebenen und der Armen. Dieser Wandel der Bewertungen geht vor allem auf Verbesserungen an den Arbeitsplätzen zurück: bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten, Aufstiegsmöglichkeiten, zivilerer Umgangston. Sicher hat er auch mit der Hebung des durchschnittlichen Ausbildungsniveaus von Frauen zu tun. Der Prestigezuwachs der weiblichen Berufsrolle hat das Prestige der Mutterrolle vermindert. Deren Geltung schwindet, weil sie nicht mehr konkurrenzlos ist."<sup>2)</sup> Wenn aber die Mütter ihrer Berufsrolle einen vergleichsweise hohen Stellenwert einräumen, können sie nur bei einer möglichst niedrigen Kinderzahl ihrer Mutterrolle noch einigermaßen gerecht werden.

<sup>1)</sup> Pross, Helge: Wandlungen der Mutterrolle, Referat (S. 3/4), gehalten auf dem Eltern-Experten-Kongreß 1976 in München.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 8/9.

Zu einer bewußteren und vorsichtigeren Familienplanung dürfte auch die wesentlich schwieriger gewordene Erziehungsaufgabe beitragen. Ohne die mütterliche Hilfe bei den Schulaufgaben wären die Erfolgchancen der Kinder, die gegenwärtig wegen der knappen Ausbildungsplätze in einem überaus starken Wettbewerb untereinander stehen, wesentlich geringer. Die Anforderungen an die erzieherischen Qualitäten der Mütter sind somit wesentlich gestiegen - ein Umstand, der es ratsam erscheinen läßt, die Erziehung auf ein, höchstens zwei Kinder zu konzentrieren, wenn nicht gar auf Kinder ganz zu verzichten.

So wird die Familie bewußt klein gehalten, zumal der Mutter dann die Möglichkeit belassen bleibt, entweder weiterhin berufstätig - wenn auch oft nur halbtätig - zu bleiben oder die Berufstätigkeit wieder aufzunehmen, sobald das Kind (die Kinder) der mütterlichen Hilfe nicht mehr bedarf (bedürfen) .

Die Wandlung der Mutterrolle ist zwar eine wesentliche, jedoch nicht die alleinige Komponente, die die Einstellung zum Kind verändert hat. Sicherlich spielen auch die hohen, nur bei kleinen Familiengrößen aufrechtzuerhaltenden Konsumansprüche, die geringe gesellschaftliche Wertstellung einer kinderreichen Familie, die mit zunehmender Kinderzahl steigenden Unterhaltskosten sowie eine oftmals zu beobachtende Kinderfeindlichkeit eine große Rolle dabei, den Wunsch nach Kindern auf ein Minimum zu reduzieren.

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob sich der Geburtenrückgang gleichmäßig in allen Familiengrößen vollzogen hat oder ob er in kleineren Familien (Familien mit 1 oder 2 Kindern) stärker bzw. schwächer auftrat als in größeren Familien (Familien mit 3, 4, 5 und mehr Kindern).

Zur Beantwortung dieser Frage sei zunächst auf Tab. 8a verwiesen, in der die ehelich Lebendgeborenen eines Jahres als Erstkinder, Zweitkinder, Drittkinder usw. (innerhalb der bestehenden Ehe) aufgeführt sind. Beispielsweise wurden 1965, als letztmalig mit 10.040 in Dortmund 5stellige Zahlen bei den ehelichen Geburten erreicht wurden, 4.500 Erstkinder, 3.048 Zweitkinder, 1.354 Drittkinder, 528 Viertkinder sowie 610 Fünft- und weitere Kinder - insgesamt somit 10.040 Kinder - geboren. Betrachtet man nun, welchen Entwicklungsverlauf die einzelnen Zahlenreihen zwischen 1965 und 1976 genommen haben, so gilt als ein erstes Ergebnis festzustellen, daß in allen Familientypen unabhängig von der Größe der Familie die Geburtenzahlen rückläufig sind. So sanken etwa die Geburten der Erstkinder von 4.500 (1965) auf 2.431 (1976) und die der Viertkinder von 528 (1965) auf 211 (1976).

Tab. 8a Die ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge seit 1965 (absolute Zahlen)

Jahr	Das ehelich Lebendgeborene war das ...Kind der bestehenden Ehe					
	1.	2.	3.	4.	5. u. weitere	insgesamt
1965	4 500	3 048	1 354	528	610	10.040
1966	4 392	3 119	1 361	525	566	9.963
1967	4 109	2 895	1 230	532	520	9.286
1968	3 918	2 811	1 142	516	460	8.847
1969	3 692	2 723	1 118	401	430	8.364
1970	3 130	2 334	896	344	368	7.072
1971	3 249	2 172	858	294	351	6.924
1972	2 722	1 859	666	263	304	5.814
1973	2 434	1 562	616	259	262	5.133
1974	2 247	1 528	561	212	216	4.764
1975	2 232	1 611	571	244	191	4.849
1976	2 431	1 552	549	211	179	4.922

Wenn somit zwar feststeht, daß große wie kleine Familien von den Geburtenrückgängen betroffen waren, so bleibt dennoch zu klären, ob - wie zu vermuten ist - in den größeren Familien in stärkerem Maße Geburtenverzicht als in kleineren Familien geübt wurde.

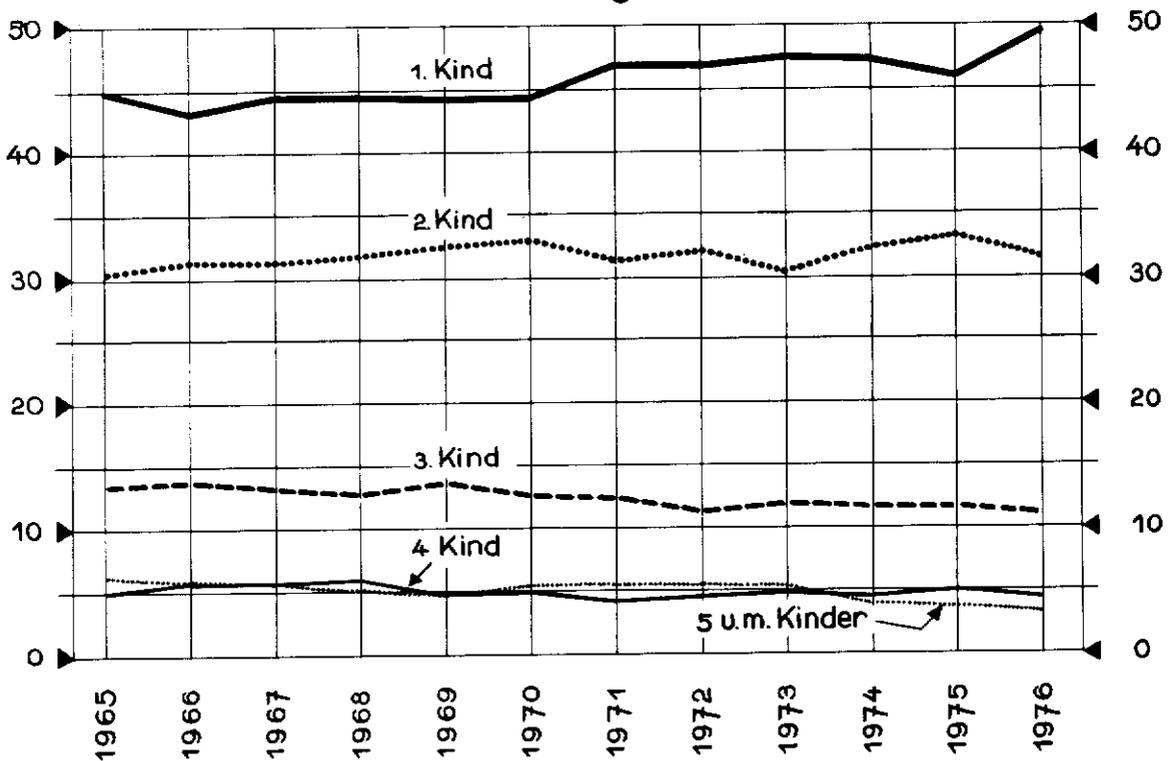
Um hierauf eine Antwort zu finden, sind die in der vorangegangenen Tabelle aufgeführten absoluten Zahlen in prozentuale Zahlen umgerechnet worden; die Ergebnisse stellen sich dann für das Jahr 1965 wie folgt dar: Es entfallen 44,8 % der Geburten auf Erstkinder, 30,4 % auf Zweitkinder, 13,5 % auf Drittkinder, 5,4 % auf Viertkinder und 6,0 % auf Fünft- und weitere Kinder. Die Frage ist nun, inwieweit sich diese Anteile im Zeitablauf verschoben haben.

Tab. 8b Die ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge seit 1965 (prozentuale Zahlen)

Jahr	Das ehelich Lebendgeborene war das ... Kind der bestehenden Ehe					insgesamt
	1.	2.	3.	4.	5. u. weitere	
1965	44,8	30,4	13,5	5,3	6,0	100
1966	43,1	31,3	13,7	5,3	5,6	100
1967	44,3	31,2	13,2	5,7	5,6	100
1968	44,3	31,8	12,9	5,8	5,2	100
1969	44,1	32,6	13,7	4,8	4,8	100
1970	44,3	33,0	12,7	4,9	5,1	100
1971	46,9	31,4	12,4	4,2	5,1	100
1972	46,8	32,0	11,5	4,5	5,2	100
1973	47,4	30,4	12,0	5,0	5,2	100
1974	47,2	32,1	11,8	4,5	4,4	100
1975	46,0	33,2	11,8	5,0	4,0	100
1976	49,4	31,5	11,2	4,3	3,6	100

Abb. 5

### Anzahl der ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge seit 1965 in v H



Es zeichnet sich deutlich ab - und dies wird bei Betrachtung der eingefügten graphischen Darstellung, in der die inzwischen eingetretenen Richtungsverläufe trendmäßig wiedergegeben sind, noch klarer -, daß die Anteile für die Erst-Kinder angestiegen sind, während die Anteilswerte für die kinderreichen Familien gesunken sind. Das besagt, daß der Geburtenrückgang in den größeren Familien stärker als in den kleineren Familien war; als Folge dieses unterschiedlichen Schrumpfungstempos haben sich deshalb die anteilmäßigen Gewichte zugunsten der kleineren Familien (Familien mit 1 und 2 Kindern) verschoben. Kinderreiche Familien sind somit von dem Geburtenrückgang am stärksten berührt. Allerdings muß auf einen nicht unwesentlichen Unterschied zur entsprechenden Entwicklung im Bundesgebiet hingewiesen werden. Zwar entsprechen 1974 die Anteilswerte für die Geburtenfolge im Bundesgebiet mit 46,2 % (Erstkinder), 32,7 % (Zweitkinder), 12,0 % (Drittkinder), 4,8 % (Viertkinder) und 4,2 % (Fünft- und weitere Kinder) praktisch der Dortmunder Geburtenfolge. Die Ausgangsstruktur im Jahre 1965 unterschied sich jedoch von den Dortmunder Werten insoweit, als nur 40,0 % (Dortmund: 44,8 %) der Geburten Erstkinder waren, indes 31,4 % (30,4 %) auf Zweitkinder, 15,4 % (13,5 %) auf Drittkinder, 6,8 % (5,3 %) auf Viertkinder und 6,4 % (6,0 %) auf Fünft- und weitere Kinder entfielen.

Der Trend zur Kleinfamilie (Familie mit lediglich 1 Kind) war somit wegen der niedrigeren Ausgangslage im Bundesgebiet relativ schwach ausgeprägt; umgekehrt haben kinderreiche Familien im Bundesdurchschnitt mehr als in Dortmund an Gewicht verloren. Inzwischen jedoch haben sich die Geburtenfolgeverhältnisse stark einander angeglichen.

Nachdem bisher geklärt wurde, inwieweit und wie unterschiedlich sich der Geburtenrückgang auf die einzelnen Familiengrößen ausgewirkt hat, bleibt nun noch zu untersuchen, inwieweit im Vergleich zu 1965 Erst-, Zweit-, Drittkinder usw. ausgeblieben sind. Dieses Problem läßt sich mit Hilfe der Geburtenstatistik nicht lösen, da in diesen Fällen das Ereignis Geburt gar nicht eintritt. Um jedoch in etwa den Einfluß zu quantifizieren, der von der geänderten Einstellung zur Familiengröße auf den Geburtenrückgang ausgeht, soll ermittelt werden, welche Geburtenzahlen für Erstkinder, Zweitkinder usw. eingetreten wären, wenn sich keine Veränderung im generativen Verhalten gegenüber dem Vergleichsjahr 1965 eingestellt hätte. Dabei werden folgende Verfahrensschritte angewandt: Anhand der Geburtenmeldungen wissen wir, daß die Erstgeburten im Durchschnitt ca. 2,5 Jahre (1976) bzw. 2,0 Jahre (1965) nach der Eheschließung anfallen. Deshalb sollen den Erstgeburten der Jahre 1965 und 1976 die Eheschließungen gegenübergestellt werden, die jeweils diesen Geburten in einem entsprechenden Zeitraum vorangegangen sind. "Entsprechender" Zeitraum soll besagen, daß für die Erstgeburten des Jahres 1965 die Eheschließungen als Durchschnittswert der Jahre 1962, 1963 und 1964 und für die Erstgeburten des Jahres 1976 die Eheschließungen als Durchschnittswert der Jahre 1973 und 1974 zugrundegelegt werden.

Nach der Zahlenszusammenstellung in Tab. 9 stehen den 5.699 jahresdurchschnittlichen Eheschließungen des Zeitraumes 1962/64 4.500 Erstgeburten gegenüber. Würde man für die Erstgeburten des Jahres 1976 ein gleiches generatives Verhalten unterstellen, so müßte die Erstgeburtenszahl nunmehr bei 3.274<sup>1)</sup> liegen. Tatsächlich jedoch wurden lediglich 2.431 Erstgeburten im Jahre 1976 gezählt.

Tab.: 9 Jahresdurchschnittliche Eheschließungen und Erstgeburten

Eheschließungen		Erstgeburten	
Jahre	Anzahl*	Jahre	Anzahl
1962/63/64	5.699	1965	4.500
1973/1974	4.088	1976	2.431

\* Als Durchschnitt der genannten Jahre.

Damit blieben 843 Erstgeburten aufgrund veränderten generativen Verhaltens bei Jungvermählten aus. Die Zunahme der Kinderlosigkeit trägt somit entscheidend (16,4 %) zum allgemeinen Geburtenrückgang bei.

Für die Zweitkinder errechnet sich die ausgebliebene Geburtenzahl analog. Mitte der 60er Jahre entstammten die Zweitkinder Ehen, die im Durchschnitt 5,0 Jahre vorher geschlossen worden waren, also im Zeitraum

<sup>1)</sup> Wegen des Trends zu kleineren Familien müßte die Zahl eigentlich noch höher liegen, da die Familie mit nur 1 Kind die denkbar kleinste Familie überhaupt ist.

1959 - 1961<sup>1)</sup>. Für das Jahr 1976 ist dieser Zeitraum auf mehr als 5,5 Jahre angewachsen, die Eheschließungen fallen somit in den Zeitraum 1970/71.

Tab.: 10 Jahresdurchschnittliche Eheschließungen und Zweitgeburten

Eheschließungen		Zweitgeburten	
Jahre	Anzahl *	Jahre	Anzahl
1959/60/61	5.868	1965	3.048
1970/1971	4.636	1976	1.552

\*Als Durchschnitt der genannten Jahre.

Bei unverändertem generativen Verhalten gegenüber 1965 hätten im Jahre 1976 2.408 Zweitgeburten anfallen müssen, registriert wurden jedoch lediglich 1.552. Die Differenz von 856 gibt die Zahl an ausgefallenen Zweitkindgeburten an.

Die Geburtenausfälle, die darauf zurückzuführen sind, daß die Zahl der Drittgeburten, Viertgeburten etc. ausgeblieben sind, läßt sich nach dem oben beschriebenen Verfahren auf rd. 1.500 quantifizieren<sup>2)</sup>. Damit werden die eingangs gemachten Ausführungen, daß kinderreiche Familien von dem Geburtenrückgang am stärksten betroffen sind, untermauert.

Die geänderte Einstellung zum Kind ist somit dafür verantwortlich, daß im Jahre 1976 insgesamt ca. 3.200 Kinder weniger das Licht der Welt erblickten. Von dem Geburtenausfall aufgrund generativer Verhaltensänderungen in Höhe von 4.344 Geburten sind damit 73,7 % erklärt. Die restliche Größe von rd. 1.150 geht auf andere Einflußfaktoren zurück, wie etwa zunehmende Ehemüdigkeit oder zeitliche Verschiebung der Geburten. Bezüglich des Abstandes zwischen Eheschließungstag der Eltern und Geburtsdatum der Kinder ist eine bereits in einer früheren Veröffentlichung festgestellte Tendenz zu einem gleichmäßigeren generativen Verhalten zu beobachten. Aus der Tabelle 11 geht hervor, daß sich der Variationskoeffizient, mit dem der angesprochene Sachverhalt bestimmt werden kann, weiter gegen Null bewegt hat. Je näher der Variationskoeffizient bei Null liegt, desto gleichmäßiger ist das generative Verhalten.

1) Entsprechende Auszahlungen führten zu nachfolgenden Ergebnissen:

Durchschnittliche Zeitspanne zwischen Eheschließung und Geburt (Erst- und Zweitkinder) 1966, 1973 und 1976

Einwohnergruppe	Durchschnittliche Zeitspanne					
	Erstgeburten			Zweitgeburten		
	1966	1973	1976	1966	1973	1976
Deutsche	1J 11M 29Tg	2J 4M 9Tg	2J 8M 30Tg	5J 1M 9Tg	5J 7M 12Tg	5J 9M 9Tg
Ausländer	1J 9M 3Tg	1J 10M 13Tg	1J 10M 22Tg	4J 7M 19Tg	5J 0M 21Tg	4J 11M 9Tg
Insgesamt	1J 11M 28Tg	2J 3M 14Tg	2J 7M 23Tg	5J 1M 7Tg	5J 6M 9Tg	5J 7M 2Tg

2) Dabei wird davon ausgegangen, daß Geburten des dritten u. der weiteren Kinder auf Ehen entfallen, die im Durchschnitt 10 Jahre bestehen.

Tab. 11 Veränderung des generativen Verhaltens bezüglich der zeitlichen Distanz zwischen Eheschließung und Geburten

Kinder	1966	1973	1976
Erstkinder	1,14	1,03	0,96
Zweitkinder	0,66	0,59	0,55

Fassen wir die Ergebnisse dieses Abschnittes noch einmal zusammen:

1. Die rückläufige Geburtenentwicklung geht zum geringsten Teil auf Änderungen in der Höhe oder der Struktur des Bestandes an gebärfähigen Frauen zurück. Hauptursache ist vielmehr das geänderte generative Verhalten.
2. Der Geburtenrückgang war in allen Familiengrößen zu beobachten.
3. In größeren Familien war der Geburtenrückgang stärker als in kleineren Familien. Insoweit ergibt sich ein Trend zu kleineren Familien, der allerdings in Dortmund schwächer als im Bundesdurchschnitt ausfiel, weil in Dortmund die kleineren Familien bereits (relativ) stärker als im Bundesgebiet vertreten waren.
4. Der Geburtenrückgang hat ferner seine Ursache darin, daß Ehepartner zunehmend darauf verzichten, auch nur 1 Kind zu haben. Geht man davon aus, daß zwischen 1965 und 1976 ein Geburtenrückgang von 5.129 eingetreten ist, so wird man immerhin etwa jede 6. ausgefallene Geburt auf die Kinderlosigkeit jung verheirateter Ehepartner zurückführen können.
5. Der Ausfall an Zweit- und weiteren Geburten führte zu einem Geburtenrückgang von insgesamt 2.350 Kindern.
6. Der Einfluß anderer Faktoren wie etwa Ehemüdigkeit oder zeitliche Verschiebung von Geburten läßt sich pauschal mit rd. 1.150 ausgefallenen Geburten quantifizieren.

#### 4.2. Die Sterbefälle

##### 4.2.1 Allgemeines

Die Entwicklung der Sterbefallzahlen in dem Betrachtungszeitraum zeigt eine steigende Tendenz. Im Jahre 1965 betrug die Zahl der Gestorbenen 7.748, im Jahre 1976 lag diese Zahl bei 8.195, also um 5,8 % höher. Durch die im gleichen Zeitraum stark entgegengesetzt verlaufende Entwicklung der Geburten konnte es nicht ausbleiben, daß die zunächst positiven Geburtenüberschüsse - 1965 übertraf die Zahl der Geburten die der Sterbefälle um 2.759 - immer mehr schrumpfte, um sich dann im Jahre 1970, dem Jahr mit dem starken Geburteneinbruch, sogar ins Negative zu verkehren (- 886). 1976 machte der Saldo mit - 2.817 bereits mehr als die Hälfte (52,4 %) der Geburten desselben Jahres aus.

Analog zur Entwicklung der absoluten Zahl der Sterbefälle stieg der Wert der Sterbeziffer, das sind die Sterbefälle bezogen auf 1000 der Bevölkerung:

$$SZ = \frac{S}{B_g} \cdot 1000$$

Tab. 12 Entwicklung der Sterbefälle in Dortmund seit 1965

Jahr	Sterbefälle			1965 = 100	Sterbe- ziffern	Saldo Geb.-Sterbef.
	männl.	weibl.	insgesamt			
1965	4.255	3.493	7.748	100,0	11,9	+ 2.759
1966	4.193	3.668	7.861	101,5	12,1	+ 2.621
1967	4.306	3.684	7.990	103,1	12,4	+ 1.783
1968	4.500	4.072	8.572	110,6	13,4	+ 737
1969	4.458	4.126	8.584	110,8	13,5	+ 288
1970	4.487	3.892	8.379	108,1	13,1	- 886
1971	4.374	4.088	8.462	109,2	13,1	- 1.036
1972	4.491	3.904	8.395	108,4	13,0	- 2.115
1973	4.391	4.002	8.393	108,3	13,1	- 2.763
1974	4.441	4.201	8.652	111,7	13,7	- 3.515
1975	4.481	4.377	8.858	114,3	14,0	- 3.625
1976	4.210	3.985	8.195	105,8	13,2	- 2.817

Die Sterbeziffern entwickelten sich in Deutschland, abgesehen von einigen Ausnahmen, die etwa durch die beiden Weltkriege bedingt waren, von 29,6 im Jahre 1871 bis Anfang der 50er Jahre (1950: 10,3) permanent rückläufig. Seitdem ist ein leichter Anstieg der Sterbeziffern feststellbar.

Auch in Dortmund ist in dem Betrachtungszeitraum 1965/1976 dieser leichte Anstieg zu beobachten. Von 11,9 im Jahre 1965 kletterte der Wert der Sterbeziffer auf 13,2 im Jahre 1976.

Wie ist dieser Anstieg der Sterblichkeit, der sowohl durch die absoluten Zahlen als auch durch die Sterbeziffer zum Ausdruck kommt, zu erklären? Ist die Zunahme altersstrukturbedingt oder ist eine Änderung der anderen Faktoren, die auf die Sterblichkeit einwirken, eingetreten? Im folgenden soll dieser Frage nachgegangen werden.

#### 4.2.2 Die Entwicklung der Sterblichkeit

Das Ausmaß der Sterblichkeit wird im wesentlichen durch Geschlecht und Alter bestimmt. Konstitution und Lebensweise der beiden Geschlechter sind so verschieden, daß eine Zusammenfassung der Sterbeziffern beider Geschlechter zu einer Ziffer, wie es eingangs geschehen ist, nur als erste grobe Orientierung gelten kann.

Neben den biologischen Faktoren wirken weitere Komponenten auf die Sterblichkeit ein, wie etwa der Stand der Medizin, Ernährungsgewohnheiten oder Unfallrisiken. Diese sind in ihrer Wirkung im Vergleich zu den biologischen Faktoren nur gering und führen im allgemeinen zu lediglich relativ langsamen Änderungen.

Welchen Einfluß Alter- und Geschlecht auf die Sterblichkeit ausüben, wird aus der Tabelle 13 ersichtlich, in der die Sterbeziffern nach Altersgruppen, getrennt für die männliche und weibliche Bevölkerung, wiedergegeben werden.

Tab. 13 Jahrgangsdurchschnittliche Sterbeziffern nach Altersgruppen und Geschlecht im Jahre 1976

Alter von... bis unter... Jahren	Sterbeziffern			Alter von... bis unter... Jahren	Sterbeziffern		
	männl.	weibl.	insges.		männl.	weibl.	insges.
0 - 1*	24,7	10,4	17,5	40 - 45	3,9	2,5	3,2
1 - 5	0,8	0,7	0,7	45 - 50	7,7	3,4	5,6
5 - 10	0,3	0,2	0,2	50 - 55	10,9	5,3	7,8
10 - 15	0,3	0,3	0,3	55 - 60	15,3	7,6	10,8
15 - 20	1,3	0,5	0,9	60 - 65	26,9	15,2	19,9
20 - 25	1,1	0,5	0,8	65 - 70	49,1	22,7	32,9
25 - 30	1,4	0,9	1,2	70 - 75	75,8	35,1	50,6
30 - 35	1,6	1,0	1,3	75 - 80	110,7	64,1	80,2
35 - 40	3,3	1,4	2,4	80 u.ä.	206,1	143,1	160,6
				insgesamt	14,5	12,2	13,2

\*Die überaus große Differenz zwischen der männlichen und weiblichen Sterbeziffer dieses Jahres ist atypisch.

Die Sterbeziffern für den weiblichen Teil der Bevölkerung liegen durchweg unter denen der männlichen Bevölkerung. Die entsprechenden Werte weichen um bis zu 160 % (15 bis unter 20 Jahre) voneinander ab.

Welcher Einfluß vom Alter ausgeht, wird ebenso aus Tabelle 13 ersichtlich. Sterbeziffern von unter 1 - wenn einmal die Altersgruppe der bis unter 1jährigen Kinder außer Betracht bleibt - besitzen die männlichen Jugendlichen bis unter 15 Jahre. Bei den Frauen wird diese Grenze erst in den Altersgruppen über 30 Jahre erreicht. Naturgemäß steigen die Sterbeziffern mit zunehmendem Alter an. In der Gruppe der über 80 Jahre alten Männer (Frauen) kommen auf 1000 Menschen dieses Alters 206,1 (143,1) Sterbefälle.

Welche Bedeutung von den anderen Faktoren, vor allem von der medizinischen Entwicklung ausgeht, zeigt ein Vergleich der Sterbetafeln für das Deutsche Reich/Bundesrepublik Deutschland seit 1900.

Tab. 14 Die durchschnittliche Lebenserwartung seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland

Berechnungszeitraum	Durchlebte Jahre	
	männl.	weibl.
1901/10	44,82	48,33
1924/26	55,97	58,82
1932/34	59,86	62,81
1949/51	64,56	68,48
1960/62	66,86	72,39
1970/72	67,41	73,83
1972/74	67,87	74,36

Lebte man als Mann zu Anfang des 20. Jahrhunderts im Durchschnitt 44,82 Jahre, so stieg die Lebenserwartung bis auf 67,87 Jahre Anfang der 70er Jahre an. Die entsprechenden Werte für die weibliche Bevölkerung lagen bei 48,33 bzw. 74,36 Jahre. Damit ist die Lebenserwartung innerhalb von 70 Jahren nicht unwesentlich gestiegen (51,4 % bei den Männern, 53,9 % bei den Frauen). Durch den geringfügig stärkeren Anstieg bei den Frauen hat sich die Differenz zwischen der Lebenserwartung der weiblichen und der männlichen Bevölkerung zugunsten ersterer Gruppe weiter verschoben. Die Lebenserwartung der Frauen liegt um 9,6 % (1901/10 : 7,8 %) höher als die der Männer. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Wochenbettsterblichkeit der Frauen weiter eingedämmt werden konnte, ein wichtiger Erfolg der modernen Medizin.

Als weiteres Verdienst der modernen Medizin ist die Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit zu nennen. Die Säuglingssterblichkeit - Zahl der Kinder, die das 1. Lebensjahr nicht vollenden - sank in Deutschland bei den Knaben von 202,3 (Mädchen : 170,5) um die Jahrhundertwende auf 24,3 (18,3) im Jahre 1974. Diese Entwicklung spiegelt sich dementsprechend in den Sterbetafeln wider. Erreichten zu Anfang des Jahrhunderts von 100.000 Neugeborenen lediglich 76.766 Knaben und 82.952 Mädchen das erste Lebensjahr, so stellten sich diese Werte zu Beginn der 70er Jahre auf 97.502 bzw. 98.104. Die Säuglingssterblichkeit hat damit an Schrecken verloren, wenngleich sich im internationalen Vergleich die deutsche Situation noch recht ungünstig darstellt.

Die Kindersterblichkeit (Sterbefälle von Kindern im Alter von einem bis unter 5 Jahren) entwickelte sich ebenfalls rückläufig. Die Sterbeziffern sanken hier zwischen 1935 und 1974 um nahezu 70 % von 5,3 auf 0,8 bei der männlichen und von 4,6 auf 0,7 bei der weiblichen Bevölkerung.

Tab. 15 Entwicklung der Säuglings- und Kindersterblichkeit in Dortmund zwischen 1965 und 1976

Jahr	Säuglingssterblichkeit	Kindersterblichkeit	Jahr	Säuglingssterblichkeit	Kindersterblichkeit
1965	27,6	1,0	1971	26,8	1,1
1966	27,1	1,0	1972	28,5	0,9
1967	25,0	0,8	1973	26,9	0,9
1968	24,6	1,2	1974	23,4	1,1
1969	25,2	0,7	1975	19,2	0,7
1970	25,8	0,8	1976	17,5	0,7

Die Entwicklung beider Sterbeziffern für Dortmund geht aus der Tabelle 15 hervor. Die Säuglingssterblichkeit sank danach um rd. 40 %, die Kindersterblichkeit hat in den Jahren 1975/76 mit 0,7 einen Wert von weit unter 1 erreicht.

Die eingangs aufgeworfene Frage, worauf der Anstieg der Sterbezahlen und der allgemeinen Sterbeziffern zurückzuführen ist, läßt sich nunmehr dahingehend beantworten, daß nicht die Sterblichkeit selbst, sondern eine Verschlechterung der Altersstruktur für diese Entwicklung verantwortlich ist. In der Tat haben sich die Altersproportionen in Richtung auf die Altersgruppen mit hoher Sterbewahrscheinlichkeit verändert. Zwischen 1965 und 1976 erhöhte sich der Anteil der älteren Menschen (65 Jahre und älter) um ca. 32 %. Als Folge davon nahm sowohl die Zahl der Sterbefälle als auch der Wert der allgemeinen Sterbeziffer zu.

## 5. Innerstädtische und überstädtische Wanderungen

### 5.1 Allgemeines

Im Sprachgebrauch der amtlichen Statistik werden unter Wanderungen Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen hinaus verstanden, während man bei einem Wohnungswechsel innerhalb des Stadtgebietes von Umzügen spricht.

Es kommt zu einer Wanderung/einem Umzug, wenn im Rahmen eines individuellen Kosten-Nutzen-Vergleiches zufriedenstellendere Lebensbedingungen mit der neuen Wohnung erreicht werden können. Dabei werden je nach individueller Situation die ausschlaggebenden Gründe im Arbeits-, Wohnungs- oder privaten Bereich angesiedelt sein. Es soll an dieser Stelle kein kompliziertes Modell zur Erklärung von Wanderungsströmen<sup>1)</sup> angeführt werden, vielmehr soll, um dem Leser eine Vorstellung vom Umfang dieser Ströme zu

<sup>1)</sup> S.u.a. Mählich, Wolfgang, Analyse und Prognose räumlicher Bevölkerungsverteilungen und ihrer Veränderungen, Berlin 1973.

vermitteln, zunächst die diesbezügliche Dortmunder Entwicklung in den letzten 12 Jahren aufgezeigt werden. In einem weiteren Kapitel wird dann auf die Auswirkungen dieser räumlichen Mobilität bezüglich Verteilung und Dichte näher eingegangen.

Obwohl seit dem 05.05.75 die Neueinteilung des Stadtgebietes in 12 Stadtbezirke gültig ist, sind die Bezugsgrößen dieses Kapitels die alten Verwaltungsbezirke. Die Zahlenangaben sind jeweils den jährlichen Bevölkerungssonderheften im Rahmen der Dortmunder Statistik entnommen. Dies mußte für den Zeitraum 1965 bis 1970 allein schon deshalb geschehen, weil die Volkszählungs-Ergebnisse nicht stadtgebietsweise zurückgerechnet vorliegen.

Bei der Kommentierung der Umzüge und Wanderungen muß man sich der Tatsache bewußt sein, daß die Umzugs- bzw. Wanderungstatistik jeweils auf Einzelwanderungsfälle abstellt und wesentliche Merkmale - Familienverband, Arbeitsort, mehrfachen Wohnungswechsel innerhalb eines Jahres u.a. - nicht berücksichtigt.

## 5.2 Umzüge

### 5.2.1 Umzüge der Jahre 1965 bis 1976

In den Jahren 1965 bis 1976 wechselten jeweils 7,9 bis 10,2 % der (mittleren) Dortmunder Wohnbevölkerung den Wohnsitz innerhalb des Stadtgebietes. Die Umzugstätigkeit verlief über die Jahre hinweg sehr ungleichmäßig: sie erreichte 1968 mit 64.636 ihren Höhepunkt, 1973 mit 50.127 ihren vorläufigen Tiefststand.

Tab. 16 Umzüge in Dortmund 1965 bis 1976

Jahr	Umzüge		Davon				Zuzugs-Saldo der Außenstadt	
	insgesamt	in vH d.mittl. Bev.	Innenstadt		Außenstadt		abs.	in vH d. Umzüge insges.
			Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge		
1965	60 512	9,3	18 057	22 466	42 455	38 046	+ 4409	7,3
1966	52 210	8,1	16 909	18 720	35 301	33 490	+ 1811	3,5
1967	58 266	9,1	17 547	20 807	40 719	37 459	+ 3260	5,6
1968	64 636	10,2	18 501	22 939	46 135	41 697	+ 4438	6,9
1969	63 306	9,9	18 890	21 989	44 416	41 317	+ 3099	4,9
1970	53 308	8,3	15 532	18 705	37 776	34 603	+ 3173	6,0
1971	54 332	8,4	16 386	19 207	37 946	35 125	+ 2821	5,2
1972	52 371	8,2	15 697	18 156	36 674	34 215	+ 2459	4,7
1973	50 127	7,9	15 065	17 234	35 062	32 893	+ 2169	4,3
1974	58 209	9,2	17 602	19 149	40 607	39 060	+ 1547	2,7
1975	56 562	8,9	17 439	18 696	39 123	37 866	+ 1257	2,2
1976	51 511	8,3	15 743	16 964	35 768	34 597	+ 1221	2,4

(Umzugsgewinn der Außenstadt: 31 664)

In den hier beobachteten Jahren hat sich eine ständige Entleerung der Innenstadt zugunsten der Außenstadtbereiche vollzogen. Zwischen 1965 und 1973 lag dieser für die Außenbereiche positive Umzugssaldo jeweils zwischen 7,3 und 4,3 % (Ausnahme 1966 mit 3,5 %) der Umzüge. Seit 1974 ist - mit Werten zwischen 2,2 und 2,7 % - eine deutliche Beruhigung dieser innerstädtischen Auszehrung eingetreten (vgl. Tab. 16).

Aus den Bereichen der Innenstadt wurden 1968 mit 22.939 Abmeldungen<sup>1)</sup> die höchsten Fortzüge und 1969 mit 18.890 Anmeldungen die höchsten Zuzüge gemeldet. Die Außenstadt konnte 1968 mit 46.135 die meisten Anmeldungen, mußte jedoch gleichzeitig mit 41.697 die häufigsten Abmeldungen buchen.

Allerdings verlief diese Entwicklung nicht für alle Vororte einheitlich. Bei einem positiven Saldo der Außenstadt gegenüber der Innenstadt in Höhe von 31.664 während der hier berücksichtigten 12 Jahre konnten von den 12 Verwaltungsbezirken lediglich die Hälfte (positive) Zuzugssalden von insgesamt 48.086 Einwohnern verzeichnen. 31 % (= 15.107) entfallen davon auf den Verwaltungsbezirk Derne. Hier macht sich insbesondere in den Jahren 1968 und 1969 (+ 5.433 bzw. + 3.793) und - abgeschwächt - 1970 bis 1973 (+ 1.869 bis + 787) der Aufbau der Wohnsiedlung Scharnhorst bemerkbar. Aber auch die Bezirke Brackel, Aplerbeck, Wellinghofen, Hombruch und Mengede haben mit 9.629 (= 20 %), 7.957 (= 17 %), 6.696 (= 14 %), 5.682 (= 12 %) und 3.015 (= 6 %) z.T. recht beträchtliche Zunahmen zu verzeichnen.

Auf der Gegenseite weist Lütgendortmund mit - 5.552 den höchsten Passivsaldo der Außenstadtbezirke aus. Auch die Bezirke Hörde (- 4.318), Eving (- 2.724), Dorstfeld (- 2.074), Marten (- 1.167) und Huckarde (- 587) mußten z.T. erhebliche Einwohnerverluste hinnehmen.

Insgesamt gesehen hat sich im innerstädtischen Bereich eine Umschichtung von ca. 50.000 Einwohnern zugunsten der (ehemaligen) Verwaltungsbezirke Derne, Brackel, Aplerbeck, Wellinghofen, Hombruch und Mengede vollzogen. Davon konnten allein die beiden erstgenannten Bezirke mehr als 50 % auf sich ziehen.

So wichtig die Kenntnis des Umzugsergebnisses für den jeweiligen statistischen bzw. Verwaltungsbezirk auch ist - interessanter und aufschlußreicher ist die Darlegung der Umzüge nach den einzelnen Herkunfts- und Zielbezirken (Tabelle 17).

Aus der Umzugsmatrix<sup>2)</sup> sind als wichtigste Ergebnisse abzulesen:

1. Die größte Gruppe der Umziehenden behält ihren Wohnsitz im alten Wohnbezirk. Das lassen die Zahlen der Diagonale erkennen, die von links oben nach rechts unten verläuft.
2. Wer dennoch die Grenzen seines alten Wohnbezirks überschreitet, ist in den meisten Fällen bemüht, in die unmittelbare Nachbarschaft zu ziehen. Die unmittelbar an Aplerbeck angrenzenden Bezirke Brackel (+ 2.440) und Hörde (+ 2.111) ziehen - um ein Beispiel zu nennen - die stärksten Ströme der aus Aplerbeck Fortziehenden (- 29.681) auf sich. Oder: Die nach Wellinghofen Zuziehenden (+ 15.426) stammen überwiegend aus den Nachbarbezirken Hörde (- 1.882), Hombruch (- 1.833) und Aplerbeck (- 1.173).
3. Die Bewohner der Innenstadt, die ihren Wohnsitz wegen Umzugs aufgeben, bleiben zu rund 60 % in der Innenstadt, 40 % ziehen in die Bezirke der Außenstadt. Umgekehrt ist die Zahl für die aus der Außen- in die Innenstadt Ziehenden mit 21 % vergleichsweise niedrig. Die Entvölkerung der Innenstadt ist damit weniger die Folge des Bestrebens vieler Bürger, den Wohnsitz aus den Ballungszentren in ruhigere Wohngegenden zu verlegen, sie ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Innenstadt als Wohngebiet den Bewohnern der Außenstadt nicht attraktiv genug erscheint.

Es kann also festgehalten werden: Die örtliche Verbundenheit und die mit der Dauer der örtlichen Zugehörigkeit gewachsenen sozialen Beziehungen sind in der Regel so stark, daß umziehende Personen häufig bemüht sind, in unmittelbarer Nachbarschaft eine neue Wohnung zu finden. Das gilt um so mehr, je älter die Umziehenden sind und je länger sie bereits an ihrem alten Wohnsitz leben.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> In den Fort- und Zuzügen sind jeweils auch die innerbezirklichen Bewegungen enthalten.

<sup>2)</sup> Vergleichbare Daten waren hier nur für die Jahre 1967 bis 1974 verfügbar.

<sup>3)</sup> Altersheime sollten deshalb - um nur ein Beispiel für die Folgerungen aus dem oben dargelegten Ergebnis anzuführen - in unmittelbarer Nähe von Bevölkerungszentren liegen, aus denen die Altersheiminsassen stammen bzw. zukünftig stammen werden; die herrlichste Lage kann die gewohnte Umgebung und die alten Freunde nicht ersetzen.

Neuer Wohnbezirk	STATISTISCHE BEZIRKE										VERWALTUNGSBEZIRKE								Außenstadt	Dortmund insges.							
	Stadtmitte	Stiefplatz	Nordmarkt	Borsigplatz	Kaiserbrunnen	Körne	Westfalendamm	Ruhrallee	Westfalenhalle	Tremontia	Dortfelder Brücke	Hafen	Innenstadt	Aplerbeck	Brackel	Detme	Dorsfeld	Eving			Hörde	Hornbruch	Huckarde	Lütgendortmund	Marten	Mengede	Wellinghofen
Stat. B. Stadtmitte	1 529	373	313	395	736	246	622	670	618	119	566	481	6 522	546	785	482	154	270	349	690	153	226	144	195	532	4 476	10 998
Stiefplatz	429	3 668	1 602	859	525	265	193	286	289	72	401	1 324	9 833	382	687	885	157	704	338	417	231	153	167	346	170	4 637	14 470
Nordmarkt	389	1 682	4 828	1 126	628	265	284	350	270	92	475	2 010	12 199	541	1 077	1 593	197	1 678	459	598	483	341	265	434	245	8 021	20 220
Borsigplatz	356	823	1 067	5 355	733	222	199	247	193	102	361	891	10 569	419	871	1 948	145	740	270	450	227	212	154	236	161	5 833	16 402
Kaiserbrunnen	626	356	507	514	3 334	807	908	542	408	83	415	484	8 994	702	1 672	1 000	153	445	441	771	160	170	146	180	489	6 329	15 323
Körne	169	116	159	154	446	1 649	467	155	129	22	133	150	3 748	406	1 127	496	54	168	181	317	76	94	111	103	186	3 319	7 067
Westfalendamm	380	98	150	110	519	314	2 587	558	250	46	161	215	5 391	881	802	406	94	181	491	703	95	124	89	108	607	4 691	10 692
Ruhrallee	675	166	929	119	462	199	967	2 150	795	116	330	904	6 462	618	805	478	124	266	363	1 011	158	201	100	163	694	4 991	11 463
Westfalenhalle	432	110	199	115	396	156	454	732	1 800	240	341	265	5 240	428	625	372	105	225	259	867	150	168	142	172	372	3 865	9 135
Tremontia	94	48	57	82	97	48	82	103	235	727	283	93	1 925	150	247	245	85	62	96	240	364	147	60	144	106	1 946	3 871
Dortfelder Brücke	603	333	458	347	561	215	308	571	542	480	4 158	998	9 564	516	929	886	604	435	343	712	593	356	413	513	282	6 561	16 125
Hafen	439	1 023	1 653	678	639	287	379	444	484	195	819	6 488	13 734	881	1 355	1 860	333	1 176	566	829	609	397	423	769	328	9 326	23 080
Innenstadt	8 211	8 798	11 226	9 793	9 661	4 598	7 410	6 758	6 014	2 304	8 443	13 653	94 201	6 870	11 042	10 709	2 215	6 950	4 126	7 605	3 299	2 589	2 214	3 363	4 212	63 965	158 186
Verw. B. Aplerbeck	336	194	271	248	355	204	455	337	293	89	286	403	3 471	15 596	2 440	2 067	205	374	2 111	1 052	319	447	244	482	1 173	26 210	29 681
Brackel	506	401	513	363	643	722	831	511	361	92	440	456	6 039	2 638	17 665	4 168	273	899	872	1 008	657	718	377	546	778	30 799	36 838
Detme	295	373	483	480	366	221	314	217	184	73	297	607	3 940	1 232	2 399	12 955	266	1 079	603	714	789	830	297	459	352	21 975	25 915
Dorsfeld	155	173	130	124	204	123	164	122	156	77	496	340	2 326	317	543	564	4 983	233	230	538	589	785	718	382	151	10 003	12 331
Eving	944	511	1 037	529	450	203	265	276	190	78	383	823	5 179	784	1 377	2 798	236	15 125	480	616	582	368	283	568	312	23 529	28 708
Hörde	298	223	368	197	339	182	537	376	228	65	280	393	3 474	3 832	1 126	1 447	166	387	11 714	1 171	361	485	194	417	1 892	23 182	26 656
Hornbruch	464	261	361	220	409	257	515	532	495	70	407	419	4 410	1 569	1 165	1 180	347	580	917	13 719	375	686	467	484	1 833	23 212	27 722
Huckarde	217	236	360	204	227	162	159	199	153	51	394	656	3 012	474	794	999	456	587	324	510	8 118	979	1 130	2 494	186	17 021	20 033
Lütgendortmund	187	207	421	184	257	123	189	219	171	58	429	454	2 899	692	1 160	2 212	680	556	584	911	1 387	16 276	3 469	1 521	266	29 654	32 553
Marten	146	163	292	131	155	74	86	119	126	50	330	334	1 916	317	550	666	708	260	270	524	1 312	2 055	7 841	957	161	16 239	18 155
Mengede	213	271	289	182	239	117	171	159	163	53	315	469	2 641	565	700	875	294	677	333	521	1 538	1 103	562	16 839	153	24 100	26 741
Wellinghofen	189	72	135	47	179	97	304	248	155	28	105	151	1 710	1 323	541	444	63	132	1 100	1 237	68	160	111	190	3 367	9 326	11 036
Außenstadt	3 940	3 065	4 063	2 909	4 053	2 485	3 990	3 310	2 673	784	4 162	5 565	41 019	29 039	30 450	30 365	8 585	20 889	19 538	22 721	16 005	25 492	15 693	25 359	11 214	255 950	296 369
Dortmund insges.	9 551	11 875	15 888	12 648	13 114	7 078	11 400	10 668	8 667	3 088	12 605	19 218	135 220	35 309	41 492	41 065	19 800	27 239	23 664	30 326	19 304	28 081	17 907	38 722	15 426	319 345	454 556

## 5.2.2 Attraktivitätsmaße

### 5.2.2.1 Umzugstätigkeit je 1.000 Einwohner

Anhand der zuvor angeführten Ergebnisse allein läßt sich die Attraktivität eines Gebietes, die Wertschätzung der Dortmunder Bevölkerung gegenüber einer bestimmten Wohngegend nicht abschließend beurteilen. In der Tabelle 18 werden daher die absoluten Umzugszahlen durch die Einbeziehung der durchschnittlichen Bevölkerung in den Jahren 1965 bis 1976 relativiert und jeweils die jährliche Bevölkerungsveränderung durch die Umzugstätigkeit je 1.000 Einwohner angegeben.

Die relativ höchsten Zuzugsquoten weisen in der Innenstadt die überwiegend von Arbeitern und Ausländern geprägten Gebiete Steinplatz (127), Nordmarkt (108) und Borsigplatz (103) sowie die Stadtmitte (104) aus. Die diese Gebiete kennzeichnende große Mobilität wird durch die gleichzeitig hohen Fortzugsraten von 152, 135, 130 und 117 belegt. So entstanden jährliche Negativsalden von 25 (Steinplatz), 27 (Nordmarkt und Borsigplatz) und 13 (Stadtmitte) Einwohnern je 1000 Bewohner dieser Gebiete.

Bei geringerer Mobilität werden ähnlich hohe jährliche Umzugsverluste in der Innenstadt noch von den Bezirken Dorstfelder Brücke (- 23) und Hafen (- 18) erreicht.

In der Außenstadt weisen die (ehemaligen) Verwaltungsbezirke Marten (+ 124) und Derne (+ 112) die höchsten Zuzugsziffern aus. Während der ersteren Zuzugsziffer (Marten) eine noch um 5 höhere Fortzugsziffer gegenübersteht, wird der Zustrom zum Neubaugebiet Scharnhorst durch die niedrige Fortzugsziffer von 80 unterstrichen. So sind per Saldo während der 12 Jahre von 1965 bis 1976 jährlich 32 Einwohner je 1000 Bewohner nach Derne zugezogen. Es folgen - nunmehr in geänderter Rangfolge gegenüber den Absolutziffern - die Vororte Wellinghofen (+ 20), Aplerbeck/Brackel (jeweils + 13), Hombruch (+ 9) und Mengede (+ 6).

Insgesamt erfolgten in Dortmund im Jahresdurchschnitt 88 Umzüge je 1000 Einwohner. In der Innenstadt war die Mobilität mit 92 Zu- und 106 Fortzügen höher als in der Außenstadt, in der 87 Zu- und 81 Fortzüge je Jahr und 1000 Einwohner zu verzeichnen waren.

### 5.2.2.2 Ein kombiniertes Attraktivitätsmaß

Eine weitere Kennziffer zur Messung der Attraktivität bestimmter Wohngebiete läßt sich aus der schon erwähnten Umzugsmatrix ableiten (s. Tab. 17). Geht man davon aus, daß Umzüge innerhalb des jeweiligen statistischen bzw. Verwaltungsbezirkes ein Zeichen der Zufriedenheit mit dem betreffenden Wohngebiet sind, so lassen sich die folgenden Kennziffern bilden<sup>1)</sup>:

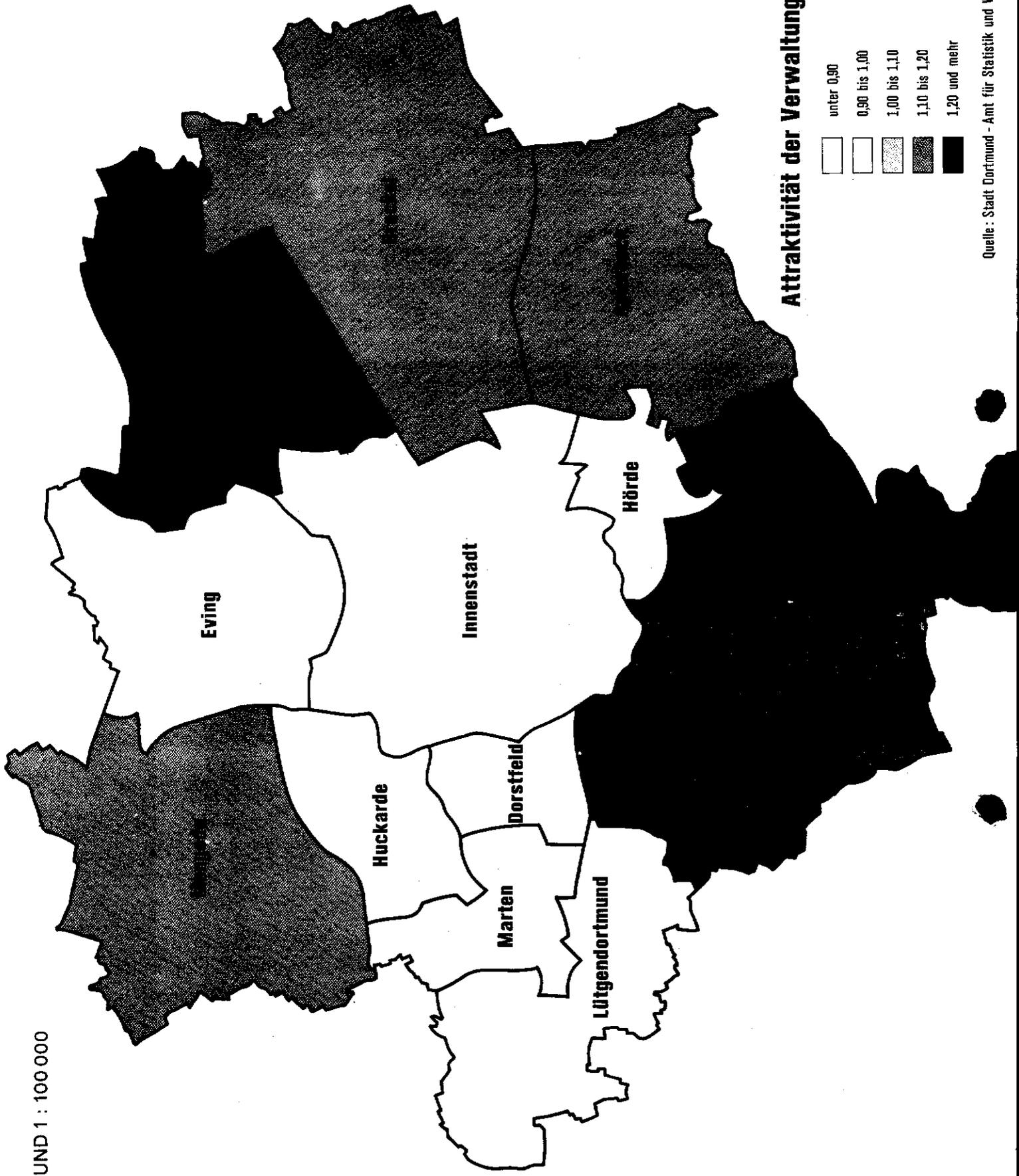
$$\frac{\text{Umzüge innerhalb des Wohngebietes}}{\text{Fortzüge insgesamt}} \cdot 100 = F$$

$$\frac{\text{Umzüge innerhalb des Wohngebietes}}{\text{Zuzüge insgesamt}} \cdot 100 = Z$$

Je zufriedener die Bevölkerung mit einem Wohngebiet ist bzw. je attraktiver es erscheint, desto stärker strebt der Wert F gegen 100 bzw. der Wert Z gegen 0. Teilt man nun F durch Z, so erhält man - unter den o. a. Einschränkungen - ein den subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung entsprechendes Maß der Attraktivität eines Wohngebietes.

$$\frac{F}{Z} = A$$

<sup>1)</sup> Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Fort- und Zuzüge jeweils auch die innerbezirklichen Bewegungen enthalten. Die "Umzüge innerhalb des Wohngebietes" sind demnach eine Teilgröße der Nenner.



**Attraktivität der Verwaltungsbezirke**

- unter 0,90
- 0,90 bis 1,00
- 1,00 bis 1,10
- 1,10 bis 1,20
- 1,20 und mehr

Quelle: Stadt Dortmund - Amt für Statistik und Wahlen -

Tab. 18 Jahresdurchschnittliche Einwohnerveränderung durch (innerstädtische) Umzüge  
Zeitraum 1965 bis 1976

Stat. Bezirk/ Verwaltungsbezirk	Von 1.000 Einw. sind ...Einw. pro Jahr		Saldo
	zugezogen	fortgezogen	
Stadtmitte	104	117	- 13
Steinplatz	127	152	- 25
Nordmarkt	108	135	- 27
Borsigplatz	103	130	- 27
Kaiserbrunnen	82	92	- 10
Körne	91	95	- 4
Westfalendamm	80	70	+ 10
Ruhrallee	72	83	- 11
Westfalahalle	95	101	- 6
Tremonia	45	56	- 11
Dorstfelder Brücke	96	119	- 23
Hafen	98	116	- 18
Innenstadt	92	106	- 14
Aplerbeck	83	70	+ 13
Brackel	83	70	+ 13
Derne	112	80	+ 32
Dorstfeld	80	90	- 10
Eving	83	89	- 6
Hörde	95	106	- 11
Hombruch	82	73	+ 9
Huckarde	72	74	- 2
Lütgendortmund	86	97	- 11
Marten	124	129	- 5
Mengede	89	83	+ 6
Wellinghofen	68	48	+ 20
Außenstadt	87	81	+ 6
Dortmund insgesamt	88	88	-

Das Verfahren sei kurz an einem Beispiel erläutert:

Der Stadtteil Aplerbeck besitzt für seine Bewohner eine große Wohnattraktivität. 51,5 % (= F) aller Bewohner, die hier ihre Wohnung aufgaben (29 681), wählten in diesem Wohngebiet ihren neuen Wohnsitz. Andererseits erfreute sich dieses Gebiet auch bei den übrigen Dortmundern einer großen Wertschätzung, so daß die Umzüge innerhalb des Wohngebietes lediglich 43,3 % (= Z) der gesamten innerstädtischen Zuzüge ausmachten. Teilt man nunmehr F durch Z, so erhält man mit  $A = 1,19$  eine Kennziffer für die Wertschätzung Aplerbecks in den Augen aller Dortmundener.

A ist demnach immer kleiner 1, wenn das Wohngebiet von der Bevölkerung nicht sonderlich geschätzt wird und größer 1, wenn es zu den bevorzugten Wohngebieten gehört.

Aus der Tabelle 19 und der graphischen Darstellung wird ersichtlich, daß die Dortmundener Werte für die Jahre 67 bis 74 zwischen 0,77 (Borsigplatz) und 1,65 (Wellinghofen) liegen. Von den Außenstadtbereichen ist noch Derne (einschl. Scharnhorst!) mit 1,59 besonders hervorzuheben, es folgen mit großem Abstand Aplerbeck (1,19), Brackel (1,13), Hombruch (1,10) und Mengede (1,08). In den Innenstadtbereichen weist lediglich der Bezirk Westfalendamm mit 1,13 einen Wert größer 1 auf, Körne verhält sich mit 1,00 indifferent. Damit erweist sich der Osten und Süden Dortmunds als das bevorzugte Wohngebiet. Im übrigen Stadtgebiet bildet lediglich Mengede im Nordwesten eine Ausnahme.

Tabelle 19 Attraktivitätskennziffern \*)

Innenstadt				Außenstadt			
Stadtteile	F	Z	A	Stadtteile	F	Z	A
Stadtmitte	13,9	16,0	0,87	Aplerbeck	51,5	43,3	1,19
Steinplatz	25,3	30,9	0,82	Brackel	48,0	42,6	1,13
Nordmarkt	22,9	29,1	0,79	Derne	50,0	31,5	1,59
Borsigplatz	32,6	42,3	0,77	Dorstfeld	40,4	46,1	0,88
Kaiserbrunnen	21,8	25,4	0,86	Eving	52,7	55,5	0,95
Körne	23,4	23,3	1,00	Hörde	43,9	49,5	0,89
Westfalendamm	25,7	22,7	1,13	Hombruch	49,5	45,2	1,10
Ruhrallee	18,5	21,1	0,88	Huckarde	40,5	42,1	0,96
Westfalenhalle	19,8	20,7	0,96	Lütgendortmund	50,0	58,0	0,86
Tremonia	18,8	23,5	0,80	Marten	43,2	43,8	0,99
Dorstfelder Brücke	25,8	33,0	0,78	Mengede	63,0	58,6	1,08
Hafen	28,1	33,8	0,73	Wellinghofen	42,4	25,7	1,65
insgesamt	59,6	69,7	0,86	insgesamt	86,2	80,0	1,08

\*) Aufgrund des vorliegenden Zahlenmaterials berechnet aus den Umzugsziffern der Jahre 1967 bis 1974.

### 5.3 Wanderungen

Während die (innerstädtischen) Umzüge lediglich die Bevölkerungsverteilung des Stadtgebietes beeinflussen, bestimmen die (überstädtischen) Wanderungen - neben den Geburten und Sterbefällen - die gesamtstädtische Einwohnerzahl.

In den letzten 12 Jahren sind 279.114 Dortmunder fort- und 253.210 Einwohner zugezogen, bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerung betragen die Anteilswerte 44 und 40 %. Per Saldo schrumpfte demgemäß die Dortmunder Bevölkerung um 25.904 Einwohner, davon waren 51,7 % männlichen und 48,3 % weiblichen Geschlechts.

Dieser Exodus von durchschnittlich 2.160 Bürgern pro Jahr verlief im Beobachtungszeitraum höchst unterschiedlich. Während Dortmund 1965 noch einen Wanderungsgewinn von mehr als 1.200 Einwohnern verzeichnen konnte, verließen in den Rezessionsjahren 1966 bis 1968 per Saldo 17.101 Personen die Stadt. In den folgenden 3 Jahren konnte dieser Verlust zu 70 % wieder kompensiert werden, ab 1972 jedoch zeichnet sich ein ständiger Fortzugtrend ab, der allein in den 5 Jahren 1972 bis 1976 (per Saldo) die Höhe von 21.644 Einwohnern erreicht.

78,6 % der Zuzüge nach und 83,3 % der Fortzüge von Dortmund fanden 1965 bis 1976 innerhalb Deutschlands statt; 54.290 "Neubürger" kamen aus dem Ausland, 46.732 ehemalige Dortmunder zogen in das Ausland. Per Saldo zogen mit - 17.167 mehr Frauen aus Dortmund in andere Bundesländer fort (Männer: - 16.295), während andererseits der Zustrom der Frauen aus dem Ausland mit + 4.644 für 61,4 % des hier positiven Saldos von 7.558 verursachend ist. Somit wird der relativ hohe innerdeutsche Wanderungsverlust von - 33.462 auf insgesamt - 25.904 Einwohner reduziert.

Tabelle 20 Dortmund Wanderungen 1965 bis 1976

Ereignis	Wanderungen innerhalb Deutschlands			Wanderungen über die Staatsgrenzen hinaus		
	männlich	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Zuzüge	107 296	91 624	198 920	33 288	21 002	54 290
Fortzüge	123 591	108 791	232 382	30 374	16 358	46 732
Saldo	- 16 295	- 17 167	- 33 462	+ 2 914	+ 4 644	+ 7 558

### 5.4 Veränderungen der Einwohnerverteilung

Legen wir uns nun zunächst einmal die Frage vor, inwieweit sich die zuvor ausgewiesenen Umzugs- und Wanderungsbewegungen auf die Einwohnerverteilung im Stadtgebiet ausgewirkt haben. Als Ergebnis dieses Einwohnerverteilungsprozesses ist eine Verdichtung bzw. Entdichtung in den Kernen der (Neben-) Zentren und/oder dem übrigen Stadtgebiet denkbar. In den folgenden Unterabschnitten soll daher aufgezeigt werden, inwieweit die Bevölkerungsumverteilung zu einer Konzentration bzw. Dislozierung im Stadtgebiet geführt hat.

#### 5.4.1 Bevölkerungsverteilungsindex

Um die eingetretenen Einwohnerdichteveränderungen im Stadtgebiet zu messen, bedient man sich am zweckmäßigsten des folgenden Maßes: <sup>1)</sup>

$$BI = \frac{\sum (b_i \cdot f_i)}{2}$$

BI = Bevölkerungsverteilungsindex  
 $b_i$  = Bevölkerungsanteil des Gebietes i  
 $f_i$  = Flächenanteil des Gebietes i

<sup>1)</sup> Vgl. Wirtschaft und Statistik, 1970, Heft 7, S. 341.

Zur Erläuterung sei vermerkt: Ist der Bevölkerungsverteilungsindex gleich Null, so liegt eine völlig gleichmäßige Einwohnerverteilung in dem nach den Gebieten  $i$  gegliederten Stadtgebiet vor. Je mehr der Index von Null abweicht, um so ungleichmäßiger ist die Verteilung bzw. um so verdichteter ist die Besiedlung.

Überzieht man das Dortmunder Stadtgebiet mit gleichgroßen Rasterflächen der Größe 200 x 200 m, denen die in ihnen wohnenden Einwohner zugeordnet werden, so nimmt der oben definierte Bevölkerungsverteilungsindex für 1964 und 1976 die Werte von 64,5 auf 59,7 an.

Diese Entwicklung spiegelt somit eine Zersiedlung wider. Sie bestätigt damit die schon zuvor gemachten Ausführungen über die räumliche Umverteilung der Einwohner.

## 5.4.2 Veränderungen in der Einwohnerdichte der Stadtbezirkkerne

Wenn auch - wie soeben dargelegt wurde - die Einwohnerverteilung im Stadtgebiet (zumindest) seit Mitte der 60er Jahre stets gleichmäßiger geworden ist, so ist es dennoch möglich, daß in Teilen des Stadtgebietes, und zwar in den stadtentwicklungsplanerisch besonders interessierenden engeren Bereichen der Stadtbezirke (den Stadtbezirkskernen) eine gegenüber dem übrigen Stadtgebiet dichtere Besiedlung eingetreten ist. Da die Stadtentwicklungsplanung mit dem multizentrischen Modell eine Verdichtung des Hauptzentrums und der Nebenzentren anstrebt, erscheint es auch unter diesem Gesichtspunkt lohnenswert, der Frage nach Einwohnerdichteveränderungen in den Stadtbezirkskernen, d.h. den 9 Stadtbezirken der Außenstadt und dem City-Bereich der Innenstadt, nachzugehen.

Folgender Verfahrensweg soll beschritten werden: Es werden Kreisflächen mit dem Radius von 500 bzw. 1000 m um die jeweiligen Ortsmittelpunkte<sup>1)</sup> gebildet, denen die in ihnen wohnenden Einwohner für die Jahre 1968 und 1976 zugeordnet werden. Dann erfolgt eine Beurteilung des Konzentrationsgrades anhand von Kennziffern der Einwohnerdichte.

### 5.4.2.1 Der 500 m-Radius

Vergleicht man zunächst die Einwohnerzahlen<sup>1)</sup> der Jahre 1968 und 1976 (bei um annähernd 10.000 rückläufiger Zahl der wohnberechtigten Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet - 656.000 zu 646.000 - in den Grenzen vor der Eingemeindung vom 01.01.75) im 500 m-Radius, so fällt auf, daß in 8 der 10 Bezirke die Bevölkerung im Kernbereich abgenommen hat. Lediglich in Lütgendortmund ist in diesem Zeitraum mit + 321 Einwohnern (= 10,9 %) eine leichte Zunahme, im Neubaugebiet Scharnhorst sogar ein Anstieg von 125 % (+ 4.698) zu verzeichnen. Läßt man die besondere Situation von Scharnhorst außer acht, so reduzierte sich in den letzten 8 Jahren die Bevölkerung in den jeweiligen Zentren um 10 % von 41.292 auf 37.150. Damit ist die eingangs aufgeworfene Frage dahingehend beantwortet, daß - mit Ausnahme von Scharnhorst und Lütgendortmund - eine allgemeine Entdichtung der Kerne stattgefunden hat. Die Einwohnerzahl je Hektar liegt 1976 in dieser Kreisfläche zwischen 25,74 (Aplerbeck) und 107,72 bzw. 89,28 (Scharnhorst bzw. Hombruch (s. a. Tab. 21)).

Nun läßt sich mit diesen Angaben die Einwohnerkonzentration in den Stadtbezirken noch nicht ausreichend beurteilen. Eine bessere Vergleichsmöglichkeit ergibt sich, wenn man die Einwohner je Hektar in den 500 m-Kreisflächen der durchschnittlichen Einwohnerdichte der jeweiligen Stadtbezirke gegenüberstellt:

$$\frac{E/\text{ha im Radius}}{E/\text{ha im Stadtbezirk}} \cdot 100 = K_1$$

Je mehr  $K_1$  von 1 positiv abweicht, desto größer ist der Konzentrationsgrad, d.h. umso mehr konzentriert sich die Besiedlung des Stadtbezirkes im Stadtbezirkszentrum.

In der Innenstadt ist 1976 eine sehr gleichmäßige Bevölkerungsverteilung anzutreffen, einer durchschnittlichen Ziffer von 47,15 E/ha steht im 500 m-Radius eine solche von 50,19 gegenüber. Demzufolge weicht die beobachtete Einwohnerzahl von 3.937 nur um 6,45 % ( $K_1$ ) von der durchschnittlich vorhandenen in Höhe von 3.779 ab. Nun bildet die Innenstadt insofern auch eine Ausnahme, als einerseits die Bedeutung dieses Bereiches nicht in einer Einwohner-, sondern vielmehr in einer wirtschaftlichen Konzentration liegt und andererseits die allgemeine Einwohnerverdichtung im gesamten Bereich sehr hoch liegt.

<sup>1)</sup> S. Tab. 21. Hier ist jeweils die wohnberechtigte Bevölkerung der Einwohnerdatei zugrunde gelegt. Als Mittelpunkt der gesamten Innenstadt wurde der Alte Markt in der City gewählt.

Tabelle 21 Kennziffern der Einwohnerdichte nach Stadtbezirken \*)

Bereich	Einwohner je Hektar						K <sub>1</sub> = $\frac{\text{E/ha im Radius}}{\text{E/ha im Stadtbezirk}} \cdot 100$			
	1968 im 500 m- Rad.	1976	1968 im 1000 m- Rad.	1976	1968 ges.Stadtbezirk	1976	1968 im 500 m- Rad.	1976	1968 im 1000 m- Rad.	1976
Innenstadt	58,05	50,19	94,83	84,81	53,56	47,15	8,38	6,45	77,04	79,87
Eving	69,01	57,75	52,76	44,34	18,28	17,12	277,70	237,32	188,75	159,00
Scharnhorst	47,90	107,72	32,76	71,38	14,16	18,04	238,30	497,12	131,41	295,68
Brackel	49,39	48,82	46,42	48,76	19,81	20,05	149,30	143,49	134,32	143,19
Aplerbeck	30,65	25,74	34,83	36,67	22,28	23,79	37,50	8,20	56,31	54,14
Hörde	71,63	58,87	79,57	73,07	23,85	23,86	200,37	146,73	233,65	206,24
Hombruch	100,03	89,28	59,81	57,88	14,56	16,34	587,31	446,39	310,98	254,22
Lütgendtmd.	37,56	41,65	32,16	32,17	23,19	23,06	61,91	80,62	38,64	39,51
Huckarde	53,08	47,44	43,13	37,15	33,77	29,32	57,14	61,80	27,70	26,71
Mengede	56,23	53,32	41,04	37,04	13,59	14,47	313,87	268,49	202,11	155,98
Bereiche insgesamt	57,35	58,07	51,73	52,31	24,17	23,87	137,28	143,28	114,03	119,15

\*) Berechnet auf der Grundlage der wohnberechtigten Bevölkerung und der neuen Stadtbezirksgliederung, jedoch jeweils ohne Lichtendorf, Holzen und Buchholz

Die Außenstadtbezirke dagegen sind überwiegend von der Funktion Wohnen geprägt, demzufolge ist hier ausschließlich auf die Einwohnerkonzentration abzustellen.

Die auffälligste Konzentration mit dem 6fachen Wert der sich durchschnittlich ergebenden Einwohnerzahl (8.460 statt 1.423) zeigt sich in dem schon erwähnten Neubaugebiet Scharnhorst, dicht gefolgt (+ 446,39 %) vom Stadtbezirk Hombruch. Hinter diesen ausgesprochen konzentrierten Bereichen fallen die übrigen Neben-zentren weit zurück. Mengede und Eving "belegen" mit dem 3,7- (+ 268,49 %) bzw. 3,4-fachen (+ 237,32 %) gute Mittelplätze. Es folgen mit Hörde<sup>1)</sup> und Brackel (jeweils das 2,4-fache) Stadtbezirke, in denen die erreichte Einwohnerzahl noch mehr als das Doppelte der durchschnittlichen beträgt. In Lütgendortmund (+ 80,62 %) kann im 500 m-Radius um den Stadtbezirksmittelpunkt mit dem 1,8-fachen kaum noch von einer Konzentration gesprochen werden und in Aplerbeck<sup>1)</sup> ist 1976 mit 2.022 statt der durchschnittlich im Stadtbezirk vorhandenen 1.888 (+ 8,20 %) Einwohner - ähnlich der Innenstadt - lediglich eine dem gesamten Stadtbezirk entsprechende durchschnittliche Verteilung erreicht<sup>2)</sup>.

Seit 1968 ist der so bestimmte gesamtstädtische Konzentrationsgrad leicht angestiegen. Diese Entwicklung wird jedoch nahezu ausschließlich von der besonderen Situation in Scharnhorst bestimmt<sup>3)</sup>. Neben der hier errechneten Steigerung der Konzentration vom 3,4- auf das 6-fache errechnet sich lediglich für die Kerngebiete der Stadtbezirke Lütgendortmund und Huckarde eine bedeutende Zunahme. Ein starker Trend zur gleichmäßigeren Verteilung zeigte sich in den letzten 8 Jahren in Hombruch (1968 lag hier eine stärkere Konzentration vor als in dem heutigen Scharnhorst), sowie in Mengede, Hörde und Eving.

1) Stadtbezirke Hörde und Aplerbeck ohne eingemeindete Gebiete.

2) Die Einwohnerdichte aller 10 Stadtbezirkkerne im 500 m-Radius entspricht dem 2,4-fachen (+ 143,28 %) der durchschnittlichen Dichte im gesamten Stadtgebiet alter Granzziehung.

3) Klammert man den Stadtbezirk Scharnhorst aus, so sinkt der hier angesprochene gesamtstädtische Konzentrationsgrad zwischen 1968 und 1976 von 133,1 auf 114,5.

Tabelle 22

Kennziffern der Einwohnerdichte nach Stadtbezirken \*)  
bezogen auf den Stadtdurchschnitt

Bereich	Einwohner je ha				$K_2 = \frac{\text{E/ha im Radius}}{\text{E/ha in der Gesamtstadt}} \cdot 100$			
	1968		1976		1968		1976	
	im 500 m-Radius	im 1000 m-Radius	im 500 m-Radius	im 1000 m-Radius	im 500 m-Radius	im 1000 m-Radius	im 500 m-Radius	im 1000 m-Radius
Innenstadt	58,05	50,19	94,83	84,81	140,17	110,26	292,35	255,30
Eving	69,01	57,75	52,76	44,34	185,52	141,94	118,29	85,76
Scharnhorst	47,90	107,72	32,76	71,38	98,18	351,28	35,54	199,04
Brackel	49,39	48,82	46,42	48,76	104,34	104,52	92,06	104,27
Aplerbeck	30,65	25,74	34,83	36,67	26,81	7,83	44,10	53,62
Hörde	71,63	58,87	79,57	73,07	196,36	146,63	229,21	206,12
Hombruch	100,03	89,28	59,81	57,88	313,86	274,03	147,46	142,48
Lütgendort- mund	37,56	41,65	32,16	32,17	55,40	74,49	33,06	34,77
Huckarde	53,08	47,44	43,13	37,15	119,61	98,74	78,44	55,63
Mengede	56,23	53,32	41,04	37,04	132,64	123,38	69,80	55,17
Bereiche insgesamt					137,28	143,28	114,03	119,15
dar. ohne Scharnhorst					136,71	121,59	118,86	111,59

Gesamtstadt: 1968: 24,17, 1976: 23,87 E/ha

\*) Berechnet auf der Grundlage der wohnberechtigten Bevölkerung und der neuen Stadtbezirksgliederung, jedoch jeweils ohne Lichtendorf, Holzen und Buchholz

#### 5.4.2.2 Der 1000 m-Radius

Erweitert man den Radius um die Mittelpunkte der Nebenzentren auf 1000 m - und damit die erfaßte Fläche um das 4-fache -, so kann man erwarten, daß sich - bedingt durch die nicht mehr so dichte Bebauung in den Randbereichen dieser Flächen - der Konzentrationsgrad abschwächt. In der Tat zeigt sich diese Entwicklung bei einem Vergleich der absoluten K-Werte besonders deutlich in Hombruch, Mengede, Scharnhorst und Eving, während in Brackel<sup>1)</sup>, Lütgendortmund und Huckarde die Abnahme nicht so ausgeprägt ist. Neben einer Steigerung des Konzentrationsgrades  $K_1$  um 46 in Aplerbeck sind für die starke Zunahme in der Innenstadt (+ 73) und in Hörde (+ 60) die folgenden Gründe ausschlaggebend: Mit der erweiterten Fläche werden in den ca. 314 ha immer mehr reine Wohngebiete erfaßt, der Anteil der Geschäfts- und Bürobauten geht zurück. Demzufolge muß der relative Konzentrationsgrad der Innenstadt in dem größeren Radius steigen. In Hörde wird mit dem erweiterten Einzugsbereich die hoch verdichtete Wohnsiedlung Clarenberg erfaßt, die durchschnittliche Konzentration muß demnach auch hier ansteigen. In der 1000 m-Radius-Kreisfläche weisen 1976 die Bezirke Scharnhorst, Hombruch und Hörde den stärksten Verdichtungsgrad auf.

Betrachtet man wieder den Zeitraum der letzten 8 Jahre, so fällt auf, daß - mit Ausnahme von Scharnhorst (Steigerung vom 2,3- auf das 4-fache des erwarteten Wertes) - die Veränderungen im Konzentrationsgrad durchweg sehr gering ausfallen und von der Richtung her i.d.R. der Entwicklung im 500 m-Radius entsprechen.

#### 5.4.2.3 Vergleichende Betrachtung der Einwohnerdichte in den Stadtbezirkskernen

Nun kann man gegen die zuvor dargestellten Kennziffern einwenden, daß sie einen gesamtstädtischen Vergleich des unterschiedlichen Konzentrationsgrades in den Stadtbezirkskernen und damit eine Abstufung der einzelnen Stadtbezirke nach der Einwohnerdichte nicht ermöglichen. Letzteres war jedoch gar nicht Absicht der angeführten Konzentrationsmaße, es sollte jeweils die Bedeutung des Kernes für den betreffenden Stadtbezirk herausgestellt werden.

Modifiziert man nunmehr  $K_1$  dahingehend, daß die E/ha im Radius auf den Stadtdurchschnitt bezogen werden, so ist damit ein gesamtstädtischer Vergleich der jeweiligen 'Dichterangwerte' der einzelnen Stadtbezirkkerne möglich (s. Tabelle 22 mit den  $K_2$ -Werten).

Im 500 m-Radius weist 1968 Hombruch mit weitem Abstand vor Hörde, Eving, der Innenstadt und Mengede den höchsten Konzentrationsgrad auf. Im gesamtstädtischen Vergleich dünn besiedelt waren die Kerne der Stadtbezirke Scharnhorst, Lütgendortmund und Aplerbeck. Bis 1976 wurden neben Scharnhorst lediglich die Zentren von Lütgendortmund und Brackel leicht verdichtet. In diesem Konzentrationsmaß drückt sich ebenfalls die stark dislozierte Bebauung von Aplerbeck aus.

Im 1000 m-Radius des Jahres 1968 verschiebt sich die Rangskala der Dichtewerte. Mit dem 3,9-fachen der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte weist die Innenstadt nunmehr den höchsten Konzentrationsgrad auf, gefolgt von Hörde, Hombruch und Eving. Auch 1976 ist die Einwohnerkonzentration der Innenstadt und von Hörde höher als die in Scharnhorst. Lütgendortmund, Aplerbeck sowie Huckarde und Mengede bilden im gesamtstädtischen Vergleich der Einwohnerkonzentration um die Stadtbezirksmittelpunkte das Schlußlicht.

<sup>1)</sup> Für Brackel allerdings ist zu berücksichtigen, daß hier eine Bandstruktur vorliegt, für die der Kreis nicht die beste Abbildungsform ist.

Tabelle 23 Wohnbevölkerung nach Stadtbezirken \*) für die Jahre 1961, 1965, 1970 und 1976

Stadtbezirke	1961 (6.6.)	1965 (31.12.)		1970 (27.5.)		1976 (31.12.)	
	absolut	absolut	in vH d. Jah. 1961	absolut	in vH d. Jah. 1961	absolut	in vH d. Jah. 1961
Innenstadt-West	82 195	74 149	90,2	64 356	78,3	57 954	70,5
Innenstadt-Nord	91 440	82 028	89,7	68 770	75,2	57 495	62,9
Innenstadt-Ost	76 433	71 823	94,0	67 024	87,7	59 351	77,7
Innenstadt zusammen	250 068	228 000	91,2	200 150	80,0	174 800	69,9
Eving	41 591	42 940	103,2	41 190	99,0	37 141	89,3
Scharnhorst	33 288	38 121	114,5	51 258	154,0	53 678	161,3
dar.Scharn- horst-Neu	-	-	-	12 984	-	16 694	-
Brackel	42 618	57 124	134,0	58 991	138,4	58 186	136,5
Aplerbeck	40 414	47 748	118,1	51 450	127,3	53 097	131,4
Hörde	52 883	55 544	105,0	50 356	95,2	50 319	95,2
dar.Welling- hofen	12 972	19 341	149,1	20 163	155,4	22 753	175,4
Hombruch	48 199	49 949	103,6	51 550	107,0	54 985	114,1
Lütgendortmund	54 212	56 950	105,1	52 329	96,5	48 757	89,1
Huckarde	39 729	40 068	100,9	42 808	107,8	37 726	95,0
Mengede	38 478	41 360	107,5	39 552	102,8	40 210	104,5
Außenstadt zusammen	391 412	429 804	109,8	439 484	112,3	434 099	110,9
Insgesamt	641 480	657 804	102,5	639 634	99,7	608 899	94,9

\*) In den Grenzen des Stadtgebietes vor dem 1.1.1975

### 5.4.3 Der geographische Einwohnerschwerpunkt

Bei einem Vergleich des Entwicklungsverlaufs in den letzten 15 Jahren fällt auf, daß die einzelnen Stadtbezirke<sup>1)</sup> höchst unterschiedlich zu der gesamtstädtischen Bevölkerungsentwicklung beigetragen haben. So schrumpften bei einem Rückgang der Dortmunder Bevölkerung von insgesamt 5,1 % die Innenstadtbereiche um gut 75.000 Einwohner - allen voran der Stadtbezirk Innenstadt-Nord mit einem Minus von 37,1 %. Dieser Schwund wurde mit 42.687 von den Außenstadtbereichen aufgefangen, so daß die Bevölkerung der Gesamtstadt von 1961 bis 1976 per Saldo letztlich 'nur' um 32.581 Einwohner zurückging.

Neben den schon erwähnten Innenstadtbzirken lag auch der Bevölkerungsrückgang der Stadtbezirke Eving und Lütgendortmund mit - 10,7 bzw. - 10,1 % unter der gesamtstädtischen Entwicklung, während Huckarde (- 5,0 %) und Hörde<sup>2)</sup> (- 4,8 %) bei absoluten Rückgängen leicht über dem Durchschnitt lagen.

Mit einem Zuwachs von mehr als 20.000 Einwohnern ist im Bezirk Scharnhorst (ohne Neu-Scharnhorst: + 3.696) am stärksten verdichtet worden; es folgten mit Wachstumsraten von mehr als 30 % die Stadtbezirke Brackel und Aplerbeck.

Mit 9,6 % der Bevölkerung (in den Grenzen des alten Stadtgebietes) wohnen seit 1976 in Brackel nach dem Stadtbezirk Innenstadt-Ost die meisten Dortmunder. Das Gewicht der Innenstadt sank in den letzten 15 Jahren von 39,0 auf 28,7 %, das der Außenstadt stieg parallel dazu (s. Tab. 23).

Diese Entwicklung mußte sich natürlich auch auf den Bevölkerungsschwerpunkt auswirken. In Zusammenarbeit mit der Universität Dortmund, Fachgebiet Systemtheorie und Systemtechnik in der Raumplanung, war es möglich, den geographischen Einwohnerschwerpunkt mit Hilfe der verfügbaren Gebäudekoordinaten für verschiedene Jahre für die Stadt Dortmund zu bestimmen.

#### 5.4.3.1 Das Verfahren

Die Untersuchung erfolgte unter Anwendung bivariater Lageparameter und Streuungsmaße.

Methode und Arbeitsgang seien im folgenden kurz dargestellt:

##### 1. Bevölkerungsschwerpunkt

Der Bevölkerungsschwerpunkt errechnet sich als gewichtetes arithmetisches Mittelzentrum (AMZ) einer innerhalb eines Bezugsraumes verteilten, räumlich lokalisierbaren Bevölkerung, der ggfs. noch spezifische demographische Eigenschaften zugeordnet werden können.

$$AMZ = (AMX, AMY)$$

$$AMX = \frac{\sum_{i=1}^k b_i x_i}{\sum_{i=1}^k b_i}$$

$$AMY = \frac{\sum_{i=1}^k b_i y_i}{\sum_{i=1}^k b_i}$$

1) Aplerbeck und Hörde jeweils ohne eingemeindete Gebiete.

2) Der heutige Stadtbezirk Hörde setzt sich aus dem Stadtgebiet Hörde und dem alten Verwaltungsbezirk Wellinghofen (ohne Bittermark und Lücklemburg) zusammen. Während der südliche Teil in den letzten 15 Jahren ein Plus von 75,4 % erzielte, schrumpfte das eigentliche Hörde um 30,9 % (gesamter Stadtbezirk: - 4,8 %).

# Der geographische Einwohnerschwerpunkt

## in den Jahren 1964, 1970 und 1976

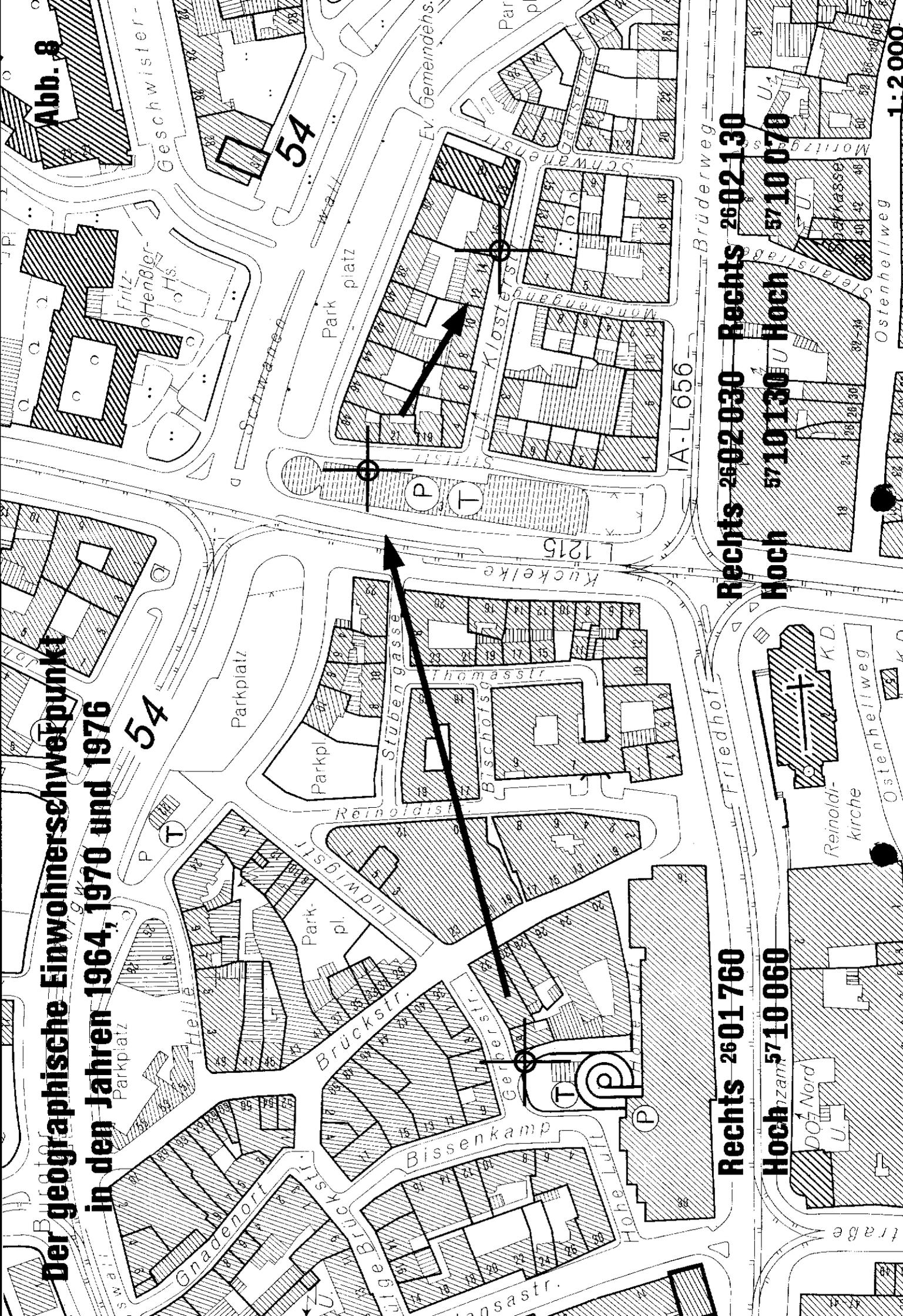


Abb. 8

Rechts 2602030 Rechts 2602130

Hoch 5710130 Hoch 5710070

Rechts 2601760

Hoch 5710060

1:2000

- wobei  $x_i$  = x - Koordinate des Punktes i  
 $y_i$  = y - Koordinate des Punktes i  
 $b_i$  = die auf den Punkt  $(x_i, y_i)$  geladene Bevölkerungsmenge in beliebiger demographischer Differenzierung  
 $k$  = Anzahl der räumlich verteilten Merkmalsträger

## 2. Streuungsmaße

Aufschluß über das Maß der Streuung der Punkte  $(x_i, y_i)$  um das errechnete AMZ gibt der Wert der Standarddistanzabweichung (SDA). Diese ist analog der Standardabweichung bei lediglich eindimensionaler Problemstellung als Wurzel aus der mittleren quadratischen Entfernung der Punkte  $(x_i, y_i)$  von ihrem AMZ definiert

$$SDA = \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^k b_i (x_i - AMX)^2 + (y_i - AMY)^2}{\sum_{i=1}^k b_i}}$$

## 3. Raumabbildung und Datenbasis

Die Berechnung der Lageparameter und Streuungsmaße erfolgte auf Basis eines das Dortmunder Stadtgebiet überspannenden Quadratrastersystems mit 1000 m Maschenweite, wobei die Ausgangsdaten - wie schon angeführt - auf Gebäude bezogen sind.

Die verwandten Hauseinwohnersummendateien der Jahre 1964, 1970 und 1976 wurden satzweise spezifischen Rasterquadraten zugewiesen.<sup>1)</sup> Sodann wurden analytische Mittelpunkte pro Raster  $(AMX_{rq}, AMY_{rq})$ <sup>2)</sup> gebildet und das globale AMZ bzw. die SDA nach den unter 1. und 2. angeführten Formeln errechnet. Zu beachten ist, daß dabei die  $x_i$  jeweils die  $AMX_{rq}$  und die  $y_i$  die  $AMY_{rq}$  sind.

### 5.4.3.2 Ergebnisse

1964 lag der Dortmunder Einwohnerschwerpunkt nach dem Gauß-Krüger-Koordinatensystem bei 2.601.760 (y) / 5.710.060 (x), d.h. 101,76 km östlich des 2. Meridianstreifens und 5.710,06 km nördlich des Äquators<sup>3)</sup>. Dem beigefügten Kartenausschnitt ist zu entnehmen, daß dieser Schwerpunkt etwa mit der Tankstelle hinter dem Neckermann-Kaufhaus zusammenfällt. Die durchschnittliche Entfernung aller Dortmunder des Jahres 1964 zu diesem Punkt betrug 5,47 km.

Die schon verschiedentlich angesprochene Abwanderung aus der Innenstadt und der Bau von Neu-Scharnhorst führten dazu, daß sich bis 1970 der geographische Einwohnerschwerpunkt um 70 m nach Norden und 270 m nach Osten (2.601.030/5.710.130) verschob. Er entsprach damit etwa dem Standort des Parkhauses an der Kuckelke. In der größeren Standarddistanzabweichung von 5,74 drückt sich darüber hinaus die gleichmäßigere Streuung der Bevölkerung über das gesamte Stadtgebiet aus.

Bis zum Jahre 1976 gewinnt die Bebauung von Aplerbeck und Brackel (gegenüber dem nunmehr aufgefüllten Scharnhorst) ein immer größeres Gewicht. Der Bevölkerungsschwerpunkt verschiebt sich um weitere 100 m nach Osten, wandert dabei um 60 m nach Süden und liegt mit 2.602.130/5.710.070 heute auf der Klosterstraße, etwa in Höhe der Hausnummer 16. In der Standarddistanzabweichung von 5,84 drückt sich eine weitere, gleichmäßigere Streuung der Bevölkerung über das Stadtgebiet (in den alten Grenzen) aus.

Bemerkenswert ist, daß der Einwohnerschwerpunkt jeweils in der (nordöstlichen) City liegt und so auch mit dieser Kennziffer die Bedeutung dieses Bereiches für Dortmund unterstrichen wird.

1) Bei indifferenter Lage der Datenpunkte erfolgte eine prozentuale Zuordnung auf die angrenzenden Raster.

2)  $AMX_{rq}$  = x-Wert des analytischen Mittelpunktes eines Rasterquadrates.

3) S. a. S. 29 des Sonderheftes 64 der Dortmunder Statistik.

## 6. Eheschließungen und Ehescheidungen

### 6.1 Allgemeines

Wenn man bevölkerungstatistische Gegenwarts- und Zukunftsaspekte erörtert, kommt man nicht umhin, sich auch mit der Entwicklung der Eheschließungen und Ehescheidungen zu befassen.

Die Eheschließungen sind seit einigen Jahren rückläufig, während die Ehescheidungen gewaltig zugenommen haben. Legt diese gegenläufige Entwicklung nun den Schluß nahe, daß die gesellschaftliche Institution der Ehe in der Auflösung begriffen ist und allein schon deshalb die in Zukunft zu erwartenden Geburten abnehmen müssen? Oder aber werden Ehescheidungen mehr und mehr deshalb angestrebt, um eine Wiederverheiratung zu ermöglichen? In diesem Falle wäre die Ehescheidung nicht nur ein Schlußkapitel zu einer gescheiterten Ehe, sondern als notwendige Voraussetzung ein erster Schritt zu einer neuen Ehe. Könnte man dann aber nicht auch der zukünftigen Geburtenentwicklung wesentlich unbesorgter entgegensehen? All diese Fragen lassen erkennen, wie notwendig es gerade für prognostische Überlegungen ist, den Problemkreis der Eheschließungen und Ehescheidungen zu behandeln.

Nachfolgend werden hierzu einige Informationen geliefert. Eine erschöpfende Behandlung des Themas ist allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich; vielmehr muß eine Beschränkung auf einen Umfang erfolgen, der lediglich auf die gestellten Fragen eine Antwort zu geben hilft. Weitergehende textliche Ausführungen und Ergebnisse können dem Sonderheft 73 der Dortmunder Statistik entnommen werden.

### 6.2 Die Entwicklung der Eheschließungen seit Ende des letzten Krieges

Wer sich die Eheschließungszahlen seit Ende des letzten Krieges vor Augen führt, könnte angesichts der wechselhaften Entwicklung der jährlichen Eheschließungsfälle zu dem Schluß kommen, daß das Heiraten modischen Einflüssen unterliegt. Im Zeitablauf der letzten drei Jahrzehnte lassen sich nämlich mehrere auf- und abwärts gerichtete Entwicklungsverläufe ausmachen.

Da ist zunächst der unmittelbare Nachkriegszeitraum zu sehen, der durch ein außergewöhnlich starkes Ansteigen der Heiratszahlen gekennzeichnet ist. Infolge kriegsbedingter Einflüsse waren die Eheschließungen

Tabelle 24 Die Eheschließungen\* seit 1945

1945	2.038	1961	6.088
1946	3.836	1962	5.969
1947	4.989	1963	5.571
1948	5.222	1964	5.556
1949	5.031	1965	5.412
1950	6.017	1966	5.249
1951	6.003	1967	5.549
1952	5.979	1968	4.591
1953	5.616	1969	4.655
1954	5.460	1970	4.597
1955	5.411	1971	4.674
1956	5.578	1972	4.342
1957	5.658	1973	4.123
1958	5.849	1974	4.052
1959	5.817	1975	4.334
1960	5.698	1976	4.038

\*In Dortmund vorgenommene Eheschließungen mit mindestens einem Dortmunder Einwohner.

bis zum Jahre 1945 auf 2.038 abgesunken. Mit dem Rückstrom der Menschen nach Kriegsende und der allmählichen Konsolidierung der Lebensverhältnisse stieg dann jedoch von Jahr zu Jahr die Zahl derer, die den Gang zum Standesamt taten, beträchtlich an, bis im Jahre 1950 mit 6.017 Eheschließungen ein

erster Höhepunkt erreicht wurde. Bei diesem Heiratsboom der Nachkriegszeit wird sicherlich auch zum Tragen gekommen sein, daß viele während des Krieges nicht mögliche oder zurückgestellte Aufgebote nunmehr bestellt wurden, Versäumtes somit nach Kriegsende nachgeholt wurde.

Nach 1950 ist bis in die Mitte der 50er Jahre (1955 : 5.411) ein leichtes Sinken der Hochzeiten zu beobachten. Danach setzte wiederum ein zunehmender Heiratstrend ein, der im Jahre 1961 mit 6.088 zur höchsten Zahl an in Dortmund jemals vorgenommenen Trauungen führte.

Nach diesem absoluten Höhepunkt ebte die Heiratswelle wieder ab, bis im Jahre 1974 mit 4.052 Eheschließungen ein neuer Tiefstand erreicht wurde. In diesem Entwicklungszeitraum ragen zwei Jahre in besonderem Maße hervor: 1967 wurden mit 5.549 im Vergleich zu den Vorjahren relativ viele Hochzeiten registriert, im Jahre danach jedoch sank die Eheschließungszahl recht steil um 17,3 % auf 4.591 ab.

Dem Eheschließungstief folgte 1975 ein neuer Aufschwung, der ein Nachlassen der Heiratsmüdigkeit der Vorjahre erwarten ließ; im Jahre danach jedoch, dem letzten Berichtsjahr, fiel die Eheschließungszahl mit 4.038 auf den niedrigsten Stand der jüngsten Vergangenheit überhaupt; das Heiratstief ist somit noch immer nicht überwunden.

Nun wissen wir, daß die Einwohnerzahl Dortmunds seit Ende des letzten Krieges zwei gegensätzliche Phasen durchschritten hat. Auf einen Wachstumsprozeß, der bis in die Mitte der 60er Jahre anhielt und die Einwohnerzahl von 325.000 Anfang Juli 1945 auf über 652.000 im Jahre 1965 ansteigen ließ, folgte eine Schrumpfungsperiode, die zu einem Abfall der Einwohnerzahl auf gegenwärtig 618.000 (Anfang 1977) geführt hat und deren Ende noch nicht absehbar ist. Es leuchtet ein, daß Veränderungen des Einwohnerbestandes Einfluß auf den Umfang der Eheschließungszahlen haben: Mit wachsender Einwohnerzahl müssen die Eheschließungen zunehmen, umgekehrt wird die absolute Häufigkeit der Eheschließungsfälle nicht unbeeinflusst bleiben können, wenn die Einwohnerzahl sinkt. Es stellt sich somit die Aufgabe, den Einfluß, der von Einwohnerbestandsveränderungen ausgeht, zu eliminieren. Erst dann läßt sich auch die eingangs gestellte Frage, ob das Heiraten - in gewissem Umfang zumindest - der Mode unterliegt, beantworten.

Zur Ausschaltung des Einwohnerbestandseinflusses werden die Eheschließungszahlen relativiert, indem sie jahresweise den jeweiligen mittleren Einwohnerzahlen gegenübergestellt und dabei Eheschließungsziffern (Eheschließungen auf 1.000 Einwohner) gebildet werden. Um zu erkennen, ob die Dortmunder

Tabelle 25 Eheschließungsziffern (Eheschließungen auf 1.000 Einwohner) seit 1945\*

Jahr	Dortmund	NW	Jahr	Dortmund	NW
1945	6,3	•	1961	9,5	9,3
1946	9,0	8,4	1962	9,3	9,3
1947	11,1	•	1963	8,6	8,7
1948	11,1	10,8	1964	8,6	8,7
1949	10,3	•	1965	8,3	8,3
1950	11,9	11,5	1966	8,1	8,1
1951	11,5	11,3	1967	8,6	8,5
1952	11,1	10,3	1968	7,2	7,0
1953	10,0	9,7	1969	7,3	7,3
1954	9,4	9,1	1970	7,2	7,3
1955	9,1	8,9	1971	7,3	7,2
1956	9,3	9,3	1972	6,8	6,9
1957	9,2	9,2	1973	6,5	6,6
1958	9,3	9,3	1974	6,4	6,2
1959	9,2	8,9	1975	6,8	6,6
1960	9,0	9,3	1976	6,5	6,2

\* Mit Ausnahme von 1945 (30.Juni-Wert) ist die mittlere Jahresbevölkerung zugrundegelegt.

Werte regionale Besonderheiten aufweisen, sind zusätzlich in Tabelle 25 die Eheschließungsziffern für Nordrhein-Westfalen (NW) aufgenommen worden.

Auch bei Relativierung der Eheschließungszahlen zeigt sich eine Parallelität zu den Entwicklungsverläufen bei den absoluten Fallzahlen. Allerdings wird eine Besonderheit deutlich. Während 1961 die meisten Ehe-

schließungen registriert wurden, erreichte die relative Ehefreudigkeit nicht in jenem Jahr, sondern im Zeitraum zwischen 1947 und 1953 den höchsten Stand. In dieser nahen Nachkriegsphase kletterten die Eheschließungsziffern auf über 10 bis hin zu 11,9 (1950); 1961 hingegen wurde mit 9,5 ein im Vergleich hierzu niedriger Wert ermittelt.

Und dennoch lag dieser für 1961 geltende Wert, wenn man die nachfolgenden Jahre zu ihm in Beziehung setzt, auf einem außerordentlich hohen Niveau, denn bis 1974 sanken die Eheschließungsziffern bis auf 6,4 ab. Dieser Tiefstand wurde zwar 1975 (6,8) und 1976 (6,5) überwunden, jedoch ist eine generelle Trendwende auch nach den relativen Zahlen nicht in Sicht.

Unverkennbar ist somit, daß innerhalb des letzten Jahrzehntes eine ausgesprochene Ehemüdigkeit um sich gegriffen hat. Dies gilt - wie der Vergleich mit NW zeigt - allgemein. Ob sie allein auf modische, und damit rational kaum faßbare Einflüsse zurückzuführen sein wird, mag bezweifelt werden. Genau so denkbar wäre es nämlich, daß das berufliche Engagement der Frauen und die damit gegebene wirtschaftliche Selbständigkeit bzw. Unabhängigkeit, die nachlassende Abneigung gegenüber zusammenlebenden Unverheirateten, die Verringerung des Risikos nicht-ehelicher Beziehungen durch verbesserte empfängnisverhütende Mittel u.a.m. ihre Wirkung gezeigt haben. Keinesfalls jedoch lassen die Zahlen den Schluß zu, daß die wichtigste Form menschlicher Beziehungen, in der sich zwei Menschen in gegenseitiger Liebe und Wertschätzung binden, offensichtlich gefährdet sei. Die Eheschließungsstatistik gibt nur Aufschluß darüber, wie oft der formale Akt der Eheschließung vor den Standesbeamten vollzogen wird; sie sagt hingegen nichts darüber aus, inwieweit sich neben den offiziell Eheschließenden noch Menschen ohne Trauschein zusammenfinden, um faktisch eine Ehe zu führen.

### 6.3 Die Erst-Ehen unter den Eheschließungen

Die Zahlen für die Eheschließungen umfassen sowohl die geschlossenen Erst-Ehen, in denen sich ledige Männer und ledige Frauen durch Heirat zusammenfinden, als auch alle denkbaren Kombinationsfälle von Wiederverheiratungen verwitweter und geschiedener Ehepartner untereinander bzw. mit einem vormals ledigen Ehepartner. Da es somit zwei Komponenten sind, die die Eheschließungszahlen bestimmen, erscheint es sinnvoll, die Gesamtzahlen entsprechend aufzuspalten, um eine möglicherweise fehlende Übereinstimmung im zeitlichen Entwicklungsverlauf der Erst-Ehen einerseits und der sonstigen Eheschließungen andererseits aufzuspüren (Tabelle 26).

Die Ergebnisse zeigen, daß die Eheschließungen, an denen zumindest ein Ehepartner als zuvor schon einmal Verheirateter, inzwischen jedoch Verwitweter bzw. Geschiedener beteiligt war, im hier dargestellten Zeitraum mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegsjahre praktisch unverändert geblieben sind; die meisten Jahreswerte liegen in den in Tabelle 26 als sonstige Eheschließungen ausgewiesenen Fällen zwischen 1.100 und 1.200. Die Wiederheiratenden haben somit in keiner Weise zum Rückgang der Eheschließungszahlen beigetragen.

Dagegen sind die Erst-Eheschließungen, nachdem sie bis 1961 einen insgesamt leicht positiven Trend aufzuweisen hatten, seit Erreichen des Höchstwertes von 4.886 (1961) zahlenmäßig ziemlich steil abgefallen; der niedrigste Wert wurde 1976 mit 2.720 geschlossenen Erst-Ehen registriert. Daß die Erst-Ehen unter allen Eheschließungen immer mehr an Gewicht verlieren, lassen auch die Anteile erkennen, die die Erst-Heiraten an den Hochzeiten insgesamt erreichen (mittlere Spalte der Tabelle 26). Entfielen 1961 noch 80,3 % der Eheschließungen auf Erst-Ehen, so ist die Vergleichszahl inzwischen auf 67,4 % (1976) abgesunken.

Damit wird deutlich, daß der Rückgang der Eheschließungszahlen allein auf die Abnahme bei den Erst-Ehen zurückzuführen ist. Die bereits angesprochene Heiratsmüdigkeit hat somit einzig die ledigen, jungen Menschen erfaßt. Hätten die bereits verheirateten, aber durch Scheidung bzw. durch Tod des Ehepartners wieder allein lebenden Personen - immerhin stellen sie gegenwärtig rd. ein Drittel aller Heiratenden - sich ähnlich ehemüde verhalten, wären die Gesamtzahlen der Eheschließungen noch steiler nach unten gegangen.

Tabelle 26 Die Entwicklung der Erst-Ehen\* seit 1946

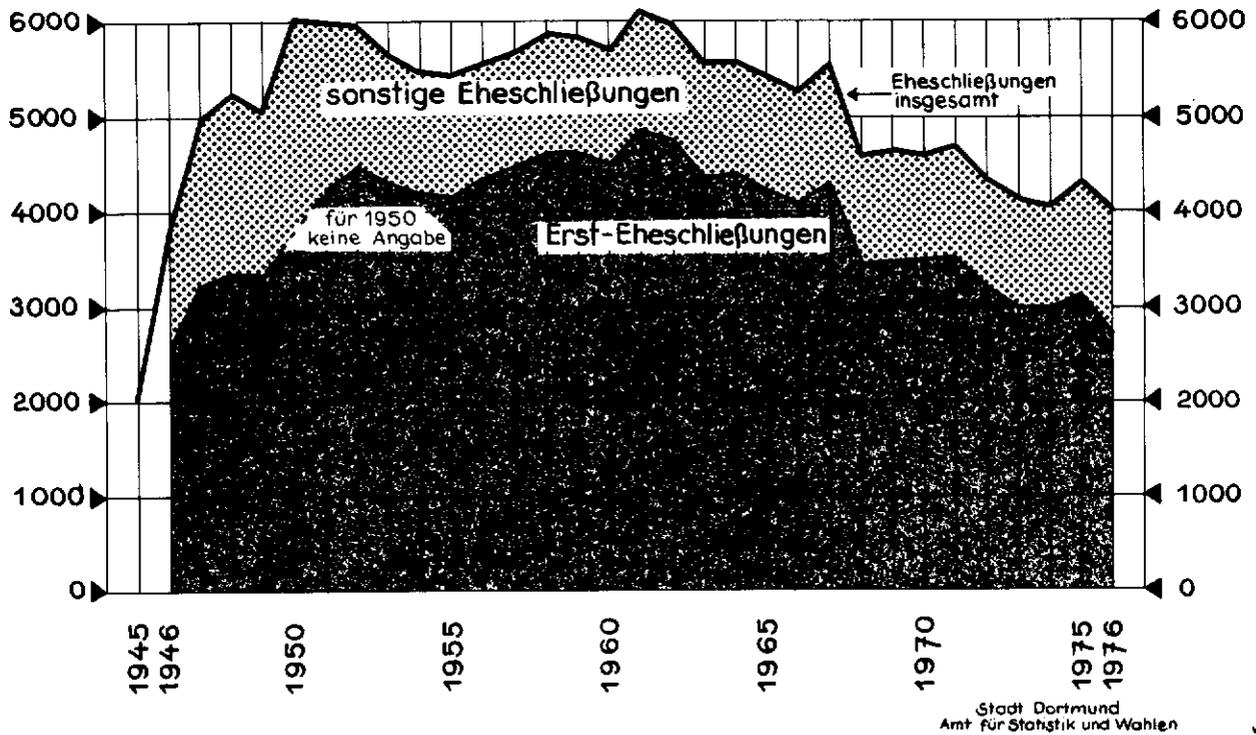
J a h r **	Erst-Eheschließungen		Sonstige Eheschließungen
	Anzahl	in vH der Eheschließungen	
1946	2.586	67,4	1.250
1947	3.224	64,6	1.765
1948	3.366	64,5	1.856
1949	3.377	67,1	1.654
1951	4.272	71,2	1.731
1952	4.500	75,3	1.479
1953	4.304	76,6	1.312
1954	4.195	76,8	1.265
1955	4.152	76,7	1.259
1956	4.368	78,3	1.210
1957	4.446	78,6	1.212
1958	4.636	79,3	1.213
1959	4.642	79,8	1.175
1960	4.501	79,0	1.197
1961	4.886	80,3	1.202
1962	4.771	79,9	1.198
1963	4.384	78,7	1.187
1964	4.401	79,2	1.155
1965	4.217	77,9	1.195
1966	4.085	77,8	1.164
1967	4.317	77,8	1.232
1968	3.457	75,3	1.134
1969	3.473	74,6	1.182
1970	3.493	76,0	1.104
1971	3.519	75,3	1.155
1972	3.196	73,6	1.146
1973	2.985	72,4	1.138
1974	2.992	73,8	1.060
1975	3.131	72,2	1.203
1976	2.720	67,4	1.318

\*Eheschließungen von ledigen Männern und ledigen Frauen.

\*\* Für 1950 liegen keine Werte vor.

Abb. 9

## Die Entwicklung der Erst-Ehen seit 1946 (sowie Eheschließungen insgesamt)



Der Tabelle 26 läßt sich auch entnehmen, daß vor 1961 die absoluten und relativen Zahlen für die Erst-Ehen bei weitem nicht den Höchststand des Jahres 1961 erreichten - 1948 waren gar nur 64,5 % der geschlossenen Ehen Erst-Ehen. Damals jedoch waren kriegsbedingte Einflüsse - wie vorzeitiger Tod und Scheidung infolge Entfremdung durch zu lange Trennung - die Ursache für die Zunahme der Wieder-verheiratungen bzw. - aus umgekehrter Sicht - für den vergleichsweise niedrigen Anteil der Erst-Ehen. In den letzten Jahren hingegen hat das nachlassende Heiratsinteresse lediger Männer und lediger Frauen das ungünstige Bild der Eheschließungsstatistik allein und entscheidend bestimmt.

### 6.4 Die Entwicklung der Ehescheidungen seit Ende des letzten Krieges

Normalerweise wird eine Ehe durch den Tod eines der beiden Ehegatten beendet. Neben diesem natürlichen Ereignis fällt in jüngster Vergangenheit die Ehescheidung als eine von den Ehepartnern herbeigeführte formale Lösung der Ehe immer mehr ins Gewicht. Sich mit dem Problem der Scheidungen - auch wenn es nur in statistischer Form geschieht - zu befassen, wird somit immer notwendiger.

Bei den gerichtlichen Ehelösungen wird zwischen Scheidungen, Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen unterschieden. Neben der Scheidung gibt es somit noch andere Arten der Ehelösung. Dennoch sind es letztlich nur die Ehescheidungen, die statistisch von Relevanz sind. Zwar hatten die Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen von Ehen in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die 50er Jahre hinein noch eine gewisse Bedeutung - beispielsweise wurden 1947 25 Aufhebungen und 1950 8 Nichtigkeitserklärungen registriert -, inzwischen jedoch bestimmen praktisch ausschließlich die Ehescheidungen das Bild der Ehelösungsstatistik. Deshalb sollen nachfolgend auch nur sie allein weiter betrachtet werden.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren lagen die Ehescheidungszahlen auf einem vergleichsweise hohen

Niveau. Da infolge kriegsbedingter Ereignisse die Scheidungsgerichte ihrer Tätigkeit vorübergehend nicht nachkommen konnten, ergab sich nach der Wiederaufnahme der Scheidungsverfahren ein gewisser "Nachholbedarf", der die Scheidungszahlen bis auf 1 076 (1947) bzw. 1 067 (1948) emporschnellen ließ; hierbei waren sicherlich auch die kriegsbedingten Einwirkungen auf die familiären Verhältnisse mitverursachend, man denke etwa an die längere Abwesenheit der Soldaten bzw. Gefangenen von der Heimat.

Dem schnellen Anstieg der Scheidungszahlen folgte ein ebenso schneller Rückgang; bereits 1951 wurden nur 572 Ehescheidungen vorgenommen. In den folgenden Jahren lagen dann die Jahreswerte zwischen dieser Zahl und 750 (1964), bis dann Mitte der 60er Jahre eine allmähliche Zunahme der Scheidungen einsetzte, die bis in die unmittelbare Vergangenheit anhielt. 1976 wurde mit 1 521 eine aus der Sicht der 50er Jahre geradezu unglaubliche Scheidungszahl erreicht.

Worauf wird man nun diesen Anstieg zurückführen müssen? Was verbirgt sich hinter den Zahlen?

Tabelle 27 Die Ehelösungen seit 1946

J a h r	Art der Ehelösung			Ehelösungen insgesamt
	Scheidung	Aufhebung	Nichtigkeit	
1946	777	9	2	788
1947	1 076	25	1	1 102
1948	1 067	14	6	1 087
1949	917	16	5	938
1950	786	12	8	806
1951	572	11	3	586
1952	636	8	4	648
1953	620	11	4	635
1954	688	10	3	701
1955	621	3	2	626
1956	588	3	2	593
1957	614	4	2	620
1958	648	4	3	655
1959	704	4	5	713
1960	698	5	2	705
1961	696	4	2	702
1962	673	2	-	675
1963	637	5	2	644
1964	750	-	-	750
1965	843	1	2	846
1966	842	-	2	844
1967	911	1	-	912
1968	907	3	1	911
1969	973	-	1	974
1970	1 039	2	1	1 042
1971	1 169	1	-	1 170
1972	1 184	-	1	1 185
1973	1 217	1	-	1 218
1974	1 191	-	-	1 191
1975	1 373	1	1	1 375
1976	1 521	1	1	1 523

## 6.5 Das Phänomen wachsender Scheidungszahlen

Der Tatbestand des Scheiterns einer Ehe weist grundsätzlich zwei verschiedene Aspekte auf.

Auf der einen Seite ist der faktische Zusammenbruch einer Ehe zu sehen, der dazu führt, daß zwei Menschen, die eine ursprünglich auf Dauer angelegte ("... bis daß der Tod Euch scheidet"), von besonderen Beziehungen und Gefühlen geprägte Verbindung eingegangen sind, keine Möglichkeit eines weiteren gemeinsamen Lebens mehr sehen.

Diesem sozialen Ereignis des Zusammenbruchs einer Ehe steht das juristische Phänomen der Ehescheidung gegenüber, durch die der veränderten Situation in den Beziehungen zweier Menschen zueinander Rechnung getragen wird. Die Ehescheidung stellt somit das Schlußkapitel im Zusammenleben von Mann und Frau dar, indem durch einen formalrechtlichen Akt ein zuvor bereits eingetretener Zustand - nämlich der Zusammenbruch der Ehe und der sich aus ihm ergebende Abbruch der besonderen, ursprungs aus gegenseitiger Zuneigung geprägten Beziehungen zueinander - legalisiert wird. Während jedoch die Scheidung lediglich die Anpassung an eine neue Situation darstellt, ist der Zusammenbruch der Ehe das eigentlich krisenhafte und damit entscheidende Ereignis.

Es ist wichtig, diese zwei Aspekte des Scheiterns einer Ehe - nämlich den Zusammenbruch einerseits und die zeitlich auf ihn folgende Scheidung andererseits - auseinanderzuhalten. Denn nur wenn dies geschieht, kann eine Fehlinterpretation statistischer Daten und eine Reihe von Vorurteilen vermieden werden; dies sei nachfolgend erläutert.

Die statistische Erfassung des Scheiterns einer Ehe erfolgt über die Ehescheidungsmeldung. Es ist einleuchtend, daß die statistische Zählung nur dort ansetzen kann, wo ein erkennbarer und eindeutiger Tatbestand vorliegt. Dies ist der Fall bei den aktenkundlich werdenden Ehescheidungen, nicht jedoch bei den Dritten oftmals gar nicht bekannt werdenden Ehezusammenbrüchen.

Wenn wir aber davon ausgehen, daß der Zerfall einer Ehe und nicht der im nachhinein erfolgende juristische Akt der Ehescheidung das wahre Problem des Scheiterns einer Ehe darstellt, müssen wir bei der Beurteilung von Ehescheidungszahlen größte Vorsicht walten lassen.

Voreilig wäre es deshalb, aus dem Ansteigen dieser Zahlen auf eine Vermehrung zusammengebrochener Ehen zu schließen. Da das christliche Ideal der Untrennbarkeit des Ehebandes mit der Entwicklung der industriellen Gesellschaft mehr und mehr liberaleren Konzepten Platz gemacht hat und es immer weniger ein Brandmal ist, geschieden zu sein, wäre es nämlich genau so möglich, daß man heute im Falle einer gescheiterten Ehe eher bereit ist, dies zuzugeben und durch ein Scheidungsverfahren die Legalisierung einer bereits eingetretenen Trennung in die Wege zu leiten. Indes "man darf wahrscheinlich annehmen, daß mit der Komplikation der Lebensverhältnisse in den modernen Wirtschaftssystemen kapitalistischer und sozialistischer Art auch Ehezusammenbrüche zugenommen haben. Sicher ist das aber nicht, es kann vor allem nicht aus den vorhandenen Statistiken herausgelesen werden, sofern man zwischen Scheidung und Zusammenbruch der Ehe unterscheidet."<sup>1)</sup> Es kann somit wohl vermutet (nicht jedoch eindeutig geklärt) werden, daß (bzw. ob) sich hinter den steigenden Ehescheidungszahlen auch das soziale Problem zunehmender Ehezusammenbrüche verbirgt. Ursächlich für eine Zunahme gescheiterter Ehen könnte der Abbau ethisch-religiöser Bindungen sein, das oft wenig bedachte Heiraten in jungen Jahren, die Mitarbeit der Frau mit der Mehrfachbelastung als Hausfrau, Ehefrau, Mitverdienerin und oftmals auch Mutter sowie die größere Emanzipation der Frau. Nachteilig für die Ehe dürfte sich in Krisenzeiten der Ehe auch auswirken, daß es - wie schon gesagt - kaum mehr als gesellschaftlicher Makel empfunden wird, geschieden zu sein.

Angesichts der steigenden Scheidungszahlen stellt sich auch die Frage nach der Stabilität der Institution Ehe/Familie und somit nach ihren Zukunftschancen überhaupt.

Ehen können scheitern, ohne daß es zu einem formalen Scheidungsverfahren kommt, wenn sich die "Ehepartner" nur informell in irgendeiner Weise für die weitere Zukunft arrangieren. Umgekehrt können die Ehescheidungszahlen ansteigen, ohne daß mehr Ehezusammenbrüche zu verzeichnen sind, wenn von den Betroffenen mehr und mehr die Scheidung letztlich als die bessere Lösung angesehen wird.

Doch selbst wenn man einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Ehezusammenbrüchen und den

<sup>1)</sup> König, R., Die Familie der Gegenwart, München 1974, S. 106.

Scheidungen sehen würde, ließen sich aus den ansteigenden Scheidungszahlen keine Aussagen über die Stabilität jener Ehen (und Familien) gewinnen, die nicht geschieden werden. Gerade auf die nicht-geschiedenen Ehen (Familien) muß sich aber die Aufmerksamkeit richten, wenn es um die Frage der Gefährdung der Ehe bzw. Familie durch die Scheidung geht. Es ist bezeichnend, daß im Japan des 19. Jahrhunderts, als das Familiensystem durchweg intakt war, die Ehescheidungszahlen - gemessen an heutigen Verhältnissen - eine erschreckende Höhe aufwiesen; hohe Ehescheidungsziffern schließen somit offensichtlich stabile Ehe- bzw. Familienverhältnisse nicht aus.

Zudem muß man sich darüber im klaren sein, daß die Ehe/Familie nicht während einer frühgeschichtlichen Phase der Menschheit geschaffen worden ist; sie stellt vielmehr ein Urgut der gesellschaftlichen Menschheit dar, das der Mensch mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem höheren Tierreich übernommen hat. Insoweit kann man "mit einem gewissen Recht auch die Meinung vertreten, Familie und Ehe seien älter als die menschliche Kultur".<sup>1)</sup> Wenn aber Ehe und Familie nicht irgendwann einmal erfunden worden sind, sondern dem Menschen seit seinen frühesten Tagen mit auf den Weg gegeben worden sind, wird man den oft düsteren Prophezeiungen<sup>2)</sup> über die Zukunftschancen der Ehe/Familie mit einiger Skepsis begegnen müssen. Da die Scheidung oftmals auch nur als erster Schritt zur Wiederverheiratung angesehen wird, läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß durch die Ehescheidung offensichtlich nur ein individuelles Scheitern korrigiert wird, nicht jedoch die Institution der Ehe bzw. Familie als solche in Frage gestellt werden soll.

6.6

**Ehescheidungen und Wiederverheiratungen**

Wenn es - wie mit der zuvor gezogenen Schlußfolgerung zum Ausdruck gebracht wurde - so ist, daß durch die Ehescheidung oftmals nur ein individuelles Scheitern eingestanden wird, nicht jedoch die Ehe als solche in Frage gestellt werden soll, so müßte es auch nachweisbar sein, daß zwischen den Ehescheidungen einerseits und den Wiederverheiratungen andererseits ein Zusammenhang besteht.

Um diesen Nachweis zu führen, sind in Tabelle 28 die Eheschließungen aufgeführt worden, an denen entweder

Tabelle 28 Die Eheschließungen mit vormalig geschiedenen Ehepartnern seit 1960

Jahr	Eheschließungen mit nur		Eheschl. mit beiden vormalig geschiedenen Ehepartnern	Eheschließungen mit vormalig gesch. Ehepartn.	
	dem Mann	der Frau		zusammen	in vH aller Eheschl.
	als vormalig gesch. Ehepartner				
1960	360	299	193	852	15,0
1961	338	327	210	875	14,4
1962	349	333	196	878	14,7
1963	317	323	208	848	15,2
1964	323	322	177	822	14,8
1965	328	353	192	873	16,1
1966	283	342	216	841	16,0
1967	335	345	238	918	16,5
1968	273	340	236	849	18,5
1969	347	349	241	937	20,1
1970	278	328	260	866	18,8
1971	294	440	256	990	21,2
1972	322	346	262	930	21,4
1973	273	346	298	917	22,2
1974	291	316	279	886	21,9
1975	340	353	345	1 038	24,0
1976	358	386	398	1 142	28,3

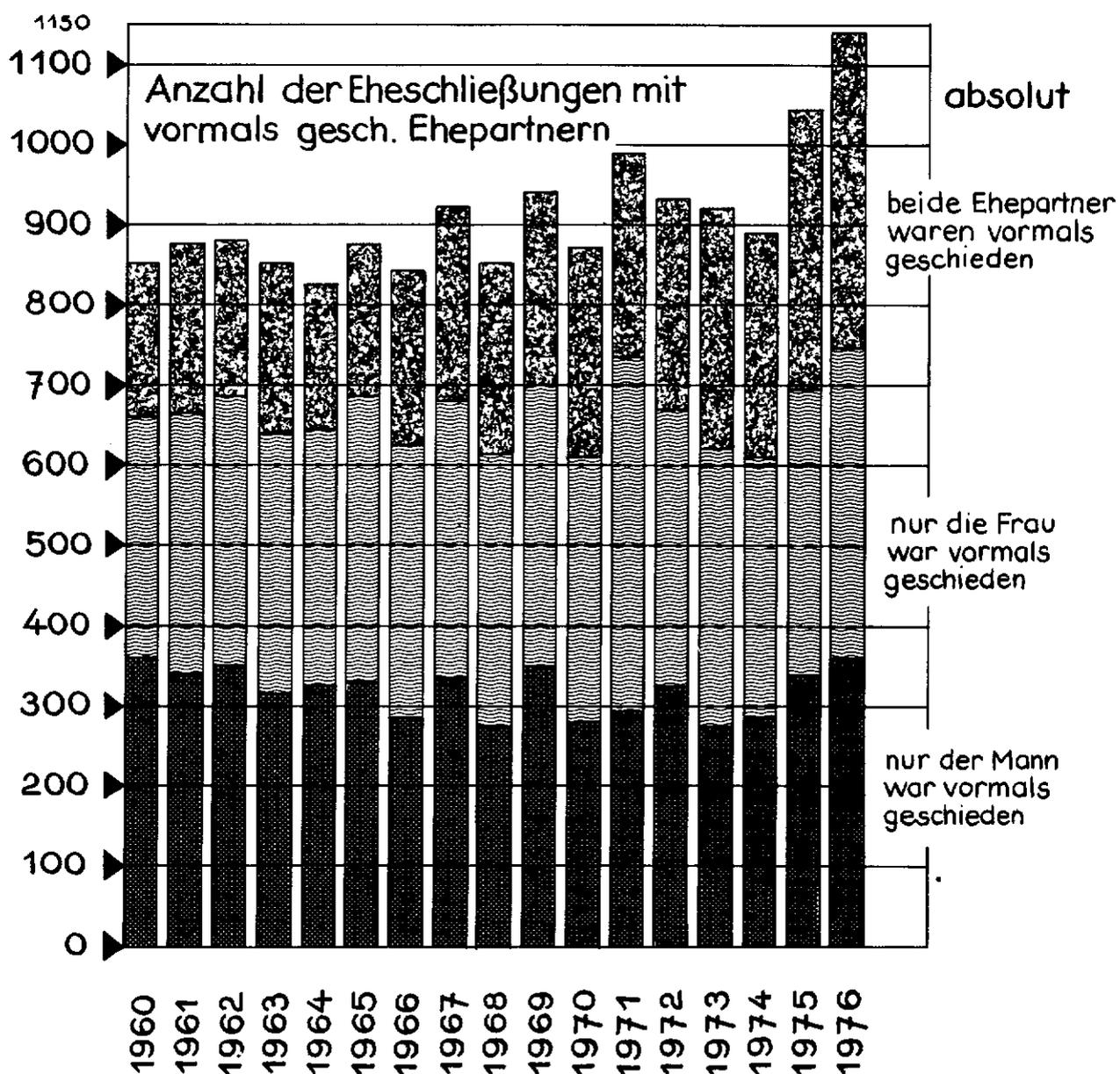
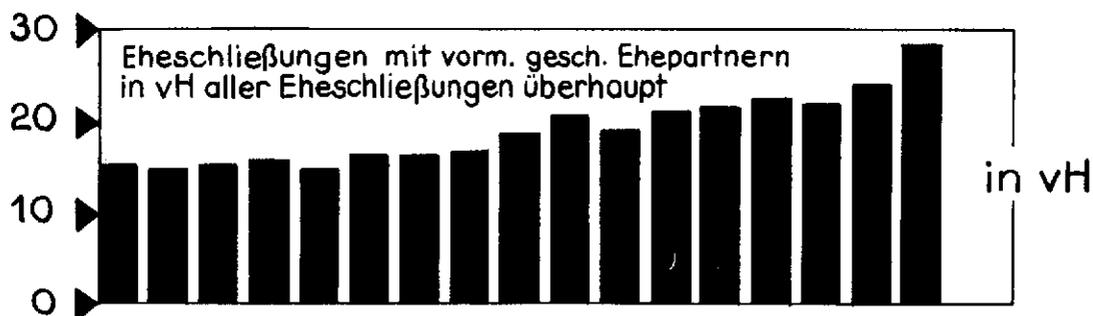
nur einer der beiden Ehepartner oder beide Ehepartner zusammen als vormalig Geschiedene beteiligt waren.

1) König, R., a.a.O., S. 9.

2) Beispielsweise berechnete Amitai Etzioni (Columbia Universität, New York), daß es Mitte der 90er Jahre keine einzige amerikanische Familie mehr geben wird, wenn der Zuwachs bei den Scheidungen und die Zunahme der Ein-Erwachsenen-Haushalte weiter wie bisher anhält.

Abb. 10

# Die Eheschließungen mit vormals geschiedenen Ehepartnern seit 1960



Die Ergebnisse sprechen für sich:

- Die Eheschließungszahlen dieser Bevölkerungsgruppe laufen dem allgemeinen Heiratstrend entgegen. Dies zeigt sich bei den absoluten wie auch bei den relativen Zahlen. Wurden beispielsweise 1960 852 Eheschließungen mit vormals geschiedenen Ehepartnern gezählt, so stieg die Zahl dieser Fälle bis 1976 auf 1 142 an. Wie bedeutsam diese Zunahme ist, wird erst so recht deutlich, wenn man errechnet, wie hoch der Anteil dieser Eheschließungen an den insgesamt geschlossenen Ehen ist (rechte Spalte der Tabelle 28): Während Anfang der 60er Jahre ca. 15 % der Eheschließungen auf solche mit wenigstens einem zuvor geschiedenen Ehepartner entfielen, ist diese Verhältniszahl seit 1965 mit einigen Schwankungen kontinuierlich angestiegen und hat inzwischen (1976) die Höhe von 28,3 % erreicht. Gegenwärtig stellt somit mehr als jede 4. Eheschließung eine Wiederverheiratung (für wenigstens einen Ehepartner) dar; vor 1965 war es etwa jede 7. Eheschließung.
- Verdoppelt gegenüber den frühen 60er Jahren haben sich die Eheschließungen, an denen sowohl der Mann als auch die Frau mit Eheerfahrung aus einer früheren Ehe beteiligt waren (1960: 193 Fälle, 1976: 398 Fälle).
- Eheschließungen, die nur für den Mann eine Wiederverheiratung darstellen, haben sich in dem hier dargestellten Zeitraum im langfristigen Entwicklungsverlauf nicht verändert.
- Geschiedene Frauen haben im Gegensatz zu ihren männlichen Schicksalsgefährten in der Vergangenheit zunehmend von der Möglichkeit der Wiederverheiratung Gebrauch gemacht. Ihre Zahl lag beispielsweise 1960 bei nur 299, 1976 hingegen bei 386 (1971 sogar bei 440). Dieser Anstieg hat auch dazu geführt, daß sich in den letzten Jahren geschiedene Frauen häufiger als geschiedene Männer wiederverheirateten.

Damit zeigt sich deutlich, daß Scheidungen oftmals nicht nur als ein Schlußkapitel einer zusammengebrochenen Ehe angesehen werden, sondern in die Wege geleitet werden, um die Voraussetzungen für das Eingehen einer neuen Ehe zu schaffen. Da diese Fälle immer häufiger zu beobachten sind, wird man die Zunahme bei den Scheidungen nicht überbewerten dürfen, zumal viele der Geschiedenen eine neue Zweierbeziehung eingehen, ohne einen formalen Eheschluß zu vollziehen.

Verändern mögen sich die Formen der Legalisierung des Zusammenlebens zweier Menschen; vieles spricht jedoch dafür, daß die Ehe als solche - worauf im vorangegangenen Kapitel schon hingewiesen wurde - ungefährdet bleibt, unabhängig davon, ob es zu einem formalen Eheschluß kommt oder nicht. Jedenfalls ist die Zunahme der Ehescheidungen unter dem Aspekt der Wiederverheiratung geschiedener Ehepartner mit einiger Vorsicht zu interpretieren.

## 6.7

### Ergebnis und Ausblick

Abschließend seien die wichtigen Ergebnisse zu den Eheschließungen und Ehescheidungen noch einmal in geraffter Form zusammengestellt.

- a) Die Eheschließungszahlen und Eheschließungsziffern (Eheschließungen je 1000 Einwohner) sind in der Vergangenheit außerordentlich stark gesunken.
- b) Die Ehemüdigkeit hat allein die ledigen Männer und ledigen Frauen erfaßt; dagegen haben sich die Wiederverheiratungen nicht verringert. Gegenwärtig stellt etwa jede dritte Hochzeit eine Wiederverheiratung (für zumindest einen Ehepartner) dar, 1961 war es nur jede fünfte Eheschließung.
- c) Seit Mitte der 60er Jahre sind die Ehescheidungen beträchtlich angestiegen. Mit 1521 Ehescheidungen im Jahre 1976 hat sich die Scheidungshäufigkeit gegenüber 1964 (750) mehr als verdoppelt.
- d) Mehr und mehr werden Ehescheidungen angestrebt, um eine Wiederverheiratung zu ermöglichen. So entfielen 1976 28,3 % der Eheschließungen auf Wiederverheiratungen (mit jeweils wenigstens einem geschiedenen Ehepartner); 1964 lag der vergleichbare Anteil erst bei 14,8 %.

Mit welchen Folgen dieser Entwicklung kann man im Hinblick auf die zukünftige Geburtenentwicklung rechnen?

Unmöglich ist es, den Einfluß zu quantifizieren, der von den beschriebenen Veränderungen in der Ein-

stellung zur Ehe auf die Geburtenhäufigkeit ausgeht. Es ist allenfalls möglich, in grober Form Entwicklungstrends anzudeuten. Dabei muß man grundsätzlich zwei einander entgegenwirkende Kräfte unterscheiden.

Einerseits ist zunächst der überaus starke Rückgang der Eheschließungen zwischen vormals ledigen Personen zu sehen. Da es sich hierbei um einen Personenkreis handelt, der sich im gebärfähigsten Alter befindet, müssen von daher geburtenmindernde Einflüsse erwartet werden. Dies brauchte nicht der Fall zu sein, wenn man im allgemeinen der Frage, ob ein Kind als eheliches oder nicht-eheliches das Licht der Welt erblicken soll, keine zu große Bedeutung beimessen würde. Indes gilt ein nicht-eheliches Kind noch immer als Makel. Geburtenmindernd wird sich auch auswirken, daß eine zunehmende Zahl von Ehen schon wenige Jahre nach der Eheschließung - das schon angeführte Sonderheft 73 der Dortmunder Statistik hat aufgezeigt, daß das dritte Ehejahr am kritischsten ist - in die Brüche geht. Nicht auszuschließen ist schließlich, daß vom neuen Eherecht geburtenmindernde Einflüsse ausgehen. "Wenn sich die Schwierigkeiten herumgesprochen haben, die sich nach dem neuen Scheidungsrecht bei der Auflösung einer Ehe ergeben, wird es nach meinen Befürchtungen dazu kommen, daß noch mehr Paare als bisher vor dem Risiko der Ehe zurückschrecken"<sup>1)</sup>. Ein Rückgang der Geburten hieraus wäre die zwangsläufige Folge.

Andererseits muß in Rechnung gestellt werden, daß die Zahl der Wiederverheiratungen ansteigende Tendenz hat und somit auch von den Wiederverheiratungen geburtensteigernde Wirkungen ausgehen. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß Personen, die sich wiederverheiraten, bereits im Durchschnitt ein Alter erreicht haben, in dem man sich normalerweise kaum noch Kinder zulegt. Der geburtensteigernde Einfluß von Wiederverheiratungen darf somit nicht überschätzt werden.

Somit bleibt festzuhalten, daß die Veränderungen im Eheschließungs- und Ehescheidungsverhalten in naher Zukunft eine Tendenz zu Geburtenrückgängen auslösen werden. Ungewiß ist indes, wie sich die Geburtenentwicklung unter dem Einfluß des Heirats- und Scheidungsverhaltens in weiterer Zukunft gestalten wird. Da niemand vorhersehen kann, welchen Verlauf die Eheschließungs- und Scheidungszahlen zukünftig nehmen werden, ist auch die Einflußnahme auf die Geburtenentwicklung nicht meßbar. Fest steht nur, daß bei Konstanz der jetzigen Verhältnisse geburtenmindernde Einflüsse überwiegen werden.

<sup>1)</sup> Jürgens, W., in WAZ vom 03.10.1977 zum Bericht: Rechtliche Sicherung für "Ehe ohne Trauschein" gefordert.

## B ZUKUNFTSTRENDS

### 1. Einwohnerstrukturen

#### 1.1 Vorbemerkung

Die bislang für Dortmund veröffentlichten Ergebnisse der voraussichtlichen Einwohnerentwicklung hatten einen Zeithorizont von ca. 15 Jahren.<sup>1)</sup> Die Beschränkung auf einen Prognosezeitraum von rd. 1 1/2 Jahrzehnten ist begründet in der Unsicherheit, mit der Prognosewerte behaftet sind. Diese Unsicherheit nimmt mit dem Eindringen in immer fernere Zukunft aufgrund des unvollkommenen Wissens um diese Zukunft permanent zu. Nicht zuletzt deshalb ist auch die Stadtentwicklungsplanung auf einen Zeitraum von 15 Jahren ausgelegt.

Auf der anderen Seite sind demographische Entwicklungen jedoch nicht mit der ausschließlichen Beobachtung eines für ein menschliches Leben relativ kurzen Ausschnittes von 15 Jahren abschließend zu beurteilen. "Bereits heute zeichnet sich (aber) ab, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Bildungs- und Beschäftigungssystem Resultate langfristiger Entwicklungen sind und, gemessen an den daraus folgenden künftigen Problemen und Schwierigkeiten in anderen Bereichen unseres Gesellschaftssystems, z. B. dem Beschäftigungssystem und dem Rentensystem, noch vergleichsweise harmlos sind."<sup>2)</sup>

Diese Problembereiche und ihre zeitliche Entwicklung für Dortmund aufzuzeigen ist der Zweck einer Bevölkerungsvorausschätzung über einen Zeitraum von 100 Jahren. Wegen der angedeuteten Schwierigkeiten bei längerfristigen Prognosen sollen jedoch mit den angeführten Zeitreihen lediglich Tendenzen, nicht aber exakte Einwohnerzahlen aufgezeigt werden. Die nachfolgenden Ausführungen stellen sich somit nicht die Aufgabe, die exakten Einwohnerverhältnisse für die ausgewiesenen Prognosezeitpunkte widerzuspiegeln, vielmehr haben sie die Zielsetzung, anhand der vorgelegten Ergebnisse die ungünstige Situation des gegenwärtigen generativen Verhaltens aufzuzeigen.

#### 1.2 Allgemeine Einwohnerentwicklung

Ausgangspunkt für die Zukunftsbetrachtung ist die Bevölkerung des Jahres 1976, getrennt nach Altersgruppen und Geschlecht. Gefragt wird nach den Bevölkerungsbeständen für ausgewählte Jahre<sup>3)</sup> unter der Bedingung, daß sich die für die Entwicklung maßgeblichen Faktoren wie unterstellt verhalten. Die Wanderungen bleiben aus den weiter unten genannten Gründen außer Ansatz. Es handelt sich bei der Prognose um eine sog. Status-quo-Prognose, bei der die Entwicklung der bereits heute in Dortmund lebenden Bevölkerung im Zeitablauf von 100 Jahren beobachtet wird.

Geht man nun der Frage nach, wie sich die im Jahre 1976 in Dortmund lebende Bevölkerung im Betrachtungszeitraum verändert, so läßt sich folgende Entwicklung aufzeigen: Unter der Annahme<sup>4)</sup> konstanten Fruchtbarkeitsverhaltens entsprechend dem Durchschnitt der Jahre 1974/76 würde die Bevölkerung bis zum Jahre 2076 um 75 % auf rd. 151 000 Personen absinken. Aufgrund der Prognosewerte wird kurz nach der Jahrhundertwende die Halbe-Million-Grenze unterschritten. Zwischen 2020 und 2025 wird die Einwohnerzahl auf unter 400 000 schrumpfen und um 2040 ist nach der Prognose bereits die Halbierung des jetzigen Bevölkerungsstandes vollzogen.

1) Bevölkerungsprognose (Prognosezeitraum 1971 - 1985), in: Dortmunder Statistik, Sonderheft 43, Febr. 1971, sowie Bevölkerungsvorausschätzung für die Gesamtstadt und die 12 Stadtbezirke 1978 - 1990, in: Dortmunder Statistik, Sonderheft 66, Dez. 1975.

2) Vom Schülerberg zum Rentnerberg - Die programmierte Dauerkrise?, Sonderdruck aus Battelle-Information 24.

3) Die Ergebnisse für das Jahr 1990 weichen von den Werten in dem Sonderheft 66 der Dortmunder Statistik wegen unterschiedlicher Eingabedaten geringfügig voneinander ab.

4) Die Sterbeziffern sind der Sterbetafel NW 1970/72 entnommen.

Tab. 29 Bevölkerungsentwicklung in Dortmund bis zum Jahr 2076 ( ohne Wanderungen)

J a h r	männlich		weiblich		insgesamt	
	absolut	1976 = 100	absolut	1976 = 100	absolut	1976 = 100
1976	291 325	100	326 715	100	618 040	100
1990	272 800	93,6	299 500	91,7	572 300	92,6
2000	255 000	87,5	275 500	84,3	530 500	85,8
2025	185 700	63,7	204 200	62,5	389 900	63,1
2040	141 500	48,6	159 300	48,8	300 800	48,7
2050	116 600	40,0	130 800	40,0	247 400	40,0
2076	71 200	24,4	80 000	24,5	151 200	24,5

Die aufgezeigte Einwohnerentwicklung ist allein auf die demographische Komponente, nämlich die stark rückläufige Zahl der Geburten zurückzuführen, der Wanderungssaldo wurde ja - wie schon angeführt - für den Prognosezeitraum auf Null festgelegt.

Welche Änderungen im Fruchtbarkeitsverhalten eintreten müßten, um die Bevölkerung auf dem jetzigen Stand zu halten, zeigt eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes. Hiernach würde eine volle Reproduktion der gegenwärtigen Frauengeneration in der Bundesrepublik Deutschland 220 Geburten (Knaben und Mädchen) auf 100 Frauen voraussetzen. Die Erreichung dieses Wertes erscheint wenig realistisch, würde dies doch bedeuten, " . . . daß die Ehen mit einem Kind ebenso selten werden wie die Ehen mit vier Kindern, aber 70 % der Ehepaare zwei oder drei Kinder wollen. Ein geringerer Anteil der Ehen mit drei Kindern als 35 % könnte nur durch einen höheren Anteil der Ehen mit vier Kindern, nicht aber durch einen höheren Anteil der Ehen mit zwei Kindern ausgeglichen werden. Die Modellannahmen setzen nämlich die bereits fast unwahrscheinliche Situation voraus, daß nach dem ersten Kind zu über 90 % auch ein zweites folgt. Blicke noch die Möglichkeit eines geringeren Anteils der Ehen mit zwei Kindern zugunsten der Ehen mit drei Kindern zu überlegen. Diese Alternative beläßt aber auch kaum Spielraum, weil sie nur möglich ist, wenn mehr als 56 % Eheleute bereit und in der Lage sind, nach dem zweiten Kind ein drittes zu haben. Damit gibt es unter Beibehaltung der übrigen Prämissen nur noch die Alternative eines kleineren Anteils der Kinderlosen von 10 % zugunsten der Ehen mit einem Kind. Sie würde aber nur eine Erhöhung der Zahl der Kinder um fünf je 100 Ehen bringen".<sup>1)</sup>

Aufgrund der weitestgehend parallelen Entwicklung der demographischen Komponente in den Teilräumen ist die Tendenz sich weiter rückbildender Bevölkerungszahlen auch für die Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Nach einer Vorausschätzung der Bundesregierung werden nach der wahrscheinlichsten der durchgerechneten Modellvarianten im Jahre 2030 39,4, im Jahre 2070 rd. 22 Mio Deutsche im Bundesgebiet leben.<sup>2)</sup>

Inwieweit nicht aber doch im Zeitablauf Ereignisse eintreten, die zu einer Umkehr im Fruchtbarkeitsverhalten führen können, ist aus heutiger Sicht nicht absehbar. In jedem Fall müßte im politischen Raum durch staatliche Maßnahmen versucht werden, Anreize für eine größere Kinderfreudigkeit zu schaffen. Überlegungen, wie sie im Abschnitt C aufgezeigt werden, stellen sicherlich einen Schritt in Richtung auf wieder steigende Kinderzahlen dar. Gegenwärtig ist aber eher eine Fortdauer des negativen Geburtentrends wahrscheinlich, zumal wenn man von der Situation, die durch das neue Eherecht geschaffen wurde, oder von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeht, die den Frauen den Wiedereintritt in das Erwerbsleben nach der Geburt eines Kindes durch die Verknappung der Arbeitsplätze insgesamt sowie der Teilzeitarbeitsplätze wesentlich erschwert und deshalb den Verzicht auf Kinder ratsam erscheinen läßt.

Von der Seite der Wanderungen wird für Dortmund zukünftig keine dämpfende oder gar positive Entwicklung zu erwarten sein. Eher wird die Entwicklung weiter negativ verlaufen wie bisher. Zwar wird in einer Veröffentlichung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung die Ansicht vertreten, daß ein Sinken der Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Auffüllen der Ballungsräume führen wird. "Die Bevölkerung wird dann, um ihren Anspruch auf Lebensqualität zu realisieren, in verstärktem Maße in die Ballungsgebiete

1) K. Schwarz, Gründe des Geburtenrückgangs 1966 bis 1975 und für "Nullwachstum" erforderliche Kinderzahl der Ehen, in: WiSta 6/77, S. 378.

2) Bundestagsdrucksache 8/680 vom 24.06.1977.



ziehen. Geburtenrückgang und Bevölkerungsabnahme führen somit zu einem "Leerlaufen" der ländlichen Gebiete und später auch der Kleinstädte. Die Folge ist eine Zunahme der Bevölkerung in den Ballungsgebieten, so daß je länger die Bevölkerungsabnahme wirksam wird, ein um so größerer Anteil der Bevölkerung in Ballungsgebieten leben wird.<sup>1)</sup> Ob hiervon allerdings die Zentren der Ballungkerne profitieren, wird man nicht als selbstverständlich unterstellen können.

U.E. wird bei dieser Argumentation zudem zu einseitig auf bestimmte Bereiche der Lebensqualität abgestellt. Die zu beobachtende Tendenz der Abwanderung in die Randzonen der Großstädte ist ja geradezu Beweis dafür, daß etwa das Wohnen im Grünen höher bewertet wurden und werden als die Nähe zu kulturellen oder Bildungseinrichtungen, der in der o. g. Veröffentlichung ein so großes Gewicht beigegeben wird. Amerikanische Verhältnisse zeigen noch viel deutlicher, daß der Mensch in die weniger verdichteten Gebiete um die Ballungsräume zieht und dabei tägliche Fahrten zur Arbeit oder zum Einkauf von 2 und mehr Stunden in Kauf nimmt.

Bedenkt man ferner, daß die Zahl der Rentner absolut ansteigen und sich voraussichtlich das Rentenalter in dem Betrachtungszeitraum von 100 Jahren sicherlich zu Lasten der Arbeitszeit verlängern wird, so wird man eher von einer Verstärkung der Wanderung in Richtung der Außenbereiche oder sogar der ländlichen Bereiche ausgehen können.

Es erweist sich somit als äußerst schwierig, die Entwicklung und das Gewicht zukünftiger Wanderungen über einen Zeitraum von 100 Jahren einzufangen. 100 Abwanderungen pro Jahr schlagen sich in einem solchen Zeitraum - wenn allein der Wanderungseffekt betrachtet wird - bereits in einem Einwohnerverlust von 10.000 Personen nieder, was der Einwohnerzahl von Asseln, Kirchhörde oder Marten entspricht. Der durchschnittliche Einwohnerverlust in den letzten 10 Jahren belief sich in Dortmund hingegen schon auf mehr als 2.500 Personen. Werden entsprechende Werte für die Prognose unterstellt<sup>2)</sup>, wäre der Dortmunder Raum bevölkerungsmäßig innerhalb des Prognosezeitraums "leergelaufen".

Von daher wird die Prognose auf die Abschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung beschränkt. Wanderungsgewinne bzw. -verluste bleiben somit außer Ansatz; insoweit stellt die Konstanzhaltung eines Null-Saldos bei den Wanderungen angesichts der gegenwärtig hohen Wanderungsverluste eine sicherlich nicht pessimistische Annahme dar.

### 1.3 Verschiebungen in der Altersstruktur 1976/2076

Ein Vergleich des Altersaufbaus der Bevölkerung in Dortmund zu Beginn und am Ende des Prognosezeitraums macht folgendes deutlich:

- (1) Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung wird sich innerhalb von 100 Jahren von 25,9 % im Jahre 1976 über ca. 21 % (1985), 19 % (2000), 16 % (2015) auf 15 % im Jahre 2076 stark verringern.
- (2) Das bevölkerungsmäßige Gewicht der Einwohner zwischen 20 bis unter 60 Jahren, also im Erwerbsfähigenalter, wird um rd. 5 % abnehmen, die absolute Zahl von gegenwärtig rd. 330.000 über 200.000 (2025), 150.000 (2040), 100.000 (2060) auf 77.000 absinken.
- (3) Entsprechend stark wird der Anteil der im Rentenalter stehenden Bevölkerung steigen. Lag der Anteilswert für das Jahr 1976 noch bei 20,7 %, so stellt er sich 100 Jahre später auf 34 %.

Deutlich spiegelt sich diese Entwicklung in der in Abbildung 11 dargestellten Alterspyramide wider. In dieser Graphik sind der altersstrukturelle Aufbau der Jahre 1976 und 2076 übereinandergedruckt. (Das Zeichen + stellt dabei die Situation des Jahres 1976, das Zeichen o die des Jahres 2076 dar.) War schon die Alterspyramide des Ausgangsjahres der Prognose durch die infolge der rückläufigen Geburtenzahlen eingetretene Einschnürung an der Basis und durch die Einbrüche verschiedener exogener Faktoren (Kriege, Weltwirtschaftskrise) kaum noch mit dem Idealbild einer Pyramide gleichzusetzen, so ist der Altersaufbau des Jahres 2076 noch weiter entfernt von diesem Ideal. Eher ließe sich der Altersaufbau mit einer leicht deformierten Birne vergleichen, wobei die rechtsseitige Verformung auf den Frauenüberschuß zurückzuführen ist.

1) Hans W. Jürgens, Sozialpsychologische Aspekte eines Bevölkerungsrückgangs, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1/77, Seite 9.

2) Die Prognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NW geht bei der Einwohnerprognose für Dortmund bis zum Jahre 1990 von jährlichen Einwohnerverlusten von ca. 2.700 Personen aus. Vgl. Beiträge zur Statistik des Landes NW, Heft 373.

Aufgrund der Verlagerung des Altersschwerpunktes zugunsten der älteren Bevölkerung wird die Belastung der Erwerbstätigen durch die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Bevölkerungsteile immer drückender, die Belastung durch noch nicht am Erwerbsleben teilnehmende Menschen immer geringer. Geht man davon aus, daß die unter 20jährigen (wegen der länger werdenden Ausbildungszeiten) und die über 60jährigen (wegen vorgezogener Pensionierung, Invalidität, Freisetzung) zum Kreis derer gehören, die in die Belastungsquote eingehen, so wird sich bis zum Jahre 2076 das Verhältnis der "Belastenden" zu den "Belasteten" von 46,6 % (1976) um ca. 4 % auf rd. 49 % erhöhen. Dabei verschiebt sich das Gewicht der beiden belastenden Gruppen innerhalb dieser Quote erheblich. Im Jahre 1976 haben die Kinder und Jugendlichen einen Anteil an der Belastungsquote von mehr als 55 %, im Jahre 2076 hingegen nur noch von gut 30 %.

Die aus der Veränderung der Belastungsquote resultierenden finanziellen Belastungen dürften im übrigen noch stärker ins Gewicht fallen, als es durch die hier aufgeführten Anteilzahlen zum Ausdruck kommt.

Welche Veränderungen im Altersaufbau zwischen diesen beiden Zeitpunkten eintreten werden und welche Entwicklungsverläufe für die Gruppe der Jugendlichen, der Erwerbspersonen sowie der Rentner daraus resultieren, soll im folgenden einer näheren Analyse unterzogen werden.

#### 1.4 Folgerungen

Die im folgenden zu behandelnde Entwicklung und die daraus abzuleitende Problematik ist - wie bereits an anderer Stelle angedeutet (vgl. 4.1.3.1) - u. a. eine Folge des Geburtenanstiegs bis etwa Mitte der 60er Jahre. Der daraus resultierende Geburtenberg bewegt sich durch sämtliche Lebensbereiche fort. "Die Gipfelpunkte dieses "wandernden Berges" signalisieren die zu erwartenden Probleme in den einzelnen Bereichen des Bildungssystems, an der Nahtstelle zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie im Rentensystem".<sup>1)</sup>

Als Folge dieses Geburtenbooms jener Jahre steigt die Zahl der 15 bis unter 60 Jahre alten Menschen von rd. 375 000 im Jahre 1976 um 2,8 % auf ca. 385 000 Personen im Jahre 1980 (vgl. Tabelle 28). Von da ab wird ihre Zahl schrumpfen, wenngleich erst zum Ende der 80er Jahre das 76er Niveau wieder unterschritten sein wird (Vgl. Abb 12). Der Anstieg der Erwerbspersonenzahl trifft in naher Zukunft zusammen mit rückläufigen Raten des Wirtschaftswachstums, so daß sich erhebliche Probleme für die Arbeitsmarktpolitik ergeben werden. Bereits heute ist absehbar, "... daß die niedrigen Arbeitslosenquoten früherer Jahre endgültig der Vergangenheit angehören".<sup>2)</sup>

Eine Entlastung für den Arbeitsmarkt tritt erst gegen Ende dieses Jahrhunderts durch die dann abnehmenden Erwerbspersonenzahlen ein.

Neben diesen quantitativen Problemen auf dem Arbeitsmarkt werden strukturelle Probleme größeren Ausmaßes auftreten, die aus dem Bildungssystem herrühren. In der Vergangenheit war es infolge des starken Wirtschaftswachstums ohne größere Schwierigkeiten möglich, Hochschulabsolventen in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. In Zukunft wird vor allem der öffentliche Dienst nicht mehr in der Lage sein, die Menge an Akademikern aufzunehmen wie bisher. Dadurch wird ein Verdrängungsprozeß eingeleitet, der zuungunsten der ausbildungsmäßig Minderqualifizierten ablaufen wird.

1) Battelle-Information 24, S. 5.

2) Ebenda, S. 11.

Abb. 12

# Die Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Dortmund zwischen 1976 und 2076

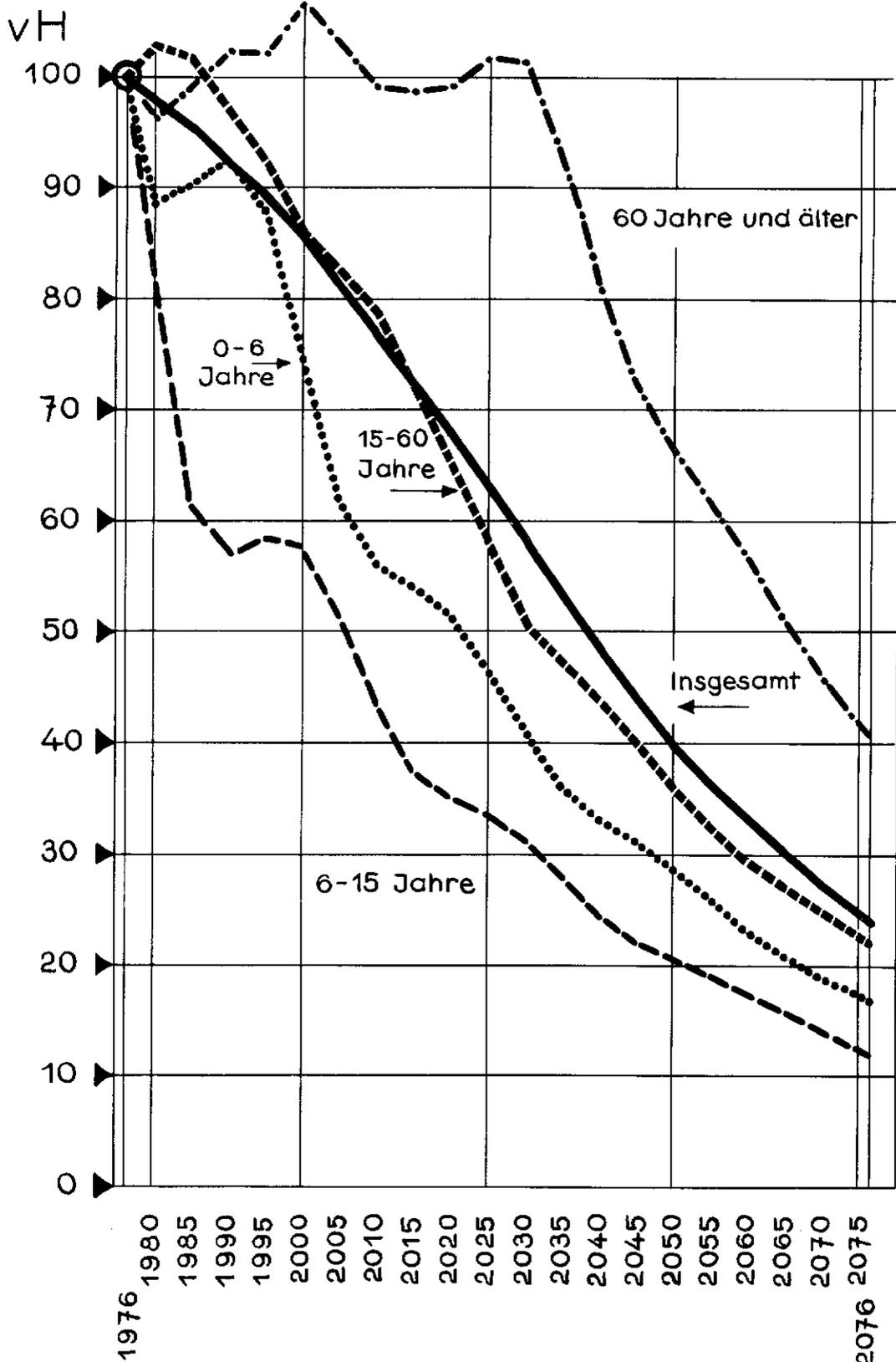


Tabelle 30 Die Entwicklung der Altersstruktur der Dortmunder Bevölkerung zwischen 1976 und 2076

Jahr	Von 0 bis unter 6 Jahren	Von 6 bis unter 15 Jahren	Von 15 bis unter 60 Jahren	60 Jahre und älter	I n s g e s a m t
1976	34 676	80 983	374 790	127 591	618 040
1980	30 700	66 700	385 200	123 100	605 800
1985	31 400	49 400	381 800	126 800	589 300
1990	32 100	46 000	363 800	130 400	572 300
1995	30 400	47 300	345 800	129 900	553 300
2000	25 700	46 700	322 300	135 800	530 500
2005	21 400	41 800	309 600	131 200	504 100
2010	19 400	34 900	295 200	126 200	475 800
2015	18 700	30 200	272 500	125 800	447 300
2020	17 900	28 300	246 300	126 400	418 800
2025	16 200	27 200	216 800	129 700	389 900
2030	14 100	25 400	191 700	129 200	360 400
2035	12 500	22 500	177 900	117 500	330 400
2040	11 500	19 700	166 100	103 600	300 800
2045	10 700	17 800	152 000	92 400	272 900
2050	9 900	16 500	136 500	84 500	247 400
2055	8 900	15 300	122 000	78 500	224 800
2060	7 900	14 000	110 700	72 100	204 800
2065	7 200	12 500	101 800	65 100	186 600
2070	6 600	11 200	93 500	58 400	169 700
2075	6 000	10 200	85 000	52 800	154 100
2076	6 000	10 000	83 300	51 900	151 200

Im Bereich der Altersgruppe über 60 Jahre sind bis etwa zu Anfang der 80er Jahre aufgrund der Einwirkungen des 1. Weltkrieges, die sich in der Alterspyramide der Dortmunder Bevölkerung deutlich durch entsprechende Einschnitte abzeichnen (vgl. Abb. 2), sinkende Bestandszahlen zu beobachten. Im Anschluß an diese Phase wird eine Entwicklung einsetzen, die um die Jahrtausendwende mit gegenüber 1976 rd. 8 % mehr Menschen im Alter von über 60 Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Da zur gleichen Zeit die Erwerbspersonenzahl ein im Vergleich zum Ausgangsjahr um rd. 14 % niedrigeres Niveau erreicht hat, werden für das Rentensystem erhebliche Probleme erwachsen.

In den Folgejahren wird sich die Lage insoweit leicht entspannen, als die Zahl der Rentner permanent sinken und im Jahre 2015 in etwa wieder den Stand von 1985 erreichen wird. Aufgrund des Geburtenberges der 50er und 60er Jahre wird die rückläufige Entwicklung der Rentnerzahlen aufgefangen durch einen zweiten Rentnerberg, der gegen Anfang der 30er Jahre des nächsten Jahrhunderts überschritten sein dürfte.

Steigende Rentnerzahlen führen bei insgesamt abnehmender Bevölkerung zu einer erhöhten Belastung der Erwerbsbevölkerung. Zwischen 1976 und dem Endjahr der Prognose steigt diese Belastung von 20,7 um über 63 % auf 33,9 an. D.h. kamen zu Anfang des Betrachtungszeitraumes 207 ältere Menschen auf 1000 der Bevölkerung, so erhöht sich diese Zahl innerhalb eines Jahrhunderts auf 339.

Tabelle 31 Die Belastungsquote in Dortmund zwischen 1976 und 2076

J a h r	Belastung durch		Belastungsquote insgesamt
	unter 20jährige	60jährige u. ältere	
1976	25,9	20,7	46,6
1980	23,9	20,3	44,2
1985	20,9	21,5	42,4
1990	18,7	22,8	41,5
1995	18,6	23,5	42,1
2000	18,5	25,6	44,1
2005	17,8	26,0	43,8
2010	16,6	26,5	43,1
2015	15,6	28,1	43,7
2020	15,2	30,2	45,4
2025	15,2	33,3	48,5
2030	15,2	35,9	51,1
2035	15,0	35,6	50,6
2040	14,7	34,4	49,1
2045	14,6	33,8	48,4
2050	14,8	34,2	49,0
2055	15,0	34,9	49,9
2060	15,0	35,2	50,2
2065	14,9	34,9	49,8
2070	14,8	34,4	49,2
2075	14,8	34,3	49,1
2076	14,6	33,9	48,5

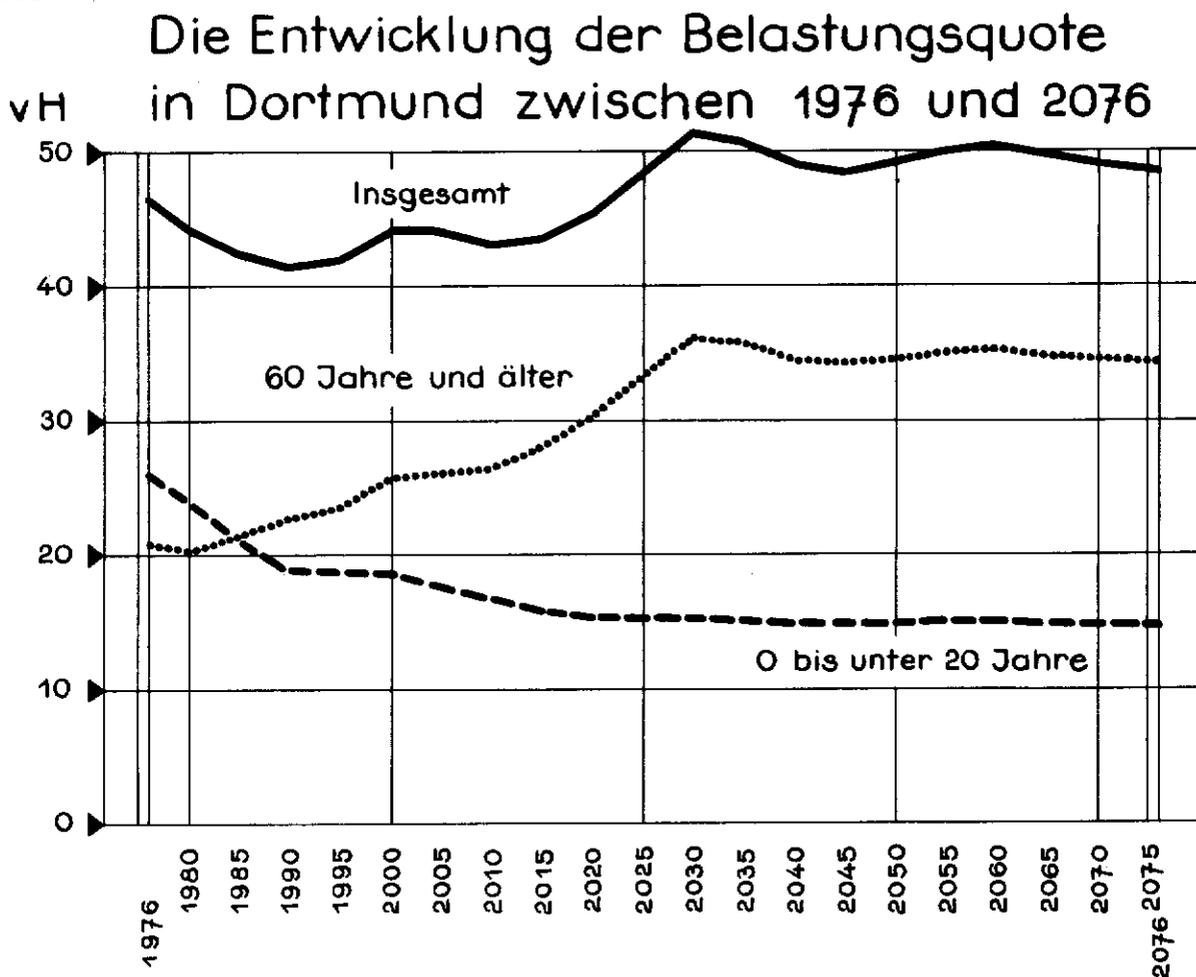
Infolge der zyklischen Entwicklung des Bestandes älterer Menschen liegt die Belastung zwischenzeitlich sogar noch höher als im Jahre 2076. Wie aus Tab. 31 zu entnehmen ist, erreicht sie zur Zeit des zweiten Rentnerberges um das Jahr 2030 mit ca. 36 den höchsten Wert überhaupt.

Entgegengesetzt zu dieser Entwicklung verläuft die Entwicklung der Belastung durch jüngere Menschen. Der Wert der entsprechenden Quote liegt im Jahre 1976 noch bei 25,9, im Jahre 2076 hingegen nur noch bei rd. 15. Bereits zur Mitte der 80er Jahre übersteigt die Belastung durch ältere Menschen die durch jüngere. Von da ab öffnet sich die Schere immer mehr. Diese Entwicklung kommt in der Abbildung 13 deutlich zum Ausdruck.

Durch die ständig sinkende Zahl an Kindern und Jugendlichen wird sich auch der Schülerbestand permanent rückläufig entwickeln. Als Folge davon tritt eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation ein. Um das Jahr 1990 dürfte zunächst einmal ein vorläufiger Tiefstand erreicht sein. Dann hat sich nach den Werten der Prognose der Bestand dieser Altersgruppe gegenüber 1976 nahezu halbiert. Bis zum Beginn der Jahrtausendwende werden die Bestände wieder leicht über dem Niveau der 80er Jahre liegen. Diese Zunahme hat ihre Ursache in dem Anstieg der Geburten in der Zeit von etwa 1980 bis 1990. Das Anwachsen der Geburtenzahlen geht vornehmlich zurück auf Verschiebungen innerhalb des weiblichen Bevölkerungsbestandes zugunsten geburtenfreudiger Jahrgänge (vgl. 4.1.3.1). Die in den folgenden Jahren laufend abnehmenden Geburtenzahlen führen dann auch zu einem Sinken der Bestände in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen.

Die weiter oben beschriebenen Entwicklungsverläufe mit ihren Problemen sind demographisch bedingt und von daher mehr oder weniger als gegeben anzusehen. Welche Möglichkeiten der Einflußnahme auf diese Entwicklungen aber dennoch bestehen, wird in Abschnitt C dargelegt.

Abb. 13



## 2. Verteilungsstrukturen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt beschrieben worden ist, wie sich die unter bestimmten Annahmen zu erwartende Einwohnerentwicklung nach Altersbereichen gestalten wird, soll nunmehr der Versuch unternommen werden aufzuzeigen, zu welchen Veränderungen in der räumlichen Einwohnerverteilung die zukünftigen Einwohnerverluste führen werden.

Man muß sich nun allerdings von vornherein darüber im klaren sein, daß die Prognose von Einwohner-Verteilungsstrukturen ungleich schwieriger ist als die Ermittlung prognostischer Einwohnergesamtbestergebnisse, da der Darlegung von Verteilungsstrukturen eine kleinräumigere Betrachtung mit den dann um so größeren Unsicherheiten bei den Prämissen zugrunde gelegt werden muß. Es hat deshalb keinen Sinn, für Teile des Dortmunder Stadtgebietes - etwa für die 12 Stadtbezirke - Einwohnerbestandszahlen vorzulegen, die bis hin zum Jahre 2.076 die räumliche Aufteilung des zu erwartenden Einwohnergesamtbestergebnisses erkennen lassen. Eine solche Rechnung wäre mit zu vielen Unwägbarkeiten behaftet und deshalb letztlich auch unverantwortlich.

Stattdessen sollen lediglich einige Entwicklungstrends, soweit sie auf die räumliche Einwohnerverteilung Einfluß nehmen, verbal beschrieben werden.

Seit geraumer Zeit ist in der Bundesrepublik Deutschland - und nicht nur hier - eine beträchtliche Verringerung des Bevölkerungsanteils der Kernstädte zu beobachten, der zunehmende Bevölkerungsanteile in den angrenzenden Zonen gegenüberstehen. Insgesamt ist somit eine gleichmäßigere Verteilung der Einwohner über die Fläche eingetreten. Allerdings darf man diesen Vorgang nicht so verstehen, als hätten dünn besiedelte ländliche Gebiete sich auf Kosten der hochverdichteten Gebiete aufgefüllt; vielmehr haben von der Einwohnerumverteilung jene Räume an den Rändern der alten Verdichtungsgebiete profitiert, die bisher schon einen gewissen Verstädterungsgrad erreicht hatten.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind unterschiedlicher Art. Ein wichtiger Bestimmungsgrund muß darin gesehen werden, daß der Städtebau bis in die jüngste Vergangenheit wohnungsorientiert war. Wegen der Kriegsfolgen hatte der Wohnungsbau, der am kostengünstigsten am Rande der Ballungszentren erfolgen kann, unbedingte Priorität. Dabei wurde der quantitativen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum besondere Bedeutung beigemessen. Erst vergleichsweise spät wurde beachtet, daß der Wohnungsbau städtebauorientiert sein muß, er also nur Teil einer integrierten städtischen Gesamtplanung sein kann.

Ein weiterer Grund für die gleichmäßigere Einwohnerverteilung liegt in der eigentumsorientierten Wohnungsbaupolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Diese von gesellschaftlichen Wertvorstellungen getragene Politik hatte zur Folge, daß das Einfamilienhaus sich zum Statussymbol entwickelte und damit zur bevorzugten Wohnform wurde. So kam es dazu, daß am Rande der Kernstädte neue Vororte entstanden, die Einwohner aus den Kernstädten aufnahmen und somit zu einer Verringerung der dortigen Einwohnerdichten beitrugen.

Eine weitere Ursache für die gleichmäßigere Einwohnerverteilung ist darin zu sehen, daß das Wohnen in den Kerngebieten zu teuer oder aus Gründen ungünstiger Wohnbedingungen (Lärm, Verkehr, Luftverschmutzung, keine Spielflächen für Kinder usw.) immer unattraktiver wurde und deshalb die Betroffenen es vorzogen, ins wohnlichere Umland zu ziehen.

Für die Stadt Dortmund hatte dieser Prozeß die Ergebnisse zur Folge, die im Abschnitt A im einzelnen beschrieben worden waren:

1. Die Einwohnerverteilung ist in Dortmund (insgesamt gesehen) gleichmäßiger geworden.
2. Auch in den Kernbereichen der Haupt- und Nebenzentren ist - wenn man einmal von Scharnhorst absieht - keine nennenswerte Einwohnerverdichtung eingetreten; vielmehr sind auch hier durchweg überdurchschnittliche Einwohnerverluste zu verzeichnen gewesen.
3. Abgesehen von Mengede war es der östliche und südliche Stadtgebietsbereich, der von der Einwohnerumverteilung profitierte (soweit die Verlegung des Wohnsitzes nicht sogar über die Stadtgrenze hinausführte); ihm stehen die übrigen Gebietsteile mit teilweise großen Einwohnerverlusten gegenüber. Als Folge dieser Entwicklung wanderte der geographische Einwohnermittelpunkt nach Osten.

Legen wir uns nun die Einflußfaktoren vor, die eine weitere Einwohnerumverteilung zu Lasten der dichter besiedelten Zentren erwarten lassen:

- Der Wunsch zum Eigenheim (auch als Statussymbol), der durchweg nur außerhalb der Kernbereiche (wenn überhaupt) realisierbar ist, ist weiterhin ungebrochen.
- Die negativen Erfahrungen mit Hochhäusern lassen angesichts einer weiteren Entspannung auf dem Wohnungsmarkt mit flächenextensiveren Bauweisen rechnen.
- Die Umweltbelastungen bleiben auch in Zukunft in den aufgelockerteren Siedlungsgebieten außerhalb der Kernbereiche in der Regel geringer.
- Nicht nur wegen der geringeren Umweltbelastung wird trotz vorhandener Nachteile der Wohnwert von Wohngebieten außerhalb der Kernbereiche weiterhin vergleichsweise hoch veranschlagt werden.
- Wegen des von der rückläufigen Einwohnerentwicklung ausgelösten Rückgangs des Verkehrsaufkommens werden das Haupt- und die Nebenzentren leichter erreichbar sein; Weg-Zeit-Entfernungen werden somit an Bedeutung verlieren.
- Haushalte mit hoher Personenzahl werden außerhalb der Kernbereiche vergleichsweise gute Wohn- und Lebensvoraussetzungen vorfinden, während kleinere Haushalte - insbesondere Ein-Personen-Haushalte - mehr die Kernbereiche bevorzugen werden; jedenfalls werden die von der Personenzahl her großen Haushalte überwiegend außerhalb der Zentren ihren Wohnsitz suchen.

Einer einwohnermäßigen Zersiedlung entgegenwirken werden vor allem folgende Faktoren:

- Entsprechend den Zielvorstellungen der Stadtentwicklungsplanung zum multizentrischen Modell soll die Bautätigkeit in den Kernbereichen mehr als in den Randbereichen aktiviert werden.
- Eine Energieverteuerung, die mit Sicherheit eintreten wird, könnte ein energiekostenorientierteres Wohnen (in den Kernbereichen) bewirken. Insoweit stellen auch die jetzigen Dortmunder Einpendler potentielle Zuwanderer dar.
- Mit dem Rückgang der Einwohnerzahl müssen sich die Bemühungen um eine Einwohnerkonzentrierung verstärken, weil sonst die Infrastrukturkosten finanziell für den einzelnen untragbar werden.

Die gesamten Einflußfaktoren zu quantifizieren und in ihrer sich verstärkenden und gegenseitig abschwächenden Wirkung abzuschätzen ist nicht möglich. Aber es scheint so, als würden - man denke in diesem Zusammenhang an die großen Städte der USA - die raumwirksamen Kräfte der Zersiedlung überwiegen.

In diesem Zusammenhang spielt die Frage eine große Rolle, inwieweit die zu erwartende Wohnbautätigkeit, die ja in gewissem Umfang räumlich gelenkt werden kann, die zukünftige Einwohnerverteilung mitbestimmt.

Um auf diese Frage eine Antwort geben zu können, ist mit Hilfe der Korrelationsrechnung für den Zeitraum 1968/1976 untersucht worden, wie eng der Zusammenhang zwischen der Veränderung des Wohnungsbestandes und der des Einwohnerbestandes ist. Als räumliche Bezugseinheiten wurden bei der Berechnung Raster der Größe 500 x 500 m zugrundegelegt.

Als Ergebnis der Berechnung ergab sich ein (Pearson-Bravais'scher) Korrelationskoeffizient von 0,76. Zur Erläuterung des Wertes sei gesagt, daß bei einem Wert von 1,0 ein vollkommener und bei einem Wert von 0,0 ein nicht vorhandener Zusammenhang errechnet worden wäre. Der für unsere Fragestellung ermittelte Koeffizient von 0,76 läßt somit einen Zusammenhang zwischen der Wohnbautätigkeit und der Einwohnerverteilung erkennen, wenngleich die Wohnbautätigkeit die Einwohnerverteilung nicht ausschließlich bestimmt.<sup>1)</sup> Aber immerhin kann gesagt werden, daß in der zukünftigen räumlichen Wohnungsbaupolitik ein Instrument gesehen werden kann, auf die Verteilung der Einwohner im Stadtgebiet Einfluß zu nehmen.

Besondere Präferenzen bei der zu erwartenden Wohnbautätigkeit wird zumindest in diesem Jahrhundert weiterhin der östliche und südliche Raum aufweisen, der sich bereits bei der Ermittlung der Attraktivitätsziffern im Rahmen der Umzugsstatistik als besonders begünstigt erwiesen hatte. Andererseits ist Menge, in dem die Wohnbautätigkeit in der Vergangenheit überdurchschnittlich groß war, ein Beispiel dafür, daß auch in weniger begünstigten Räumen des Stadtgebietes räumliche Einwohnerverteilungspolitik (über die Wohnungsbaupolitik) erfolgreich betrieben werden kann. Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß angesichts rückläufiger Einwohnerzahlen zukünftig mehr als in der Vergangenheit die Qualität eines Standortes dafür entscheidend sein wird, ob eine neue Wohnung angenommen wird oder nicht.

<sup>1)</sup> Andere Einflußfaktoren sind beispielsweise das Alter der Wohngebäude und die Belegung der Wohnungen mit Ausländern.

Als Ergebnis bleibt somit festzuhalten, daß neben einer Einwohnerverlagerung in Richtung Süd-Ost, die als ein über die Stadtgrenzen hinausgehender Prozeß anzusehen ist, eine einwohnermäßige Entdichtung der Kerne des Haupt- bzw. der Nebenzentren wahrscheinlich ist.

Aber selbst wenn man unterstellen würde, daß das Haupt- und die Nebenzentren in ihren Kernbereichen nur durchschnittliche Einwohnerverluste hinnehmen müßten, würden sich einige Fragen stellen, auf die Antwort zu geben sich die Verfasser als Statistiker jedoch nicht berufen fühlen:

- Ist bei dem prognostizierten Einwohnerrückgang ein multizentrisches Modell mit 10 Zentren noch haltbar?
- Sind einige öffentliche Infrastruktureinrichtungen (etwa im technischen Bereich) nicht schon bald überdimensioniert und damit aus wirtschaftlichen Gründen in der Unterhaltung untragbar?
- Wird der mit dem Einwohnerrückgang verbundene Kaufkraftrückgang nicht letztlich zu einem räumlich völlig anders ausgerichteten Angebot privater Dienstleistungen führen und dann eine weitere Zersiedlung bewirken?

Die gestellten Fragen werden um so weniger drängend sein, je mehr es gelingt, mit Maßnahmen der Gegensteuerung den Einwohnerrückgang zu mindern. Von den diesbezüglichen Möglichkeiten sollen im nachfolgenden Kapitel C einige erörtert werden.

## C EINIGE GEDANKEN ZU MASSNAHMEN DER GEGENSTEUERUNG

### 1. Allgemeines

Wenn nunmehr in einem dritten Hauptteil der Versuch unternommen wird, einige Maßnahmen zu erörtern, mit denen den zuvor beschriebenen negativen Entwicklungstendenzen entgegengesteuert werden kann, so geschieht dies in erster Linie, um das gestellte Thema abrundend zu behandeln. Der Schwerpunkt der Ausführungen lag auf den beiden vorangegangenen Hauptteilen; insoweit haben die nachfolgenden Erörterungen keine erschöpfende Zielsetzung, sondern lediglich ergänzenden Charakter. Wegen der Unbeeinflussbarkeit der durch die hohen Geburtenzahlen der 50er und 60er Jahre ausgelösten Schüler-/Studenten-/Erwerbspersonen- und Rentnerberge - ihnen kann einzig durch entsprechende Kapazitätsausweitung im Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt entgegengewirkt werden - müssen sich zudem die Darlegungen auf Maßnahmen zur Beeinflussung der räumlichen Mobilität und des generativen Verhaltens beschränken.

Die jährliche Bevölkerungsumwälzung von 110- bis 120.000 Einwohnern in Dortmund und die damit verbundenen innerstädtischen Umstrukturierungen führen zu erheblichen Planungsunsicherheiten. Für diesen Bewegungsprozeß sind die Geburten mit 5, die Todesfälle mit 8, die Zuzüge mit 17, die Fortzüge mit 26 und die Umzüge mit 44 % ausschlaggebend. Führt man sich vor Augen, daß die räumliche Mobilität - also 87 % der Bevölkerungsveränderungen - in hohem Maße (negativ) selektiv wirkt (einseitige soziale und altersmäßige Einwohnerstrukturen), so kommt der insbesondere innerstädtischen Steuerung dieser Wanderungen eine große Bedeutung zu. Aus der Sicht einer Großstadt ist zudem eine anhaltende Abwanderung der Bevölkerung und die negative Geburtenbilanz eine bedrohliche Entwicklung, da sie die Funktionsfähigkeit der Stadt u.a. vor folgende Probleme stellt:<sup>1)</sup>

- Erhöhung des Pendlervolumens
- Zunahme des Verkehrsaufkommens und der Umweltbelastung
- Verödung der Innenstädte nach Geschäftsschluß (mit steigender Kriminalität)
- Sinkendes Steueraufkommen
- Unterauslastung der Infrastruktur

Politiker und Planer sind daher (oder sollten jedenfalls) gleichermaßen bestrebt sein, den negativen Entwicklungserscheinungen der räumlichen Mobilität und der rückläufigen Geburtenentwicklung entgegenzuwirken.

Nun sind allerdings die Ursachen dieser Erscheinungen mannigfaltig, Maßnahmen der Gegensteuerung deshalb auch äußerst schwierig. Die Verhaltensmotive werden insbesondere bestimmt durch<sup>2)</sup>

- die Bevölkerungsstruktur  
Familienstand und Geschlecht, Altersgruppen, Schulabschluß, Ein- und Mehrpersonenhaushalte, Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf u.a.
- die Wohnungs- und Gebäudestruktur  
Wohnverhältnisse und Familiengröße, Familienbildungsprozeß, Eintritt ins Berufsleben und Karriere, Image der Wohngegend u.a.
- die Arbeitsplatzverteilung  
Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen und -abteilungen, Pendlerverflechtungen u.a.

Als Ansatzpunkt zur Reduzierung der Bevölkerungsabwanderung bleiben bei dieser Motivvielfalt die folgenden Maßnahmeansätze<sup>3)</sup>

- Der Verdrängungswettbewerb zwischen der Wohnnutzung und anderen (zumeist aus betriebswirtschaftlicher Sicht rentableren) Nutzungen ist in den Zentren der Großstädte zu verhindern.

1) Hans Heuer/Rudolf Schäfer, Möglichkeiten der Beeinflussung kleinräumiger Wanderungsprozesse in großstädtischen Verdichtungsgebieten, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, 1976.

2) Siehe u.a. Arbeitshilfe für Wanderungsmotivuntersuchungen, Deutscher Städtetag, Reihe H, Heft 7.

3) S. Heuer/Schäfer, a.a.O., S. 158.

- Die Wohnattraktivität der Großstädte ist durch Verbesserung der Wohnungs- und Wohnumweltqualität zu erhöhen<sup>1)</sup>.

Neben der räumlichen Mobilität ist es das generative Verhalten, auf das eingewirkt werden muß, will man nicht langfristig außerordentlich hohe Einwohnerverluste und äußerst ungünstige Verschiebungen in der Altersstruktur hinnehmen.

Auf denkbare Einflußmöglichkeiten wird in Kapitel 4 hingewiesen.

## 2. Steuerung der Gebäudenutzung

Zur Steuerung der Gebäudenutzung im Sinne einer Verhinderung des Verdrängungswettbewerbs zwischen Wohn- und gewerblicher Nutzung stehen dem Politiker und Planer (bedingt) das Instrumentarium des Städtebaurechts und des Gesetzes zur Verbesserung des Mietrechts... zur Verfügung.

Nach der Baunutzungsverordnung ist Wohnbebauung in nahezu allen Bebauungsplangebieten möglich. Eine unmittelbare Beeinflussungsmöglichkeit im Sinne einer Festsetzung der Gebäudenutzung zu ausschließlich Wohnzwecken ergibt sich bisher aus der BauNVO nicht. Eine weitgehende Ergänzung hat das Bundeskabinett am 31.05.1977 im Umlaufverfahren gebilligt, die zum 01.10.77 in Kraft getreten ist. Danach werden den Gemeinden u.a. folgende Steuerungsmöglichkeiten eingeräumt:

- in Baugebieten oder Teilen von ihnen können bestimmte Nutzungen untersagt oder verbindlich vorgeschrieben werden,
- es können "besondere Wohngebiete" ausgewiesen werden, die durch bestimmte öffentliche Einrichtungen einen besonderen Charakter haben und entsprechend weiterentwickelt werden sollen,
- "städttebaulich problematischen" Großbetrieben des Einzelhandels (z. B. Einkaufszentren) können bestimmte Standorte zugewiesen werden.

Das Bundesbaugesetz sah zunächst keine direkten Maßnahmen zur Verhinderung des Verdrängungswettbewerbs vor. Erst mit der Neufassung des BBauG (BGBl. I, 1976, S. 2257) wird den Planern mit der verbindlichen Nutzungsfestlegung (§ 9, Abs. 1, Nummer 7 bis 9) und dem Nutzungsgebot (§ 39 c) sowie dem Bau- und Abbruchgebot (§ 39 b und d) unter bestimmten Voraussetzungen eine direkte Steuerungsmöglichkeit an die Hand gegeben.

Mit dem "Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen" vom 04.11.1971 (BGBl. I, 1971, S. 1745) wurde eine ungleich besser zu nutzende Möglichkeit der Steuerung des Verdrängungswettbewerbs geschaffen. Nach Art. 6 dieses Gesetzes können die Landesregierungen durch Rechtsordnung für einzelne Gemeinden oder Gemeindeteile bestimmen, daß vorhandener Wohnraum nur mit ausdrücklicher Genehmigung anderer Nutzungen als Wohnzwecken zugeführt werden darf. Erforderliche Voraussetzung wäre allerdings, daß die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen in diesen Gebieten besonders gefährdet ist. Damit wäre die Zweckentfremdungsverordnung nur für wohnungswirtschaftliche und nicht für stadtplanerische Zwecke anwendbar. Allerdings hat die nordrhein-westfälische Landesregierung von diesem Gesetz erst in wenigen Fällen Gebrauch gemacht.

Maßnahmen zur Förderung der Wohnungsmodernisierung sind durch

- das Städtebauförderungsgesetz (in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten)
- die Modernisierungsrichtlinien des Bundes
- die Modernisierungsprogramme der Länder und
- verschiedene Konjunkturprogramme

gegeben. Da die Inanspruchnahme dieser Mittel jeweils mit bestimmten Auflagen verbunden ist (Modernisierungszonen, Mietbindung, u.a.), kann es sich in dieser Form um kein allgemein anwendbares Steuerungsmittel handeln. Im Gegensatz dazu kann jedoch ein erwünschtes Maß an Wohnqualität mit dem Instandsetzungsangebot des § 39 e der Neufassung des BBauG erreicht werden.

<sup>1)</sup> Die Arbeitsplatzverteilung ist bei der heute gegebenen verkehrsmäßigen Mobilität der Beschäftigten von untergeordneter Bedeutung.

Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Steuerung der Gebäudenutzung bieten somit lediglich in begrenztem Umfang die Chance, auf die räumliche Mobilität einzuwirken. Um so mehr muß es aber das Ziel sein, den vorhandenen Spielraum zu nutzen, um bedrohlichen Entwicklungen - etwa der weiteren Entleerung der Innenstadt - so gut es geht entgegenzuwirken, denn wie im Kapitel B 2. dargelegt wurde, ist gerade die regionale Wohnungsbaupolitik ein wichtiges Instrument zur Steuerung der Einwohnerverteilung. Dies ist auch in Verbindung mit den nachfolgend aufgeführten Maßnahmen zu sehen.

### 3. Erhöhung der Wohnungs- und Wohnumweltqualität

In allen Untersuchungen zum Wanderungsverhalten der Bevölkerung<sup>1)</sup> wird herausgestellt, daß Umzugsentscheidungen insbesondere von Unzulänglichkeiten der bisherigen Wohnsituation abhängen. Es ist daher naheliegend, mit den Maßnahmen zur Gegensteuerung bei der Verbesserung der Wohnqualität anzusetzen. Das Deutsche Institut für Urbanistik stellt daher in der Difu-Arbeitshilfe 4 zur räumlichen Entwicklungsplanung<sup>2)</sup> einen Katalog von mehr als 70 Vorschlägen zu diesem Thema vor. So werden u.a. Maßnahmen

- zur Schaffung verkehrsberuhigter Zonen
- zur Steuerung des ruhenden Verkehrs
- des Immissions- und Lärmschutzes
- der Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs
- des Ausbaus und der Erweiterung der sozialen Infrastruktur
- der Sicherung der privaten Einzelhandelsversorgung
- des Ausbaus von Frei-, Grün- und Sportflächen
- der Ordnung des Verhältnisses Wohnnutzung zu anderen Nutzungen
- der Festlegung des Maßes der städtebaulichen Nutzung
- der Sicherung und Verbesserung der Stadtgestalt
- der Anregung und Durchführung von privaten Instandsetzungsmaßnahmen

angeführt. Auf sie im einzelnen einzugehen ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, aber auch nicht nötig, da spätestens mit der Etablierung der Stadtentwicklungsplanung die genannten Ziele zum selbstverständlichen Programminhalt der Planung gehören. Zudem läßt sich bei all diesen Vorschlägen "mit den Instrumenten der empirischen Sozialforschung nicht ermitteln, wie sich einzelne Maßnahmen auf die Wanderungsbilanz auswirken."<sup>3)</sup> So bleibt es letztlich dem Geschick und dem Durchsetzungsvermögen des einzelnen Politikers bzw. Planers überlassen, problemadäquate Strategie(n) zur Eindämmung des Abwanderungsstromes zu finden.

1) S.u.a. Prognos AG, Qualitativer und quantitativer Wohnungsbedarf und Wanderungen in der Freien und Hansestadt Hamburg, Basel 1976; Baldermann/Hecking/Knauß, Wandermotive u. Stadtstruktur, Schriftenreihe 6 des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart, Stuttgart 1976; Langenheder, Werner, Ansatz zu einer allgemeinen Verhaltenstheorie in den Sozialwissenschaften, Köln und Opladen 1968; sowie die vielfältigen Veröffentlichungen von Städten und Verbänden zu Wandermotivbefragungen.

2) Räumliche Entwicklungsplanung, Arbeitshilfe 4, Heft 2: Innenstadtnahes Wohnen - Bestandssicherung und Wohnqualitätsverbesserungen in innerstädtischen Gebieten, DIFU, Berlin 1977.

3) Landwehrmann, F., Das Ruhrgebiet - sein sozialer Hintergrund, Schriftenreihe des SVR, Band 31, Essen 1970.

#### 4. Beeinflussung des generativen Verhaltens

Zu Beginn dieses Kapitels wurde dargelegt, daß an der gesamten Bevölkerungsumwälzung die Geburten mit ca. 5 % und die Todesfälle mit ca. 8 % - die gesamte natürliche Bevölkerungsbewegung mithin mit etwa 13 % - beteiligt sind. Das mag gering erscheinen, ist es sicherlich auch, wenn man sich nur die Entwicklung eines Jahres vor Augen führt. Bei längerfristiger Betrachtung hingegen - es sei an die Ergebnisse des zweiten Kapitels erinnert - gewinnt die natürliche Bevölkerungsbewegung im Hinblick auf Veränderungen des Einwohnerbestandes und der altersmäßigen Einwohnerzusammensetzung immer mehr an Gewicht; das Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen wird zunehmend die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Städte, ja deren Zukunft überhaupt, bestimmen.

Da nun die Sterblichkeit infolge biologischer Sachzwänge in zeitlicher Hinsicht kaum noch veränderbar ist, bleibt nur die Möglichkeit der Beeinflussung des generativen Verhaltens, um die natürliche Bevölkerungsbewegung in ein ausgewogeneres Verhältnis zu bringen.

In mehrfacher Hinsicht zeigen sich jedoch die Grenzen der Aktivierung des Fruchtbarkeitsverhaltens.

Zunächst einmal ist das Thema Bevölkerungspolitik auch heute noch stark tabuisiert, obwohl seit Zusammenbruch des Dritten Reiches, in dem bevölkerungspolitische Ziele staatlicherseits besondere Wertschätzung erfuhren, weit mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen ist. Zwar stellt sich in der Bevölkerung wie unter Politikern angesichts alarmierender Ergebnisse von Bevölkerungsprognosen ein wachsendes Problembewußtsein ein; doch zu einer aktiven Bevölkerungspolitik ist es bisher nicht gekommen.

Nun muß Bevölkerungspolitik nicht unmittelbar betrieben werden, sie kann auch über Wohnungsbau-, Arbeitsmarkt-, Steuer-, Familienpolitik usw. indirekt zur Wirkung gebracht werden. Da dies in der Vergangenheit - wenn auch oft ungewollt - allemal der Fall war, stellt sich, nachdem die Geburten gleichwohl so rapide gesunken sind, nunmehr jedoch die Frage, ob die Effizienz dieser Mittel gesteigert werden muß. Um nicht mißverstanden zu werden - die Verfasser wollen nicht einer Bevölkerungspolitik das Wort reden, die bis hin zum Mutterkreuz besondere Gebärleistungen prämiert, um letztlich wieder zu Bevölkerungszuwächsen zu kommen. Jedoch erscheint es insbesondere gegenüber der lebenden jüngeren Generation zwingend notwendig, ein zu rasantes Absinken der Einwohnerzahl mit den belastenden Verzerrungen in der Altersstruktur zu verhindern. Es geht jedenfalls nicht an, die Dinge mehr oder weniger treiben zu lassen, ohne auch nur einen ernsthaften Versuch der Gegensteuerung zu starten. Denn darüber muß man sich im klaren sein: Die problematischen Auswirkungen des Geburtenrückganges bzw. des zu niedrigen Geburtenniveaus, die schon in etwa 25 Jahren auf uns zukommen werden, können nicht erst angegangen werden, wenn sie spürbar sind, vielmehr müssen kurzfristig Maßnahmen in die Wege geleitet werden, um langfristig unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden.

Nun muß man sich allerdings eines Dilemmas von vornherein bewußt sein, das die Grenzen des politischen Handlungsspielraums wiederum aufzeigt: Die Effizienz einer bevölkerungspolitischen Maßnahme ist nicht meßbar. Wir wissen also nicht, mit welcher Folgewirkung wir in Zukunft rechnen können, wenn wir heute bevölkerungspolitisch aktiv werden. Mehr noch: Selbst die quantitativen Auswirkungen der bereits praktizierten (indirekt wirkenden) Bevölkerungspolitik sind nicht bekannt. Es ist denkbar, daß die aus gegenwärtiger Sicht erfolglose Bevölkerungspolitik durchaus erfolgreich war - insoweit nämlich, als sie einen ohne sie sonst eingetretenen noch stärkeren Geburtenrückgang verhindert hat. Möglich ist aber auch, daß finanzielle Anreize, die ja zum Repertoire bevölkerungspolitischer Maßnahmen zählen, die Fruchtbarkeit völlig unbeeinflusst lassen. So ist bekannt, daß in der Provinz Quebec die höchsten Leistungen zur Familienförderung gezahlt werden und dennoch die Geburtenrate unter das Niveau der anderen kanadischen Provinzen gesunken ist.

Die Ungewißheit über den Ausgang bevölkerungspolitischer Maßnahmen sollte indes nicht Anlaß zu Inaktivität sein, dazu stellen sich die Folgen der zu niedrigen Geburtenzahlen als zu gravierend dar. Unter einem weiteren Gesichtspunkt zeigen sich die Grenzen der Aktivierung des generativen Verhaltens noch deutlicher. Das Problem der Anhebung der Geburtenzahlen kann nur auf Bundesebene durch geeignete gesetzliche Maßnahmen<sup>1)</sup> angegangen werden. Gemeinden können insoweit keine eigenen Wege gehen, sie sind auf entsprechende Weichenstellungen des Bundesgesetzgebers angewiesen. Allerdings sind gewisse flankierende Maßnahmen denkbar, deren Wirkung nicht unterschätzt werden darf. Da im Rahmen dieses Heftes die anstehenden

<sup>1)</sup> Im Gespräch sind: Familiengründungsdarlehen, Erziehungsgeld, Hausfrauenrente, dynamisches Kindergeld, Förderung von Teilzeitarbeit, Propaganda gegen Kinderfeindlichkeit, bessere Vorbereitung junger Ehepaare auf die Elternrolle usw.

Probleme in erster Linie aus gemeindlicher Sicht gesehen werden müssen, sollen abschließend einige Beispiele für Möglichkeiten einer Einflußnahme auf die Fruchtbarkeit durch Gemeinden vorgestellt werden. Dabei soll Vorschlägen gefolgt werden, die von Elisabeth Dessai<sup>1)</sup> aufgezeigt wurden.

Diese Autorin befaßt sich mit der Frage legitimer Maßnahmen<sup>2)</sup> zur Anhebung der Geburtenzahlen und erörtert dabei architektonische Möglichkeiten als Alternativen zur geburtenbeschränkenden Architektur.

#### Alternative 1: Mehrfamilienmiethaus "Wohnen mit Kindern"

Hierbei geht es um ein (in der Stadt Moers bereits verwirklichtes) Projekt, bei dem zwei Grundvoraussetzungen erfüllt sind: Da die Nahintegration von Leuten mit gegensätzlichen Wohnbedürfnissen (junge Menschen - alte Menschen; kinderlose Ehepaare - kinderreiche Familien) sich durchweg als Fehlplanung erweist, können nur Familien mit wenigstens zwei Kindern oder mit einem Kind und dem Wunsch nach einem zweiten Berücksichtigung finden. Ehepaare oder alleinstehende Personen haben in solch einem Miet- hause somit keine Wohnberechtigung; insoweit sind Familien mit oftmals gleichen Problemen unter sich. Um das Wohnen nun auch kinder- und familiengerecht zu gestalten, sind bestimmte Anforderungen insbesondere an den Grundriß der einzelnen Wohnungen, die Anzahl der Wohnungen und die (niedrige) Höhe des Hauses zu stellen (, die in dem Moerser Projekt auch erfüllt worden sind). Im Rahmen dieser Arbeit kann hierauf im einzelnen nicht eingegangen werden. Eine 1975 durchgeführte Befragung in einer Duisburger Trabantenstadt zu diesem Modellhaus hat übrigens ergeben, daß 95 % der befragten Mütter (mit mindestens einem Kind unter 10 Jahren) sofort zum Einzug bereit wären, wobei 75 % dies auch dann tun würden, wenn die Miete um 50 DM höher läge - ein Ergebnis, das Mut zur Verwirklichung bzw. Nachahmung dieser Alternative machen sollte.

#### Alternative 2: Das Servicehaus

Servicehäuser sind Mietshäuser mit hauseigenem Kleinstkindergarten und hauseigenem Putzservice. Bisher waren sie in erster Linie für alleinstehende Mütter gebaut worden, um die Vereinbarkeit von Berufs- und Mutterpflichten sicherzustellen und dem Kind die vertraute Umwelt zu belassen. "Es ist an der Zeit, in allen Städten mehrere Servicehäuser zu bauen, und zwar nicht nur im sozialen Wohnungsbau, sondern auch zu gesalzeneren Preisen, die Berufstätige mit hohem Einkommen gern bezahlen würden".<sup>3)</sup> Als Vorteile für das Wohnen von Familien im Servicehaus gelten vor allem:

- Das Kind bleibt in der vertrauten Umgebung.
- Die angestellte Betreuerin ist qualifiziert.
- Die Spielkameraden bleiben die gleichen.
- Die Eltern sind nicht doppelbelastet und nur während der Berufsarbeit von zu Haus weg (Fahrten zum Hort, Krippe oder Betreuer entfallen).

#### Alternative 3: Das Dreigenerationenmietshaus

Bei dieser Alternative soll es nicht darum gehen, die Generationen der Großeltern, Eltern und Kinder zu einer Großfamilie in einer Wohnung zusammenzuführen. Vielmehr ist es das Ziel des Dreigenerationenhauses, Doppelwohnungen mit jeweils getrennten Eingängen und einer Verbindungstür für die Großeltern einerseits und die Eltern-Kinder-Familie andererseits zur Verfügung zu stellen. Der Vorteil einer solchen Wohnweise ist ein doppelter: Einerseits können die Großeltern während der Abwesenheit der Eltern die Betreuung der

1) Dessai, E., Um Himmels Willen kein zweites Kind, Referat, gehalten auf dem Eltern-Experten-Kongreß 1976 in München; Dessai/Alt-Rosendahl, Wohnen und Spielen mit Kindern, Alternativen zur familienfeindlichen Architektur, Düsseldorf/Wien 1976

2) Zu den unlauteren Maßnahmen rechnet sie u.a. das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung, Geldgeschenke etwa in Form von Haushaltsgründungsdarlehen sowie psychologische Maßnahmen wie etwa die Diffamierung von Nicht-Müttern.

3) Dessai, E., a.a.O. S. 9

Kinder übernehmen; andererseits können die Großeltern in krankheits- oder altersbedingten Notlagen die Hilfe ihrer Kinder in Anspruch nehmen. Dessai schätzt, daß auf diese Art etwa 5 bis 10 % der pflegebedürftigen Alten billig versorgt würden, und vermutet deshalb ein Interesse der Kommunen an dieser Alternative zum familienfeindlichen Wohnungsbau.

In allen drei Alternativen wäre es berufstätigen Müttern möglich, weiterhin berufstätig - und zwar ganz-tätig - zu bleiben. Da die Berufstätigkeit der Ehefrau einer der wesentlichsten Gründe für den Rückgang der Geburtenzahlen ist, muß man logischerweise dort mit Maßnahmen ansetzen, wo es zu ermöglichen ist, die Berufstätigkeit und die Mutterrolle miteinander in Einklang zu bringen. Dies zu veranlassen wird um so notwendiger, als die Frauen, die als Mütter voll weiter arbeiten wollen, eine wachsende Gruppe bilden. Dessai hat drei Formen aufgezeigt, wie Menschen, die Kinder haben möchten und gleichzeitig berufstätig bleiben wollen, gerade durch Gemeinden geholfen werden kann.

Und was die Effizienz gemeindlicher Anstrengungen anbelangt - Maßnahmen, die Wunscherfüllung erleichtern, sind sicherlich wirkungsvoller als Maßnahmen, mit denen Verhalten oktroyiert wird.